Mittwoch, 14. Mai 1986 · D ***

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 110 - 20.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1800 L. Jugoslawien 560,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 750 TL.

POLITIK

Antes: Der im Zusammenhang mit der Berliner Korruptions- und Parteispendenaffäre angeklagte Bauunternehmer Franke ist gestern erneut unter dem dringenden Verdacht der Bestechung verhaftet worden. Neben Franke wurde auch der frühere Finanz- und Wirtschaftsstadrat des Bezirks Tiergarten, Bernd Kaiser, in Untersuchungshaft genommen. Der unter dem Verdacht der Bestechlichkeit angeklagte Baustadtrat Antes hat gestern jedes rechtswidrige Handeln während seiner Amtszeit bestritten.

Medien: Nach dem Süddeutschen Rundfunk hat auch der Südwestfunk Verfassungsbeschwerde gegen das baden-württembergische Landesmediengesetz eingelegt. Der Baden-Badener Sender wendet sich gegen Bestimmungen des Gesetzes, die seiner Beteiligung an wichtigen Zukunftsaufgaben (Regionalisierung und Internationalisierung) entgegenstünden.

Besuch: Der belgische Premierminister Wilfried Martens kommt am Mittwoch nächster Woche (21. Mai) zu einem offiziellen Besuch nach Bonn. Martens erwidert eine Visite von Bundeskanzler Helmut Kohl in der belgischen Hauptstadt.

Extremismus: Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte gestern die vom Innenministerium ausgesprochenen Verbote der rechtsradikalen „Volkssozialistischen Bewegung Deutschland, Partei der Arbeit" (VSBD) und der „Aktion Ausländerrückführung – Volksbewegung gegen Überfremdung und Umweltzerstörung" (AAR). Beide Vereinigungen richteten sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland.

Frankreich: Der neue Verteidigungsminister André Giraud hat vier nach der Greenpeace-Affäre im vergangenen Herbst vom Dienst suspendierte Beamte des Geheimdienstes DGSE wieder eingesetzt.

SDI: Sieben britische Firmen haben nach Angaben von Verteidigungsminister George Younger (Foto) Verträge über Forschungsarbeiten im Wert von 1,2 Millionen Dollar im Zusammenhang mit der von den USA geplanten Raketenabwehr im Weltraum (SDI) unterzeichnet. Der britische Verteidigungshaushalt wird erstmals seit sieben Jahren wieder – im Jahr 1986/87 auf rund 62,8 Milliarden Mark – gekürzt. (S. 6)

Italien: Die Regierung in Rom hat einen weiteren libyschen Diplomaten, einen Angehörigen des libyschen Konsulats in Palermo auf Sizilien, ausgewiesen. Dessen Verhalten sei „unvereinbar mit seinem diplomatischen Status".

Norwegen: Die neue Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland legte gestern während der Regierungserklärung ihres sozialdemokratischen Minderheitskabinetts ein klares Bekenntnis zur NATO ab. Sie zerstreute damit Befürchtungen, der linke Flügel ihrer Partei könne auf eine Lockerung der Bande zum atlantischen Bündnis dringen.

Südafrika: Der Präsident des Reformierten Weltbundes, Alan Boesak, hat überraschend seinen Paß von den südafrikanischen Behörden zurückerhalten. Der Ausweis war ihm im Dezember vergangenen Jahres abgenommen worden, nachdem Boesak mehrere Wochen in Untersuchungshaft gesessen hatte.

WIRTSCHAFT

Autosteuer: Die Einbeziehung der sogenannten Alt-Diesel in die steuerliche Förderung umweltfreundlicher Autos hat das Bundeskabinett gestern beschlossen. Danach sollen künftig alle Pkw mit Dieselmotor, die bestimmte Voraussetzungen erfüllen, für „bedingt schadstoffarm" erklärt werden. (S. 11)

Mannesmann: Der Konzern will bei den Röhren-Werken in Duisburg, Düsseldorf und Mülheim bis Ende 1987 rund 6500 Arbeitsplätze abbauen. Aktuelle Nachfrageprobleme auf dem Stahlrohrmarkt und die auch gedämpften Zukunftsaussichten erforderten dies, hieß es. (S. 12)

Börse: Die deutschen Aktienmärkte zeigten sich gestern nach dem tiefen Fall vom Montag leicht erholt. Weiter schwach präsentierte sich der Rentenmarkt. WELT-Aktienindex 276,96 (275,97). BHF-Rentenindex 106,579 (106,885). BHF-Performance-Index 103,883 (104,152). Dollar-Mittelkurs 2,1740 (2,1710) Mark. Goldpreis je Feinunze 343,70 (345,20) Dollar.

Aktienindex der WELT 31.12.1964=100

KULTUR

Ausstellung: Zum ersten Mal wird das Thema „Das Bild der Frau in der Plastik des 20. Jahrhunderts" in einer Ausstellung dargestellt. Dem Besucher im Duisburger Wilhelm-Lehmbruck-Museum fällt dabei angenehm auf, daß keine feministische Militanz zutage tritt. (S. 21)

Max Frisch: Der große alte Mann der deutschen Literatur feiert morgen seinen 75. Geburtstag. Dabei kann der Schweizer Schriftsteller auf ein Werk von schier unübersteigbaren Ausmaßen zurückblicken. Er schuf ein Werk von unbezweifelbarem Rang, ja, von Weltgeltung. (S. 21)

SPORT

Motorsport: Audi hat seine Werksteams als Konsequenz aus den schweren Unfällen in Portugal, Kenia und Korsika mit sofortiger Wirkung aus der Rallye-Weltmeisterschaft zurückgezogen. (S. 9)

Fußball: Das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) überträgt heute abend von 20.10 Uhr an live das letzte Testspiel der Nationalmannschaft vor der WM gegen Holland aus dem Dortmunder Westfalenstadion. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Design: Mehr als 800 Fachleute aus 24 Ländern haben sich zu der heute zu Ende gehenden 1. Internationalen Design-Ausstellung im Stuttgarter Messezentrum eingefunden. Neben profanem Industriedesign in Gestalt von optimierten Telefonzellen, Schraubenziehern und Schlitten (Foto) gab es auch Raum für pseudofuturistischen Ulk. (S. 22)

Hell's Angels: Im Prozeß gegen 13 Mitglieder der Rockergruppe hat das Hamburger Landgericht Strafen von 600 Mark bis zu sieben Jahren Freiheitsentzug verhängt. Das Gericht sah dabei räuberische Erpressung, Förderung der Prostitution, Zuhälterei, gefährliche Körperverletzung und Verstöße gegen das Waffengesetz als erwiesen an. Den Anklagepunkt „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung" hatte die Staatsanwaltschaft fallen lassen. (S. 22)

Empört schlug Ernst Albrecht mit der Faust auf den Tisch

Stoltenberg sperrte sich gegen die Höhe der Finanzhilfe für die Bauern

MICHAEL JACH, Hannover

Als die „Stunde Ernst Albrechts" wird in der niedersächsischen CDU selbstbewußt die abschließende Runde der Beratungen über das Bonner Hilfsprogramm für die Landwirtschaft gewertet. In der Tat hat der um den Bestand seiner CDU-Regierung kämpfende Ministerpräsident in Hannover die Oberhand behalten gegen Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg. Die Stimmung im Unionslager und generell in der Bonner Koalition wirkte sich zu Ungunsten Stoltenbergs aus, der auch in der brisanten Frage der Agrarhilfe vom Grundsatz eisernen Sparwillens nicht ablassen wollte.

In der „Zehnerrunde" von CDU und CSU in Bonn stieß Stoltenberg nach Informationen der WELT mit seinen Vorstellungen über die finanzielle Größenordnung der Hilfe auf Ablehnung. Stoltenberg nannte 200 bis 300 Millionen Mark. Der Bundesfinanzminister wollte zudem einen späteren Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Hilfe. Für weitergehende Millionenbeträge sei kein finanzieller Ansatz im Etat vorhanden und an einen Nachtragshaushalt sei aus seiner Sicht nicht zu denken.

Albrecht, so die Darstellung, sprang empört auf und schlug mehrmals mit der Faust auf den Tisch. Er führte der Unionsrunde „mit äußerster Deutlichkeit" vor Augen, daß er unter solchen Voraussetzungen nicht bis zum 15. Juni „gegen Euch" (gemeint war die Bundesregierung) in Niedersachsen Politik machen könne. Der Ausgang der Wahl in Niedersachsen sei nicht nur für ihn und die CDU, sondern auch für die Bundespolitik von großer Bedeutung. Albrechts Zornesausbruch wurde von Bundeskanzler Kohl mit Schweigen quittiert. Rückendeckung erhielt der Ministerpräsident aus Hannover von CSU-Seite. Die CSU-Politiker gaben dem Finanzminister zu bedenken: Wenn die Niedersachsenwahl und damit die Bundesratsmehrheit der Union verlorengehe, könne Stoltenberg seine steuerpolitischen Vorhaben vergessen.

Im nächsten Entscheidungsschritt, bei der Abstimmung zwischen den Spitzen der Koalitionsfraktionen, war dem Vernehmen nach der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick sofort bereit, die Hilfsmaßnahmen rückwirkend zum 1. Januar zu akzeptieren. So sei der Kanzler schließlich vor die Koalitionsrunde getreten mit dem Resümee, man sei in einem „harmonischen" Entscheidungsablauf. Stoltenberg, so hieß es, habe den Saal verlassen mit der Bemerkung, „für seine Person" könne er dies nicht bestätigen. Welche Rückwirkungen das offensichtliche Überstimmen des Bundesfinanzministers für dessen Position als „starker Mann" im Kabinett haben wird, ist offen.

Die Beratungen der Spitzengremien von CDU/CSU und FDP ergaben ferner: Die umstrittenen Sicherheitsgesetze sollen zunächst in den zuständigen Ausschüssen weiterbehandelt werden. Erst dann will man über das endgültige Vorgehen entscheiden. Ähnlich soll mit dem Betriebsverfassungsgesetz verfahren werden. Hier sind der Schutz der Rechte von Minderheiten in den Betrieben und Sprecherausschüsse für Leitende Angestellte die Punkte, an denen sich Kontroversen entzünden.

DER KOMMENTAR

Großzügige Hilfe

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die Bundesregierung läßt die deutschen Bauern nicht im Regen stehen. Denjenigen, die unter dem sowjetischen Reaktorunfall leiden müssen, wird rasch geholfen, anderen, deren Einkommen hinterher hinken, wird direkt unter die Arme gegriffen. Grund zum Klagen haben die Landwirte nicht mehr.

Daß die Bauern die Last der notwendigen Gemüse-Vernichtung auf Grund der radioaktiven Bestrahlung nicht tragen sollen, stößt auf Verständnis. Unbürokratische Hilfe ist geboten, und soll es geben. Allerdings haben Verbraucher und Steuerzahler einen Anspruch darauf, daß die Mittel nicht in ein Faß ohne Boden fallen, daß sie nur an die tatsächlich Betroffenen fließen. Großzügigkeit erzwingt Kontrolle.

Und noch eines: Die Kriterien für die Hilfe müssen so klar und eindeutig sein, daß nicht wieder neuer Unmut in die Dörfer getragen wird. Die Kritik an der Agrarpolitik, auch an noch so hohen Subventionen hat selbst bei den Begünstigten doch häufig den Grund in der Verteilung; es wird nicht eingesehen, daß auch jene etwas abbekommen, denen es eigentlich nicht zusteht.

Bei der Übernahme der Soziallasten und bei der höheren Hilfe für benachteiligte Gebiete, die jetzt beschlossen wurden, ist dieser Stein des Anstoßes kleiner geworden. Die Hilfen erfolgen sozial gestaffelt und gezielter. Sie als Ausgleich für die jüngsten Brüsseler Preisbeschlüsse darzustellen, geht allerdings an der Sache vorbei. Die Ursache liegt doch darin, daß die Einkommenspolitik über die Preise schlicht nicht mehr möglich ist, allein schon weil die Überschüsse nicht mehr finanzierbar sind. Direkte Zahlungen sind der einzige praktikable Weg, um die Einkommen der Bauern aufzubessern.

Die Bundesregierung hat diesen Weg beschritten. Sie und der Bauernverband sollten ihn aber nicht dadurch diskreditieren, daß sie nur von einem Zusatz-Einkommen sprechen und den Eindruck erwecken, als könnten die Preise bald wieder heraufgesetzt werden. Auch dieses sollte beachtet werden.

800 Millionen Zusatzhilfe für Bauern

Bonn mildert Folgen der EG-Preisbeschlüsse / Ausgleich auch für verstrahltes Gemüse

HENNER LAVALL, Bonn

Von den Hilfsmaßnahmen, die das Bundeskabinett gestern für die deutsche Landwirtschaft verabschiedet hat, profitieren auch die Geschädigten der Katastrophe von Tschernobyl. Danach leistet Bonn Hilfe für Erzeuger, deren Produkte nach dem Reaktorunglück zu hohe Strahlenschäden aufweisen und deshalb einem Verkaufsverbot unterliegen. Wie Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle erläuterte, habe man dabei an den Handel noch nicht gedacht. Denkbar sei allerdings die Einbeziehung der ersten Handelsstufe. Eine Art „Soforthilfe" wird es für die Strahlenschäden aber nicht geben. Der Minister hat gestern eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die das Schadensausmaß erst noch beraten muß.

Das Kabinett hat gestern weiter einen „eilbedürftigen" Gesetzesentwurf verabschiedet, der für die deutsche Landwirtschaft vor allem die Folgen der jüngsten EG-Preisbeschlüsse mildern soll. Danach werden Betriebe mit einem Wirtschaftswert (ohne Wert der Wohngebäude) bis zu 40 000 Mark – betroffen sind 315 000 Höfe – bei den Pflichtbeiträgen zu den landwirtschaftlichen Alterskassen um rund 50 Prozent entlastet. Dafür werden 450 Millionen Mark pro Jahr zur Verfügung gestellt. Gestaffelt nach den Einkommensverhältnissen liegen die auf Antrag gewährten Hilfen je Betrieb zwischen 2000 Mark und 1000 Mark im Jahr. Nebenerwerbslandwirte erhalten den halben Satz, da sie nicht in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung sind und entsprechend Kosten sparen. Das „Sozialversicherungs-Beitragsgesetz", soll zum 1. Juli in Kraft treten, aber bereits von 1. Januar 1986 an gelten.

Darüber hinaus hat die Bundesregierung in Brüssel beantragt, rund sechs statt bisher vier Millionen Hektar – das ist die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche in der Bundesrepublik – zu benachteiligten Gebieten zu erklären. Wie Kiechle erläuterte, könne dann dort neben einer verbesserten Investitionsförderung eine Ausgleichszulage bis zu 240 Mark je Großvieheinheit und Hektar Futterfläche gewährt werden.

Zusätzlich zu den bisher für 1986 vorgesehenen Mitteln in Höhe von 370 Millionen Mark kämen dann weitere 208,3 Millionen Mark. Insgesamt hat die Bundesregierung im laufenden Jahr damit ein zusätzliches Hilfepaket im Wert von 808 Millionen Mark geschnürt. Es besteht aus den 150 Millionen Mark des erstmals angewendeten „Dritten Agrarsozialen Ergänzungsgesetzes", den 450 Millionen Mark Entlastung bei den Sozialabgaben und 208 Millionen Mark Zusatzausgaben für benachteiligte Gebiete. Für den einzelnen Bauern bedeutet dies eine Kostenentlastung bis 4000 Mark in diesem Jahr.

Eine weitere Hilfe in Höhe von 100 Millionen Mark ist für 1987 avisiert, wenn in Niedersachsen der Großversuch „Grünbrache" gestartet wird. Das Experiment soll Aufschluß darüber geben, wie die Agrarüberschüsse eingedämmt werden können.

Wien will deutschen Verzicht auf WAA

DW. Wien

Die österreichische Regierung hat beschlossen, mit Bonn über einen Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf die atomare Aufarbeitungsanlage Wackersdorf zu sprechen. Die in der Oberpfalz liegende WAA würde bei einem Unfall „ganz Österreich bedrohen". Dies teilte Bundeskanzler Sinowatz nach einer Kabinettsitzung mit. Erneut bestätigte er den endgültigen Ausstieg Österreichs aus der Nuklearenergie mit den Worten: „Zwentendorf ist tot".

Seite 2: Die Funktionäre arbeiten

Warnstreiks in der Metallindustrie

DW. Stuttgart

Zwei Tage vor Beginn der siebten Metalltarifrunde in Stuttgart haben gestern rund 15 000 Metaller in Baden-Württemberg die Arbeit für eine halbe bis eine Stunde niedergelegt. Betroffen waren vor allem die Elektrokonzerne SEL und Bosch, sowie die Autohersteller Daimler-Benz und Audi. Eine Einigung in der Lohnrunde 1986 wird noch in dieser Woche erwartet. Inoffiziell haben die Arbeitgeber 4,3 Prozent angeboten und die IG Metall 4,9 Prozent gefordert.

Seite 2: Das Wort des Präsidenten

Börse zeigte sich erholt

cd. Frankfurt

Die Börse hat sich gestern von den Anfangsverlusten, die bei vielen Standardaktien bis zu zehn Mark und bei den Autoaktien bis zu 30 Mark reichten, wieder erholt. Dafür sorgten die Anlagekäufe institutioneller Investoren. Zum Schluß bröckelten die Notierungen vielfach wieder etwas ab. Die Rückkehr professioneller Anleger an den Markt ließ die Hoffnung aufkommen, daß die Börse ihre ausgeprägte Schwächephase überwunden hat.

Kernenergie ist unverzichtbar

Mk. Heidelberg

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, hält selbst einen mittelfristigen Ausstieg aus der Kernenergie nicht für möglich. Erreichbar wäre dies nur, wenn sich auch die deutschen Konkurrenten von der Kernenergie verabschiedeten, was jedoch nicht wahrscheinlich sei, sagte Amerongen zum 125jährigen Jubiläum der Kammerorganisationen in Heidelberg.

Seite 10: „Wirtschaft erneuern"

Steyrer übernimmt Parolen Waldheims

Kanzler Sinowatz: Wir sind müde und zu wenig attraktiv / Reform der SPÖ steht bevor

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die Führung der österreichischen Sozialisten hat sich aus Furcht vor der „konservativen Wende" einen neuen Wahlkampfstil für die Stichwahl des Präsidenten am 8. Juni einfallen lassen. Wurde früher die angebliche „Nazi-Vergangenheit" und die „mangelnde Glaubwürdigkeit" des bürgerlichen Kandidaten Kurt Waldheim ins Feld geführt, so beteuert jetzt der SPÖ-Kontrahent Kurt Steyrer, man werde kein einziges Wort mehr über die Vergangenheit Waldheims sagen. Es heißt, die Kursänderung maßgeblicher israelischer Regierungskreise und auch das plötzliche Schweigen des Jüdischen Weltkongresses in New York seien auf dringende Vorhaltungen aus Wien zurückzuführen.

Steyrer übernahm inzwischen auch Taktik und Parolen seines bürgerlichen Gegenspielers. Er hob in einer Pressekonferenz seine „Unabhängigkeit" von der eigenen Partei hervor, wenn er auch einschränkte, daß er sich mit deren weltanschaulichen Zielen „voll identifiziere". Zugleich machte er sich einige jener Schlagworte aus der Werbekampagne Waldheims zu eigen, die sich bei den Jungwählern und den Aufsteigerschichten als besonders wirksam erwiesen haben. Der Sozialist betonte plötzlich ebenfalls den Begriff der „Leistung". Steyrer sprach überdies von der Notwendigkeit einer „moralischen Erneuerung" des Landes und rügte das Wohlstandsdenken seiner eigenen Partei, die nach 16 Jahren Regierung „lethargisch" geworden sei. Steyrer wörtlich: „Die SPÖ wird die Signale hören müssen. Eine Erneuerung wird verlangt."

Eine Art öffentliche Buß-Übung machte bei einer Wahlveranstaltung SPÖ-Parteichef und Bundeskanzler Sinowatz. Die österreichischen Wähler hätten, so sagte er, am 4. Mai weniger für Waldheim und gegen Steyrer – als vielmehr gegen die Bundesregierung und gegen die SPÖ gestimmt. Sinowatz sprach von einem „Fehlverhalten" auf sozialistischer Seite, von Protesten der Wähler gegen Maßnahmen seiner eigenen Regierung, gegen „Skandale, Übermut und Bürgerferne". Seine eigene Partei charakterisierte Sinowatz mit den Worten: „Nachlässig, müde und zu wenig attraktiv." Zugleich kündigte er eine grundlegende Reform der SPÖ an. Ob solche Selbstbezichtigungen vom Wähler honoriert werden, oder ob sie nicht am Ende den Pro-Waldheim-Trend noch weiter verstärken, bleibt abzuwarten.

Einstweilen tritt der neue sozialistische Wahlkampfstil – offenbar im verzweifelten Versuch, grün-alternative Wähler herüberzuziehen – in eher seltsamen Stilblüten auf den SPÖ-Wahlplakaten auf. So wurde die Bevölkerung Wiens mit zwei Steyrer-Plakaten überrascht, in der sich als Kampfparole die Forderungen fanden: „Kein zweites Tschernobyl – auch der Osten muß umdenken!" – und „wenn der Frieden nicht erhalten wird, ist alles andere sinnlos!" Kommentar eines Wiener Taxifahrers: „Diese Plakate sollten sie vor der russischen Botschaft aufstellen."

Wiesbaden: Ein Signal an Grüne?

DW. Wiesbaden

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag ist bereit, mit den Grünen über einen Verzicht auf die friedliche Nutzung der Kernenergie zu verhandeln. Fraktionschef Welteke kündigte an, wenn der Umweltminister Joschka Fischer ein „vernünftiges Szenario" vorlege, wolle die SPD das Konzept sorgfältig prüfen. Kernenergie dürfe man nur noch während einer Übergangszeit nutzen, das „Ende der Nuklearenergie müsse sobald wie möglich herbeigeführt werden".

Gorbatschow besucht Ungarn

DW. Budapest

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow besucht vom 8. bis 11. Juni Budapest. Wie das ungarische Außenministerium mitteilte, handelt es sich bei den ersten beiden Besuchstagen um einen Freundschaftsbesuch. Am 10. und 11. Juni nimmt der sowjetische Parteichef am Gipfel der Staaten des Warschauer Paktes teil. Ungarn ist nach der „DDR" das zweite Mitgliedsland des Warschauer Pakts, das Gorbatschow in diesem Jahr besucht.

Moskau ist „regreßpflichtig"

DW. Bonn

Moskau hat mit seiner hinhaltenden Informationspolitik nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl eindeutig gegen das „Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung" vom 13. November 1973 verstoßen. In einem Gespräch mit der WELT vertritt Professor Hartmut Schiedermair die Ansicht, daß die Sowjetunion für den entstandenen Schaden unter Berufung auf diesen Vertrag, der von Bonn wie von der Sowjetunion unterzeichnet wurde, regreßpflichtig gemacht werden könne.

Das internationale Abkommen schreibt vor, daß zwischen den Partnerländern, die durch eine Luftverunreinigung „tatsächlich betroffen" oder „erheblich gefährdet" sind, auf entsprechendes Ersuchen beim Urheberland „frühzeitig Konsultationen" abgehalten werden.

Seite 4: Völkerrechtswidrig

Italien schickt Libyer zurück

DW. Rom

Einen Tag nach der von Libyen angeordneten Ausweisung von 36 Diplomaten aus sieben EG-Ländern hat Italien gestern einen weiteren Libyer des Landes verwiesen. Das Verhalten des Mannes, der im libyschen Konsulat auf Sizilien beschäftigt war, sei „unvereinbar mit seinem diplomatischen Status". Bereits am 26. April hatte Italien im Rahmen der EG-Sanktionen gegen Tripolis zehn libysche Diplomaten ausgewiesen. Die zwölf EG-Mitgliedsstaaten wollen ihre Reaktionen auf den libyschen Schritt bei einem Treffen der politischen Abteilungsleiter in den Außenministerien heute und morgen in Den Haag absprechen. Die Moskauer Nachrichtenagentur Nowosti warnte den Westen davor, Syrien zu behandeln wie Libyen und erinnerte an die „bevorzugten Beziehungen" zwischen Moskau und Damaskus. Daher werde die UdSSR der Entwicklung „nicht gleichgültig zusehen".

Bericht über die C-Waffen

Co. Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner werden morgen im Bundestag die Bonner Haltung zur Modernisierung der amerikanischen, für die NATO bestimmten chemischen Waffen darlegen. Die Linie dafür hat der Bundessicherheitsrat festgelegt. Sie basiert auf der in Tokio erzielten und vom Bundessicherheitsrat als Erfolg verbuchten Einigung zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und US-Präsident Ronald Reagan (WELT vom 9. Mai).

Danach werden die bisher in der Bundesrepublik Deutschland stationierten C-Waffen bis 1992 abgezogen; in den USA entwickelte neuartige „binäre" chemische Munition wird in Friedenszeiten nicht in Westdeutschland stationiert und im Krisenfall nur mit Zustimmung der Bundesregierung hierher verlagert.

Seite 2: Mitbestimmte C-Waffen

Kritik an Schnoor: „Schonzeit für Spione" wirkt sich aus

NRW-Verfassungsschutzbericht liefert CDU neue Munition

RALPH LORENZ, Bonn

Der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor (SPD) ist mit der Bekanntgabe des NRW-Verfassungsschutzberichtes 1985 ein weiteres Mal ins Schußfeld der Kritik geraten. Er habe den „Leichtsinn des von ihm verfügten Rasterfahndungsstopps selbst auch noch dokumentiert", warf ihm das CDU-Mitglied im Bundestag-Spionageausschuß, Reinhard Göhner, gestern im Gespräch mit der WELT vor. Wenn Schnoor jetzt mitteilen müsse, daß 14,4 Prozent der in der Bundesrepublik enttarnten Spione allein in Nordrhein-Westfalen aktiv waren, so lasse dies das Ausmaß des Schadens für die Spionageabwehr erahnen. Zwei Jahre lang habe Schnoor den Ostspionen in dem gefährdetsten Bundesland „regelrecht eine Schonzeit gewährt".

Schnoor hatte am 17. Mai 1984 Nordrhein-Westfalen als einziges Land aus dem bundesweiten Melderegisterabgleich ausgeklinkt, weil er dazu die „rechtliche Grundlage" nicht gewährleistet sah. Er stützte sich dabei auf das Datenschutzurteil des Bundesverfassungsgerichtes. Wilfried Graf von Hardenberg, Chef des Düsseldorfer Verfassungsschutzes, verteidigt die Maßnahme seines obersten Dienstherrn: „Rechtssicherheit geht vor zeitlich begrenzten Erfolgen". Dem hält der Sprecher des Bundesinnenministeriums, Hans-Günter Kowalski, entgegen: Eine rechtliche Notwendigkeit habe für diesen Alleingang nicht bestanden und das Bundesland Hessen mit seinem Verfassungsschutzgesetz aus den 50er Jahren stehe zum Beispiel auf dem Standpunkt, mit solchen Gesetzänderungen müsse der Bund vorangehen.

Unterdessen erfuhr die WELT aus dem Düsseldorfer Innenministerium, daß erst im März der Rasterfahndungsstopp in NRW aufgehoben worden ist. Damit sind nochmals knapp vier Monate seit der Änderung des NRW-Verfassungschutzgesetzes im Dezember 1984 verstrichen. Der CDU-Abgeordnete Reinhard Göhner sieht darin den Beweis dafür, „wie nachlässig im Hause Schnoor die innere Sicherheit behandelt wird".

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die Funktionäre arbeiten

Von Joachim Weber

Das Ritual muß offenbar eingehalten werden: Gut gestärkt traten gestern nach der Frühstückspause rund 15 000 Mitarbeiter baden-württembergischer Metallbetriebe in den Warnstreik. Er war der Auftakt zu einer dreitägigen „Aktionswoche", mit der die Genossen den rechten Rahmen für die siebte und möglicherweise abschließende Runde in den Pilot-Tarifverhandlungen der 653 000 Metaller in Nordwürttemberg/Nordbaden schaffen wollten. Rechtmäßig sind sie, solche Streiks nach Ablauf der Friedenspflicht, das hat das Bundesarbeitsgericht bestätigt. Doch ist es deswegen auch sinnvoll, nach der Parole „Keine Einigung in der Friedenspflicht" auf das demonstrative Muskelspiel hinzuarbeiten?

Zwar sind die offiziellen Positionen – 3,8 Prozent lineare Lohnerhöhung als Arbeitgeber-Angebot, 7 Prozent mit einem Sockel von 150 Mark als Arbeitnehmer-Forderung – nach sechs Runden so weit voneinander entfernt wie zu Verhandlungsbeginn. Doch de facto haben sich die Tarifpartner einander schon so weit genähert, daß es früher nur noch des Schlußstrichs bedurft hätte: Dem aufgeweichten Angebot von 4,3 Prozent (mit dem die schwäbischen Arbeitgeber auch die Ertragsprobleme ihrer norddeutschen Kollegen zu berücksichtigen hoffen) steht eine Kompromißforderung von 4,9 Prozent gegenüber.

Schau muß sein, das ist ein Leitsatz in Tarifauseinandersetzungen. Doch wenn für gut ein halbes Prozent Differenz die Kriegstrommel gerührt wird, dann liegt die Vermutung nahe, daß es mehr um Aktionismus denn um rationale Aktion geht. Die IG Metall, wie die meisten DGB-Gewerkschaften in externen Profilierungsnöten, hat, so scheint es, auch intern ihre Not mit individuellen Profilierungsversuchen – etwa um den Gewerkschafts-Vorsitz.

Und wo ließen sich Schlagkraft, Zähigkeit, Verhandlungsstärke, kurz: die ganze Palette der Erfolgsnachweise von Profi-Funktionären besser vorführen als in Tarifauseinandersetzungen? Dafür darf dann auch einmal gekämpft werden, wo es *gar nichts mehr zu kämpfen gibt, und dafür dürfen auch ein* paar tausend Metaller streiken.

Mitbestimmte C-Waffen

Von Bernt Conrad

Die morgige Bundestagsdebatte über chemische Waffen gibt der Regierung Gelegenheit zu einem Erfolgsbericht. Tatsächlich ist nicht zu leugnen, daß die von Kanzler Kohl und Präsident Reagan in Tokio erzielte Einigung über C-Waffen einen *Durchbruch darstellt, der dem früheren Kanzler* Schmidt versagt blieb.

Drei Punkte stehen im Vordergrund: Die in der Bundesrepublik stationierten C-Waffen werden bis 1992 abgezogen; in den USA entwickelte neue „binäre" chemische Munition wird in Friedenszeiten nicht in der Bundesrepublik stationiert und im Krisenfall nur mit Zustimmung Bonns hierher verlagert; die Bundesrepublik wird innerhalb der Allianz nicht, wie bisher, „singularisiert" – sie würde also auch im Notfall nicht als einziger NATO-Staat C-Waffen auf ihrem Territorium zulassen.

Das ist – vorbehaltlich der Zustimmung der anderen NATO-Partner – eine optimale Lösung, weil sie den Deutschen ein Mitbestimmungsrecht einräumt, das sie bisher nicht besaßen. Seine psychologischen Vorteile wiegen schwerer als mögliche militärtechnische Einwände. Die Vereinbarung entfiele natürlich, wenn das von der Bundesregierung in Übereinstimmung mit sämtlichen Verbündeten angestrebte weltweite C-Waffenverbot verwirklicht werden könnte.

Dieses Konzept ist dem von der SPD und der SED favorisierten Projekt einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa überlegen. Denn ein auf die Bundesrepublik, die „DDR" und die CSSR begrenztes Gebiet ohne chemische Munition würde die Sowjetunion nicht daran hindern, an ihrer Westgrenze weiter C-Waffen zu lagern und gegebenenfalls die Bundesrepublik damit zu bedrohen, während den Amerikanern jede C-Waffen-Stationierung in Westdeutschland verboten wäre. Die von Reagan und Kohl ausgehandelte Regelung hingegen ermöglicht im Bedrohungsfall die Stationierung amerikanischer Abschreckungswaffen, deren Existenz die Sowjets von einem C-Waffeneinsatz abhalten würde.

Der Fall beweist, wie zahlreiche Beispiele vorher, daß die Bundesregierung recht hat: Nur partnerschaftliche Zusammenarbeit, nicht aber Konfrontation mit Amerika dient den deutschen Interessen.

Das Wort des Präsidenten

Von Hans-Rüdiger Karutz

Manchmal sind es die schlichten Worte, die den Grauschleier fortreißen – Bundespräsident Richard von Weizsäcker bewies dies an seinem alten Wirkungsort Berlin mit dem, was er spontan vor amerikanischen Offizieren („Berlin ist der Ort tiefer deutsch-amerikanischer Freundschaft") zum Libyen-Schlag Reagans sagte: Er gab sein „vollstes Verständnis" für die Aktion zu Protokoll, die die Herausforderung des Terrorismus auslöste.

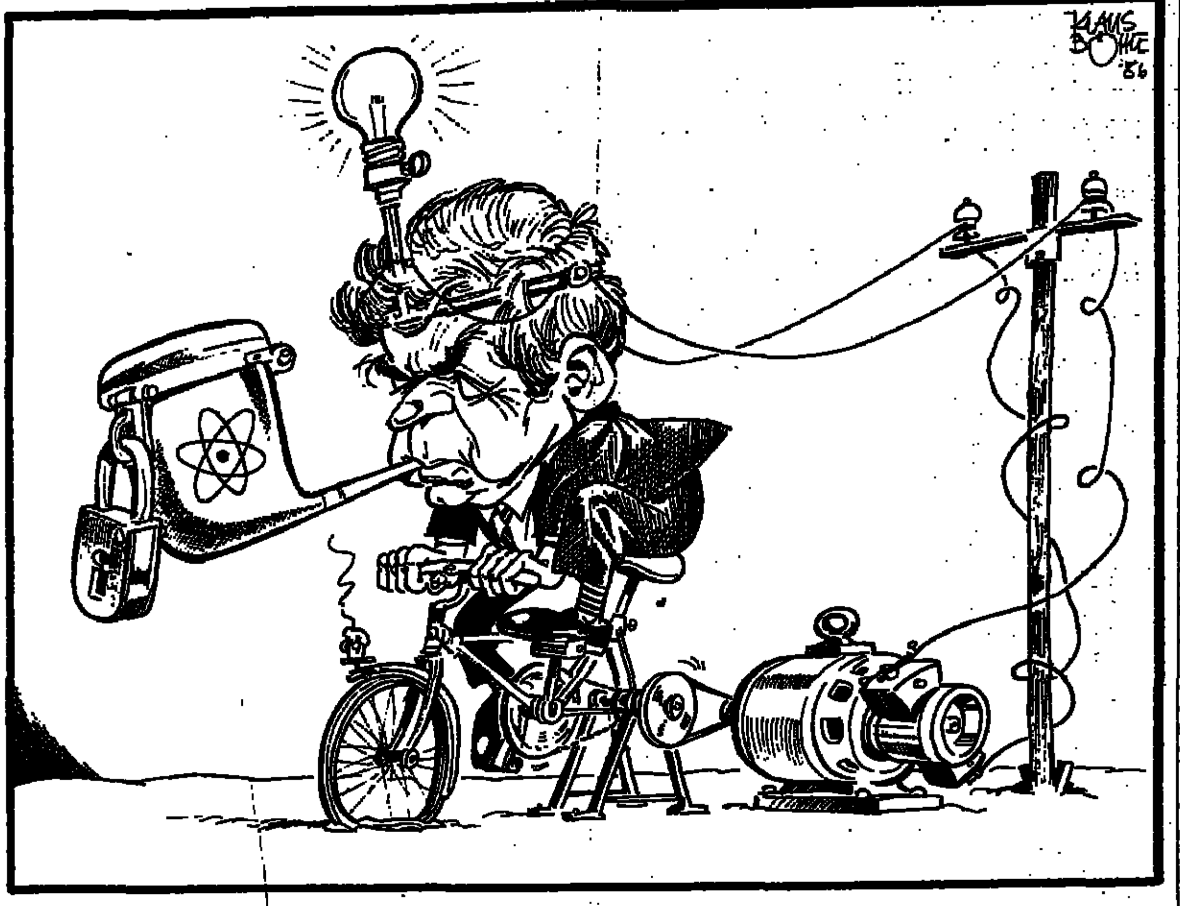
Jenseits des verbreiteten Bonner „Mag sein, gleichwohl ..." ging Weizsäcker den Schritt weiter zum eigentlichen Werturteil: Reagans Handlungsweise sei verständlich, schlüssig und vor allem „richtig" gewesen, versicherte er.

Mit der Federwaage des Protokolls gemessen, hatten die Amerikaner ihren Gast in eine gewisse Verlegenheit versetzt: Denn Weizsäcker hätte sich um eine Antwort auf die Kritik seiner Gastgeber an deutschen Reaktionen winden und auf seine „Unzuständigkeit" für Tagesfragen der Politik verweisen können. Aber er ließ „Europas übertünchte Höflichkeit" fahren: Bei aller unterschiedlichen Einschätzung der Wirkungsweise von Gegenschlägen machten sich, so meinte er, die Deutschen eben die Dinge zu einfach: „Wir haben nicht schnell, nicht ausreichend und nicht tief genug verstanden", was Reagan bewegte, Libyer bombardieren zu lassen.

Der Präsident, der seinen Zuhörern durchaus auch die Problematik von Sanktionen vor Augen hielt, traf den Punkt, den viele in Europa übersehen: Ein republikanisches Land wie die USA läßt sich nicht demütigen. Einer reinen Politik des Kopfes, wie sie im engen mitteleuropäischen Raum weitgehend als notwendig erachtet wird, steht jenseits des Ozeans eine auch von Gefühlen geleitete gegenüber: die Gewißheit, im Recht zu sein – der Wille, *Unrecht nicht hinzunehmen,* spielen dabei eine Rolle.

Es ist von Weizsäckers Verdienst, bei den Amerikanern an der Spree diesen Unterschied deutlich gemacht zu haben. Er versöhnte vielleicht manchen zweifelnden Amerikaner wieder mit den Deutschen.





Antritt eines Aussteigers KLAUS BÖHLE

Oden statt Steine für Mäzene

Von Peter Philipps

Zu den bevorzugt verbreiteten Ängsten in unserer Republik gehört, daß finanzielle Hilfe der Wirtschaftsunternehmen die Forschung korrumpiere, die wert- und vorgabenfreie Suche nach Grund*lagen und Wahrheiten erschwere,* wenn nicht gar verhindere. Und so sehen viele alles Heil in der reichlichen Alimentierung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen durch den Staat – frei nach dem Motto: Nun forscht mal schön.

Man muß nicht erst in die USA fahren und dort die Geistesschmieden à la Stanford und Berkeley besuchen, um sich vom Gegenteil zu überzeugen. Denn auch in der Bundesrepublik, die so stolz ist, daß sie zumindest bei den Ausgaben für Forschung Weltspitze ist (was für die Ergebnisse nur partiell zutrifft), läuft selbst am linkesten Fachbereich nichts mehr ohne die staatsunabhängigen, sogenannten Drittmittel.

Staatliches Handeln kann auch im Wissenschaftsbetrieb nur Rahmenbedingungen setzen, Hilfen und Anstöße geben. Denn ohne private Initiative, ohne Risikobereitschaft des Einzelnen bewegt sich wenig. Die Erfindung des Rades, der Ur-Grundlage des technischen Fortschritts, ist auch nicht per Dekret gelungen, sondern an vielen verschiedenen Orten der Welt unabhängig voneinander. Allein menschlicher Geist bewegt die Menschheit voran.

Als nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg vieles in Deutschland darniederlag, die für Feldzüge geplünderte und anschließend von den Siegern gepfändete Staatskasse nichts mehr hergab, gründete sich 1920 eine der ersten Bürgerinitiativen in Gestalt des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft. Privates Handeln sollte die vorhandene Lücke füllen. Denn, so lautete das Motto: Jede private Mark, die in die Wissenschaft fließt, ist eine der besten Investitionen für die Zukunft aller.

Das Motto hat über die Jahrzehnte hinweg unverändert seine Gültigkeit behalten, aber den Spendern wurde lange Zeit das Spenden widersinnig erschwert: nicht nur von Ideologen, die am liebsten forschten, wie das freie Unternehmertum selbst abgeschafft werden könnte, sondern auch von einem Staat, der mit kontraproduktiven Steuergesetzen das Stiftungskapital gleich mehrfach zur Ader ließ. Inzwischen hat sich im gesellschaftlichen Umfeld wie bei den Gesetzen manches zum Positiven hin verändert – mit dem Erfolg, daß auch die Geldhähne munterer *fließen.*

108 Stiftungen verwaltet der Stifterverband inzwischen treuhänderisch, wie sich in der vorgelegten Jahresbilanz für 1985 ablesen läßt. Das Vermögen, das sich dahinter verbirgt, stieg von 305,6 Millionen Mark (im Jahre 1984) auf mehr als 500 Millionen Mark. Das Ergebnis: 65,46 Millionen Mark konnten an freien und zweckempfohlenen Spenden zur Förderung von Wissenschaft und Forschung ausgegeben werden.

Die Relationen insgesamt machen deutlich, was das Geld der Wirtschaft für die Wissenschaft bedeutet: 13 Milliarden Mark gab der Bund im vergangenen Jahr – rundgerechnet – für Wissenschaft und Forschung aus. Hinzu kamen etwa 7,6 Milliarden der Länder. Dem standen 30,8 Milliarden Mark der Wirtschaft insgesamt, einschließlich der firmeninternen Arbeiten, gegenüber. Schlagender kann man kaum beweisen, wie unverzichtbar das private Engagement der Wirtschaft für Wissenschaft und Forschung, auch für die Grundlagenforschung in unserem Land ist.

Und die ach so teuflische Gefahr der Einflußnahme auf den armen, unpolitischen Denker in seinem Elfenbeinturm? Versteckt sich hinter dem Begriff „zweckgebundene Spenden" nicht der ganze teuflische Hinkefuß? Dann müßte man aber beispielsweise auch die finanzielle Unterstützung des Internationalen Kongresses der Geisteswissenschaft in Stuttgart oder den *Arbeitskreis Wirtschaft und Recht zur* Förderung junger, qualifizierter Juristen als Teufelswerk verstehen, was ernsthaft wohl niemand beabsichtigt.



Nichts geht mehr an den Unis ohne private Gelder FOTO: SVEN SIMON

Natürlich wird es immer wieder bei direkten Projektförderungen durch Unternehmen auch den Gedanken der Geldgeber geben, daß sich aus den zu erwartenden Forschungs-Ergebnissen später eine Verwertung ergeben könnte. Doch, zum einen, bilanzierbarer Erfolg ist *ja nichts Schlechtes an sich.* Aber, und dies zum zweiten, was soll sich die Wirtschaft etwa von ihrem Stifterverbands-Schwerpunkt Geschichtswissenschaft, was von dem neuen Förderprogramm „Ethik in der Medizin" als betriebswirtschaftlich verwertbare Ergebnisse erhoffen?

Der frühere Bundespräsident Karl Carstens hat den Satz geprägt: „Eine Wirtschaft, die von ihrem Recht, Wissenschaft durch Stiftungen zu fördern, Gebrauch macht, stärkt dabei letztlich ihre eigene Freiheit." Man müßte anfügen: Sie stärkt dabei zugleich auch Freiheit und Fortschritt des Gemeinwesens. Ohne solche Hilfe gäbe es keine nennenswerte Begabtenförderung, weniger Möglichkeiten für die Max-Planck-Gesellschaft und die Deutsche Forschungsgemeinschaft – und vor allem endgültig kollabierende Hochschulen. Denn um die gerade auch von den Wirtschafts-Kritikern bejahte Öffnung der Universitäten für viele weiterhin durchzuhalten, hat der Stifterverband, haben zusätzlich einzelne Unternehmen inzwischen Mittel für Stiftungs-Professuren bereitgestellt.

Bei den alten Römern wurden auf Mäzene noch Oden geschrieben. Auch wenn es keinen Horaz mehr gibt, der für ein Landgut seinen Maecenas besang – in unserer prosaischen Zeit sollte man ihnen zumindest nicht noch Steine in den Weg legen, wenn sie helfen wollen. Denn, um noch einen Römer (Martial) zu bemühen: „Sint Maecenates, non deerunt, Flacce, Marones – Wenn es nur Mäzene gibt, Flaccus, werden die Vergile nicht ausbleiben."

IM GESPRÄCH Sardar Buta Singh

Neues Gesicht, alte Garde

Von Peter Dienemann

Sardar ist der Ehrenname eines Sikh – und daß Premier Rajiv Gandhi einen Sikh-Politiker wie Buta Singh zum Innenminister in seinem Kabinett ernannt hat, kann als eine *taktische Meisterleistung* bewertet werden, die sowohl der Sache dient, als auch der Person Buta Singhs gerecht wird. Jener stets freundliche Sardar mit dem verschmitzten Lächeln, der nun unter anderem mit der Pandschab-Krise fertigwerden muß – freilich mit Unterstützung seines Staatsministers für Innere Sicherheit, Arun Nehru –, ist ein gläubig-praktizierender Sikh, für den Alkohol und Nikotin zu den „Teufelsdrogen zählen". Doch als Congress-Politiker und Minister hat er sich Feinde unter seinen Glaubensbrüdern geschaffen.

Jenen nämlich, die mit Terroranschlägen den Pandschab in Atem halten und ein unabhägiges Khalistan der Sikhs fordern, ist der Sikh Buta Singh, der zu einem einheitlichen Indien steht ohne Sonderrechte für Religionsgemeinschaften, ein Dorn im Auge: Er wurde exkommuniziert von der Sikh-Gemeinschaft, dann später wieder in Ehren aufgenommen. Heute wachen vier Leibwächter über seine Sicherheit.

Seit Beginn der Pandschab-Krise ist er auf seiten der damaligen Regierungschefin Indira Gandhi, jetzt Rajiv Gandhis und der Congress-Partei aktiv an der Suche nach Lösungen für den nordindischen Bundesstaat beteiligt.

Selbstverständlich ist es für ihn, daß der Goldene Tempel kein Unterschlupf für Terroristen sein darf, der Sturm der Armee auf das Heiligtum also gerechtfertigt war. Allerdings bleiben Entscheidungen solcher Tragweite Rajiv Gandhi und seinem Sicherheitsminister Arun Nehru vorbehalten.

Doch der Rat des „Feuerwehr-Politikers" ist geschätzt; Indira Gandhi verstand es, ihn immer dort in die Verantwortung zu ziehen, wo Mangel an Sachkenntnis und Vermittlungsfähigkeit war. Der 52jährige begann beruflich als Journalist, war Sozialarbeiter für die Landwirte Pandschabs und wurde 1962 für die Congress-Partei ins Parlament gewählt.



Neuer indischer Innenminister: Buta Singh FOTO: AP

Indira wußte seine Loyalität zu belohnen. Als einer der Generalsekretäre der Partei wurde er mit der wiederkehrenden Ära Gandhi 1980 Staatsminister für Schiffahrt und Transport, ein Jahr später Minister für Versorgung. Seinen politischen Durchbruch in Ministerien von höherem Prestige verdankt Buta Singh seinem Organisationstalent – und der Tatsache, daß die Asienspiele 1982 in Neu-Delhi unter seiner Regie ein Erfolg waren.

Der Dank dafür war der Chefposten im ersten indischen Sportministerium, dann war er Minister für Parlamentsangelegenheiten. Daß Rajiv Gandhi ihn schließlich im Dezember 1984 als Minister für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung in sein „Kabinett der neuen Gesichter" übernahm und Buta Singh jetzt Innenminister wurde, zeichnet ihn als einen jener Politiker der „alten Garde" aus, die die Wende unter Rajiv Gandhi mitvollziehen konnten.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Schwarzwälder Bote

Die Oberndorfer Zeitung kommentiert die Situation der Regierung:

Sechs Wochen vor Beginn der letzten Parlamentsferien dieser Sitzungsperiode mußten im Koalitionsgespräch von CDU/CSU und FDP auch die Pflöcke für die Endphase eingeschlagen werden: Was läuft noch oder was geht nicht mehr. Heiße Eisen sind die Sicherheitsgesetze und das Betriebsverfassungsgesetz mit dem von den Gewerkschaften abgelehnten Minderheits-Wahlrecht für leitende Angestellte. Man kann davon ausgehen, daß die Gesetze bis nach der Bundestagswahl vertagt werden.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie geht auf die Bonner Hilfe für die Bauern ein:

Die finanzielle Last, die besonders auf den Familienbetrieben ruht, wird nur geringfügig erleichtert. Die drükkenden Sorgen um die Zukunft bleiben. Angesichts der insgesamt minimalen Hilfe ist es fraglich, ob Union und auch die Koalition die empörten Bauern wieder versöhnlich stimmen werden.

Rhein-Neckar-Zeitung

Die Heidelberger Zeitung schreibt über das Verhältnis der Regierung zur Kernenergie:

Letztlich geht es für sie dabei um die Frage, ob es überhaupt eine überzeugende Alternative zu einem solchen Ausstieg gibt, und ob sie den tief verunsicherten Mitbürger in unserem Lande in diesem Augenblick plausibel gemacht werden kann. Hierbei spürt das Regierungslager in Bonn, wie schwierig es derzeit ist, bei so viel aufgewühlten Emotionen und irrationalen Vorstellungen mit sachlicher Information durchzudringen. Erst recht, wenn der politische Gegner entschlossen ist, die Furcht vor Reaktor-Explosionen und radioaktiver Verstrahlung zur Speerspitze seiner Wahlkampagne zu machen.

Mannheimer MORGEN

Er meint zum Medien-Staatsvertrag:

Auch wenn sich so mancher darum bemüht, noch mit Privatfernsehen auf den Markt zu kommen, dürften auf Dauer außer Sat 1 und RTL plus kaum weitere überregionale Programme zu finanzieren sein. Bernhard Vogel sieht sich außerdem in der Pflicht, Sat 1 in Rheinland-Pfalz und möglichst in Ludwigshafen zu halten, wo heute die Sendezentrale ist. Ob dies gelingt, bleibt abzuwarten, denn auch andere Länder hätten den Privatsender gerne in ihrem Land.

NORD-ECLAIR

Die Zeitung aus dem französischen Lille wundert sich über die Bevölkerung:

Was letzlich am meisten auffällt, das ist die Gleichgültigkeit der Öffentlichkeit. In Frankreich herrscht der Reflex vor, sich gegen alle Katastrophen, die woanders zuschlagen, immun zu glauben. Jeder weiß, daß wir auf nuklearem Gebiet sehr stark engagiert sind: bei der Verteidigung und bei der Energieproduktion. Nach dem Abflauen der letzten Protestwelle vor rund zehn Jahren neigte man dazu, jede von einem Nicht-Fachmann gestellte Frage zu diesem Thema als dumm abzutun.

Selbstzensur bei Deutschlandfunk und Deutscher Welle

Nur Berichte über die Schönheit des Rheins im Osteuropa-Programm? / Von Carl Gustaf Ströhm

Von der Katastrophe in Tschernobyl ahnten die Teilnehmer einer internationalen Rundfunkkonferenz nichts, die Ende April im Münchner Sendekomplex von Radio Freies Europa und Radio Liberty zusammentraten. Führende amerikanische, israelische und deutsche Rundfunkleute diskutierten über ein Thema, das schon wenige Stunden später ungeahnte Brisanz erhalten sollte: Über die Möglichkeiten und Wirkungen westlicher Rundfunksendungen in den Sprachen der Ostblock-Nationen.

Was die meisten Experten beim Münchner Gespräch als Thesen in die Debatte warfen, wurde kurz darauf von der Realität bestätigt, ja übertroffen. Die westlichen Rundfunksender in Russisch, Polnisch, Tschechisch und Bulgarisch wurden angesichts der Verschweige- und Verschleierungstaktik der Sowjets im Falle Tschernobyl zur ersten und anfangs einzigen Informationsquelle der osteuropäischen Bevölkerung über das Desaster in der Ukraine. Die Tatsache, daß die sowjetische Führung nach zehn Tagen des Verschweigens und Bagatellisierens wenigstens zu einem Teil-Geständnis der wirklichen Zustände veranlaßt wurde, ist nicht zuletzt den westlichen Rundfunkstationen zuzuschreiben, welche die Mauer des Informationsmonopols durchbrechen konnten – die Berichterstattung in den „DDR"-Medien für ihre Zuhörer mit Westfernsehen belegte das.

Dennoch traten bei dem Gespräch auch drei problematische Seiten der westlichen Rundfunkarbeit in Richtung Osteuropa zutage. Da ist einmal die ungenügende Ausstattung. Da die Sendungen den von innenpolitischen Perspektiven bestimmten Parlamentariern keine zusätzlichen Wählerstimmen bringen, wird ihre Bedeutung – gerade in der Bundesrepublik – oft unterschätzt. Da sind zum anderen die Störsender, welche die Sowjetunion gegen die meisten Programme des Westens einsetzt: Ein Beweis, für wie wirkungsvoll der Kreml sie hält.

Aber da ist drittens auch die Selbstzensur, die man sich auferlegt. Hier ist vor allem interessant, wie die beiden Sprecher der deutschen Bundes-Rundfunkanstalten, der Intendant der Kölner Deutschen Welle, Klaus Schütz (SPD), und der Leiter der Europaprogramme des Deutschlandfunks, Jürgen Reiss (CDU) in München als Beschwichtigungs-Hofräte auftraten. Während die meisten amerikanischen Sprecher den Nachdruck auf die Notwendigkeit einer ideologisch-politischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion durch die russischen Rundfunkprogramme des Westens legten, blieb den beiden deutschen Rundfunk-Chefs vorbehalten, die „Nichteinmischung in die inneren Angelegenheit der Sowjetunion und der anderen Oststaaten" zum Glaubensbekenntnis zu erheben. Der Deutschlandfunk-Direktor: „Wir können die Situation in Osteuropa nicht ändern und deshalb dürfen wir uns nicht einmischen."

Hätten Schütz und Reiss geahnt, daß 24 Stunden zuvor die Atomkatastrophe in der Ukraine alles bisherige Gerede von Einmischung und Nichteinmischung zur Absurdität werden ließ – vielleicht hätten sie anders argumentiert. So aber blieb ein fataler Eindruck.

Daß der Intendant der Deutschen Welle in München voller Stolz erklärte, er habe, um die „Glaubwürdigkeit" seines Senders zu wahren, im vergangenen Jahr untersagt, in den Nachrichtensendungen etwas über die Bombenattentate in Bulgarien zu berichten (die sich als Tatsachen erwiesen), stieß nicht nur bei amerikanischen *Zuhörern auf Unverständnis.* Wäre Schütz im Falle Tschernobyl nach den gleichen Kriterien vorgegangen – die Deutsche Welle hätte sich im Falle der Reaktorkatastrophe in ihren Nachrichten auf die Erklärungen von Tass beschränkt. Da es unterhalb der Intendanten-Ebene im Rundfunk auch die „Arbeitsebene" gibt, besteht allerdings die Möglichkeit, daß die Programm-Macher am Mikrofon sich nicht an solche Selbstzensur gehalten, sondern das gesendet hätten, was den Hörern in dieser schrecklichen Lage einzig nützen kann: die Wahrheit.

Das Treffen der Rundfunkleute in München zeigte ein Auseinanderdriften zwischen den beiden deutschen Auslandssendern einerseits und den amerikanischen Stationen andererseits. Es zeigte überdies, daß gegenüber Osteuropa vor allem im Deutschlandfunk, aber auch in der Deutschen Welle eine Tendenz zur Leisetreterei besteht. Was nützen den russischen, polnischen und tschechischen Hörern Schilderungen über die Schönheiten des Rheins und die deutschen innenpolitischen Querelen? Sie wollen aus den einzig ihnen zugänglichen freien Quellen die ungeschminkte Wahrheit auch über ihr eigenes System hören.

Aus der Trennung soll die Scheidung werden

Die irische Verfassung kennt keine Scheidung, ja sie verbietet sie ausdrücklich. Doch ob dies so bleibt ist zweifelhaft, denn die Befürworter eines Scheidungsrechts blasen zum Sturm „für den letzten Kampf zwischen Staat und Kirche.“ *Ihr* erster Erfolg: eine Volksabstimmung im Sommer.

Von REINER GATERMANN

Es ist Freitag abend 20 Uhr, im Haus 4 Nassau Street in der irischen Hauptstadt Dublin herrscht reges Treiben. Frauen strömen in das unansehnliche Gebäude, bald kommen sie wieder heraus, mit Sammelbüchsen in den Händen. Sie schwärmen aus in die Dubliner Innenstadt. Hauptziele sind die unzähligen Pubs, einige Diskotheken und vielleicht auch ein paar Restaurants, „wenn uns die Besitzer hereinlassen“. „Wir sammeln für den letzten Kampf zwischen Staat und Kirche“, sagt eifrig und hoffnungsvoll die 29jährige Mary O'Hagan.

Dieser Konflikt wird voraussichtlich Ende Juni entschieden. Dann werden die Iren in einer Volksabstimmung darüber entscheiden, ob auch auf der grünen Insel die gesetzliche Trennung von Tisch und Bett genehmigt werden soll, oder ob der seit 1937 herrschende Paragraph 41 der Verfassung rechtskräftig bleibt, wonach „kein Gesetz erlassen werden darf, das die Auflösung der Ehe ermöglicht“.

Dieser Paragraph, so klagt die Unterstaatssekretärin im Familienministerium, Nuala Fennell, verurteile Tausende Männer und Frauen dazu, „entweder im einsamen Zölibat zu leben oder sich denen anzuschließen, die irreguläre Verhältnisse eingehen, in denen sie gegenüber unseren Sozial- und Steuergesetzen diskriminiert sowie bei der Erbfolge übergangen werden und deren Kinder als außerehelich abgestempelt sind“.

Die Frauen aus der Nassau Street kehren gegen Mitternacht zurück und sind durchweg zufrieden, die meisten Sammelbüchsen zur Finanzierung ihrer Kampagne sind gut gefüllt. „Es herrschte eine wahnsinnig gute Stimmung, die meisten ermunterten uns, leider hatten wir nicht viel Zeit zum Diskutieren“, berichtet Mary O'Hagan. Bis vor kurzem arbeitete sie im Sekretariat der Divorce Action Group, die in diesem Haus (hier residiert auch die Menschenrechtsvereinigung) ihr Hauptquartier hat.

Die Aktionsgruppe für Scheidung, 1980 gegründet, erlebt seit ein paar Wochen einen starken Mitgliederzulauf. Er setzte ein, als Ministerpräsident Garret FitzGerald beschloß, die leidige Scheidungsfrage endgültig zu klären. Am kommenden Dienstag wird das Parlament die gesetzlichen Voraussetzungen für die Volksabstimmung beschließen, die dann frühestens vier Wochen später abgehalten werden kann.

„Zuerst wagten die Leute offenbar nicht, sich solch einer Organisation anzuschließen“, sagt Mary O'Hagan. „Sie müssen wissen, hier versuchen die meisten zu vertuschen, daß ihre Ehe kaputt ist, auch wenn man bereits getrennt und vielleicht schon in einer ‚second relationship' lebt. Als der Referendum-Beschluß kam, wurden auch wir irgendwie legitim. Jetzt haben wir wohl ungefähr 2000 Mitglieder, und auch die ersten Männer haben zu uns gefunden.“

Die junge Frau berichtet ohne Scheu über ihr eigenes Leben und ihre Probleme: Sie hatte 1981 geheiratet, drei Jahre später kam sie mit ihrem Mann überein, sich wieder zu trennen. Sie beauftragten ihre Rechtsanwälte, die Formalitäten einer „juristischen Trennung“ zu erledigen. Da ohne Kinder und ohne gegenseitige Unterhaltsansprüche, hätte eigentlich alles reibungslos ablaufen sollen, aber „ich hatte einen schlechten Rechtsanwalt, ich mußte mir einen neuen suchen“. Die Prozedur dauerte acht Monate. „Während dieser Zeit mußte ich jedoch in der gemeinsamen Wohnung bleiben, sonst hätte mein Mann Ansprüche wegen böswilligen Verlassens stellen können.“

Seit 1984 hat Mary O'Hagan nun ihre eigene Wohnung. Sieht eigentlich alles wie eine normale Ehescheidung aus – im Streitfall hätte auch ein Gericht eingeschaltet werden können –, ist es jedoch nicht: Die junge Frau ist laut Gesetz nicht geschieden, kann deswegen auch keine neue Ehe eingehen, außerdem ist ihre bei den Behörden registrierte Anschrift weiterhin die ihres „Ex-Mannes“.

Auch Andrea Bridges (38) erzählt an diesem Abend ihre Geschichte. Sie bekam vor zehn Jahren eine „judicial separation“, ging jedoch bald ein „zweites Verhältnis“ mit ihrem Freund Tom ein und bekam einen Sohn. Beim Standesamt ist allerdings nicht Tom als Vater registriert, sondern Andreas „Ehemann“, von dem sie sich vor zehn Jahren trennte. So will es das Gesetz, es schreibt auch vor, daß der Junge diesen beerbt und nicht seinen leiblichen Vater.

Dieses nunmehr fast fünfzig Jahre alte gesetzliche Scheidungsverbot hat kuriose Zustände geschaffen, die von rechtlicher und sozialer Unsicherheit bis zur gesetzwidrigen Manipulation der Gesetze reichen.

Sicherlich kann man sich im republikanischen Teil der grünen Insel auf verschiedene Weise trennen, doch nichts erfüllt den Tatbestand einer in jeder Hinsicht vollzogenen Scheidung. So wird zwar bei der von Rechtsanwälten und Gerichten ausgehandelten juristischen Trennung das Ende der Ehe bescheinigt, eine zweite Heirat ist dennoch nicht möglich.

Annullierung nur in Ausnahmefällen

Doch die Iren wären nicht Iren, wenn ihnen nicht ein Ausweg einfiele. Es gibt – in Ausnahmefällen – eine Annullierung der Ehe mit zulässiger Wiederheirat. Doch auch hier ein Haken: Die aus diesen Ehen stammenden Kinder sind trotzdem außerehelich.

Auch die katholische Kirche, über 90 Prozent der Iren gehören ihr an, löst hin und wieder Ehen auf, unter anderem, wenn sie nicht vollzogen worden sind, aber in solchen Fällen



Opfer des irischen Gesetzes, das keine Scheidung kennt: die Lehrerin Eileen Flynn FOTO: IRISH TIMES

legt der Staat gegen eine Wiederheirat sein Veto ein.

In der Nassau Street ist man an diesem Abend optimistisch, auch wenn, so die Frauen, die im Referendum vorgeschlagene Verfassungsänderung „einigermaßen konservativ“ ist. Eine Scheidung soll erst nach fünfjähriger Trennung, keiner Aussicht auf Versöhnung und gesicherter Versorgung von „abhängigem Partner“ und Kindern möglich sein.

Der Optimismus gründet sich auf die letzten Meinungsumfragen, die eine zunehmende Unterstützung für ein Scheidungsrecht signalisieren. 57 Prozent sagen ja, 36 Prozent nein, und nur sieben Prozent sind noch unentschlossen. Doch noch steht ein großes Fragezeichen im Raum: Wie wird sich die katholische Kirche, deren Einfluß vor allem im ländlich-bäuerlichen Teil der Bevölkerung ungebrochen ist, verhalten? Wie massiv wird sie kämpfen?

Noch sind diese Fragen offen, denn durch den überraschenden Referendum-Beschluß der Regierung war sie noch nicht in der Lage, ihren Widerstand wirksam zu formieren. Doch die meisten Geistlichen reden dem Volk bereits heftig ins Gewissen. „Die Regierung hat weder unter dem christlichen noch unter dem Naturgesetz das Recht, solch ein (Scheidungs-)Gesetz zu erlassen“, meint Bischof Newman von Limerick. Erzbischof Kevin McNamara verweist auf Gottes Ehegebot, „das nicht nur vom Individuum, sondern auch von der Gesellschaft respektiert und aufrechterhalten werden sollte“. Das derzeitige Gesetz biete schon genügend Rechtsmittel gegen unglückliche Ehen, sie können und sollten verbessert werden, „dazu bedarf es jedoch keiner Gesetzgebung, die die Scheidung in weiterem Umfang als bisher ermöglicht“.

Ganz anderer Auffassung sind Roy Jonston (56) und Jannice Williams (48). Die Ehe von Jannice war „seit 1965 kaputt“ und wurde in Neuseeland geschieden. Sie zog mit dem Junggesellen Roy zusammen, vor sieben Jahren kam ihre Tochter zur Welt. Einer Hochzeit stand die Verfassung im Wege. Dies betrachtete die Mutter als Diskriminierung. Sie wandte sich auch im Namen ihres Kindes 1983 an die Menschenrechtskommission in Straßburg, die 1985 entschied, daß dieser Vorwurf zwar nicht für Jannice Williams gelte, aber für ihre Tochter und ließ die Klage zu.

Urteil und Votum am selben Tag

Der Oberste Gerichtshof wird am 23. Juni seinen Spruch fällen, voraussichtlich am selben Tag, an dem die Iren ihr Votum abgeben werden.

Bis dahin wird sicherlich auch weiter über das Schicksal der Lehrerin Eileen Flynn diskutiert werden. Ihr wurde 1984 gekündigt, weil sie mit einem Mann zusammenlebte, dessen Frau ihn schon vor Jahren verlassen hatte und ins Ausland gegangen war, und sie nun von ihm auch noch ein Kind erwartete. Eileen Flynn zog vor Gericht, mußte sich jedoch in zwei Instanzen sagen lassen, daß die Schulverwaltung richtig gehandelt habe.

„Niemand weiß mit einiger Genauigkeit zu sagen, wie viele gescheiterte Ehen und „second relationships“ es heute in Irland gibt. Die Schätzungen schwanken zwischen 30 000 und 70 000. „Die Gesellschaft hat sich hier arrangiert. Meistens spricht man nicht über diese Angelegenheiten, schon gar nicht in der Öffentlichkeit, aber häufig nicht einmal in der Familie“, berichtet eine Journalistin der „Irish Times“ und fügt als Beispiel an: „Als der Fall Flynn im Fernsehen diskutiert wurde, saßen fünf Journalistinnen vor der Kamera. Davon lebten drei in einer „second relationship“, keine wagte dies jedoch hier öffentlich zu sagen.“

Dabei kommt dies inzwischen in allen Kreisen vor, sogar in der Regierung. Aber „ich weiß im Moment nicht, wer das sein könnte“, meint scheinheilig ein hoher Regierungsbeamter. Man zieht es vor zu schweigen. Jeder in Irland aber weiß, wer gemeint ist: der Arbeitsminister.

Zum Geburtstag kaltes Wasser und Laserstrahlen

Die Jünger des Pfarrer Kneipp brauchten diesen Beweis nicht mehr, *sie schwören ohnehin auf* ihre Wassergüsse. Doch das Geschenk zum 100. Geburtstag der „Kneipp-Bewegung“ kommt *ihnen dennoch nicht ungelegen.* Zum erstenmal konnte jetzt mit Hilfe der Lasertechnik die positive Wirkung der Güsse bewiesen werden.

Von DIETER THIERBACH

Sag mal, ich hab' gehört, du gehst zur Kur?“ – „Klar, wieder nach Wörishofen.“ – „Ach so, Gesundheit mit Füßen treten ...“ So wie in den 70er Jahren der Sketch der Berliner „Stachelschweine“ die Auswüchse der gerade anlaufenden Gesundheitswelle aufs Korn nahm, belächelt man heute, wenn Männer barfuß mit hochgekrempelten Hosenbeinen und Frauen mit geliftetem Rock behutsam in gekachelten Wasserbecken herumtapsen.

Von manchen als „Kinderkram“ abgetan, von anderen hochgepriesen, von einigen Lexika als „unspezifisches Heilverfahren“ vorgestellt, haben sich die Kneippkuren als anerkanntes Naturheilverfahren jedoch mittlerweile fest etabliert.

Kneipps Testamentsvollstrecker, die internationale Bewegung seiner Jünger, kurz Kneipp-Bewegung genannt, feiern ihr hundertjähriges Bestehen. In mittlerweile 37 Staaten der Welt vertreten, gehören ihnen in der Bundesrepublik rund 150 000 Mitglieder in 560 Vereinen an. Die Zunft ist damit – zumindest auf Bundesebene – die größte Laien-Gesundheitsorganisation.

Zum runden Geburtstag lieferten jetzt die beiden Mediziner Professor Wolfgang Schnizer und Reinhard Erdl vom Institut für Medizinische Balneologie und Klimatologie der Münchner Universität ein hochwillkommenes Geschenk: Den wissenschaftlichen Beweis für 100 Jahre Wasserkur.

Beide Wissenschaftler entwickelten auf Laser-Basis geeignete Sonden und Temperaturfühler, die es ermöglichen, die Gefäßreaktionen in der Haut bei Kälte- und Wärmereizen genau zu messen. Dabei ist es ihnen sogar gelungen, die Durchblutung an Lippen- und Nasenschleimhaut sowie am Trommelfell exakt aufzuzeichnen. Der Clou: Die körpereigenen Reaktionen auf die Kalt- und Warmwassergüsse konnten dabei erstmals beobachtet und deren für die Gesundheit positiven Gefäßerweiterungen gemessen werden.

Über den „Wasserdoktor“, wie Sebastian Kneipp genannt wird, viel Worte zu verlieren, hieße Wasser in die Gießkanne schütten, die ihn – bei Anwendung seiner Güsse – berühmt gemacht hat. Immerhin: Schlüsselerlebnis, so weiß es die Historie, war für Sebastian Kneipp die Lektüre des Buches von Sigmund Hahn, der die „Wirkung des frischen Wassers auf die Leiber der Menschen“ beschrieb und das dem schwer lungenkranken, armen Theologiestudenten Kneipp 1845 im schwäbischen Dillingen in die Hände fiel.

Peinlich genau befolgte er die darin enthaltenen Vorschriften: Er wusch sich eiskalt, marschierte barfuß auf taufeuchten Wiesen umher und – auf dem Höhepunkt seiner „Lungenschwindsucht“ – nahm schließlich mitten im Winter kurze Bäder in der eisführenden Donau. Nach der Tortur trocknete er sich nicht ab, sondern stieg naß in den Frack zurück.

Kneipps Organismus hielt diese Roßkur durch. Der Patient überlebte und widmete sich von da an neben der Seelsorge ganz den natürlichen Heilverfahren. Als er auch noch zwei erkrankte Kommilitonen unter ähnlichen Umständen kuriert hatte, gab es für ihn keinerlei Zweifel mehr: Seine Methode war goldrichtig und sie führte ihn zu der epochalen Schlußfolgerung: „Gesund bleiben und lang leben will jedermann, aber die wenigsten tun etwas dafür.“

Sebastian Kneipp, schon bald „Europas Wasserkönig“ genannt, blieb Dorfpfarrer, von der ärztlichen Standeskunst wollte er nichts wissen. Des Rufes eines Naturdoktors jedoch konnte er sich schlecht erwehren. Neben seinen bekannten Wasserkuren widmete er sich besonders den einheimischen Heilpflanzen. Intuitiv, aus Beobachtung und Behandlungserfahrung heraus, fand er seine Heilmethoden und schrieb sie nieder. Sein bedingungsloses Vertrauen in die Heilkraft der Natur und eine darauf total fixierte Lebensweise („Mit Wasser und Kräutern kann man Tausende heilen“) konnte dem Herrn Pfarrer und seiner „kreativen Heilerpersönlichkeit“ jedoch nicht ein zweites Mal das Leben retten: An seiner Wirkungsstätte verstarb er – 76jährig – 1897 an Blasenkrebs. Eine Operation hatte er abgelehnt.

Jünger hatte der Pfarrer immer: Kneipp-Bewegungen gibt es in 37 Ländern FOTO: HERZOG

Kneipp, von zahlreichen Ärzten und Professoren seiner Zeit als Kurpfuscher und Scharlatan abgetan, erlebt mit seiner Lebensphilosophie seit Jahren eine Renaissance. Heute gehören über hundert verschiedene Formen von Wasseranwendungen – allesamt weitaus milder als der heroische erste Selbstversuch – zu den „fünf Säulen“ der klassischen Therapie: Zur Hydro- kommt die Bewegungstherapie. Phytotherapie, die Pflanzenheilkunde, gehört ebenso dazu wie eine Diät („wir leben zu fett und zu süß“) und seine Therapie vom Einhalten einer natürlichen Lebensordnung („Ordnungstherapie“). Demnach können alle Behandlungsmaßnahmen nur dann ihren tieferen Zweck erfüllen, wenn dabei die natürliche Ordnung der Lebensvorgänge wie Tages-, Wochen- und Jahresrhythmen eingehalten werden.

Eine richtig zugeschnittene, individuelle Kneipp-Therapie ist nicht nur abwechslungsreich; sie artet für den, der sie über sich ergehen läßt, in schweißtreibende Beschäftigungstherapie aus: Abwaschungen, Abreibungen, Teilbäder, Vollbäder, Güsse, Inhalationen, Fußbäder, Packungen, Wassertreten, Tautreten, Schneegehen, Wickel, Bewegungsübungen, Massagen sind nur einige Anwendungen aus der Palette therapeutischer Anreize. Die Grundlagen der „Wasserkuren“ muten simpel an: Kühles oder kaltes Wasser vermag den Stoffwechsel „anzuheizen“ und erhöht den Sauerstoffverbrauch der Zellen. Heiße Bäder erweitern die Blutgefäße und bewirken eine bessere Durchblutung selbst der feinsten Äderchen (Kapillaren) in den Randschichten des Körpers.

Als 1889 in Wörishofen die erste Wechsel-Badeanstalt errichtet wurde, reisten bereits 33 000 Kurgäste im Jahr an, um sich von „Baschtle“, wie ihn die Dorfbewohner fast zärtlich nannten, betreuen zu lassen. Bald darauf ließ Papst Leo XIII. ihn zu sich rufen, machte ihn zum Gesundheitsberater und ernannte Kneipp schließlich zum Geheimkämmerer und Prälaten.

Wörishofen, die Mutter der 53 deutschen Kneipp-Heilbäder, avancierte durch Kneipp – der hier immerhin 42 Jahre wirkte – zum internationalen Kurort, der ihm das Attribut „Barfüßerdorf“ einbrachte. Bei einer Wandlung vom Bauerndorf zum Weltbad hat man das gern in Kauf genommen.

Zwischen eingefleischten Kneipp-Verfechtern und den Kneipp-Heilbädern herrscht – und das liegt wohl in der Natur der Sache begründet – so etwas wie ein gesunder Wettbewerb. Den Kneipp-Heilbädern ist es mehr als recht, wenn sie ihre zahlenden Gäste alljährlich zur Kur wiedersehen. Die Puristen unter Sebastian Kneipps Jüngern hingegen können sich der Einstellung, schubweise an Körper, Geist und Seele zu laborieren, nicht so ohne weiteres anschließen: Der Mensch sollte ihrer Meinung nach im täglichen Leben so viel für seine Gesundheit tun, daß er nie im Leben eine Kur nötig hat.

Klassenkampf und keine Leistung – Ein bildungspolitisches SPD-Papier

Von PAUL F. REITZE

Tendenzen in der SPD, die auf eine Polarisierung in der Bildungspolitik drängen, haben weiteren Auftrieb erhalten. Daran ändert auch nichts, daß der Parteivorstand ein vierzig Seiten umfassendes Papier zum „sozialdemokratischen Verständnis von Bildung" soeben zur Überarbeitung zurückgegeben hat.

Erstellt und förmlich zur Vorlage für den Parteivorstand beschlossen wurde es von der „Kommission für Bildungspolitik beim Parteivorstand der SPD". Dem Gremium präsidiert Inge Wettig-Danielmeier, zugleich Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen. Ihre Stellvertreter sind der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion von NRW, Dammeyer, und der ehemalige hessische Kultusminister Ludwig von Friedeburg. Zu den Mitgliedern zählt u. a. der GEW-Vorsitzende Wunder. Die Kultusminister der SPD sind Gäste. Damit sollte gewährleistet sein, daß die Kommission nicht an der offiziellen bildungspolitischen Linie vorbeiagieren kann.

„Familienideologie"

Das Dokument bedient sich einer maßlosen, parteipolitische Gegner zu Feinden erklärenden Sprache. Die Union erscheint als Synonym für „Reaktion": Klassenkampf-Vorstellungen klingen immer wieder durch, so wenn erklärt wird: „Bildung ist stets auch die Fähigkeit des Menschen, sein Verhältnis zur Welt und sich selbst harmonisch zu entwikkeln. Unter den gegenwärtigen Bedingungen kann dies allerdings nur in widersprüchlicher Form geschehen.

Mehrfach ist von „Familienideologie" die Rede. Religion, Philosophie und Weltanschauungen werden als Ausdruck gesellschaftlicher Interessen interpretiert. Ähnlich verkürzt und einseitig wird Wissenschaft als „Handlungsorientierung" beschrieben.

Durchgängig denunziert das Papier die Leistung. So heißt es einmal: „Wer Leistung fordert, muß ‚nach Auschwitz' sagen, was er damit meint." Scharf abgelehnt wird Auslese an Schule wie Hochschule. „Diese Politik der Abschottung... will einem Teil der Bevölkerung eine Teilhabe an umfassender Bildung vorenthalten sowie Bildungsbeschränkungen erneuern und verfestigen." Die Unionsparteien wollten „unter Mißbrauch des christlichen Namens" einen „aggressiven Verteilungskampf der ‚Elite' gegen die ‚Masse' voranbringen".

Keinen Zweifel läßt das Dokument daran, daß das gegliederte Schulwesen so rasch wie möglich beseitigt, nicht nur zurückgedrängt werden solle. Angeregt werden Modellversuche für Lehrer „Gesamtschule erlernen". „Ein Nebeneinander von gegliedertem Schulsystem und Gesamtschule sollte befristet sein", heißt es. Ausdrücklich bedauert wird, daß die bestehenden Gesamtschulen noch in einigen Fächern nach Leistungsniveau differenzieren.

Konstatiert wird eine gewisse Reformunwilligkeit bei Lehrern. Dies wird mit dem unter der Kanzlerschaft von Willy Brandt formulierten Radikalenerlaß in Zusammenhang gebracht. Dieser schüchtere „viele Tausende" ein.

In wesentlichen Teilen knüpft das Papier an die hessischen Rahmenrichtlinien von Anfang der siebziger Jahre an. Dort war die persönliche Betroffenheit der Schüler zu einem durchgängigen Kriterium im Unterricht erklärt worden.

„Mit den Bedürfnissen sind es zugleich die Gefühle, die das Handeln leiten", heißt es in dem Dokument. „Gefühle sind Anzeiger der Bedürfnisbefriedigung!" Auch Erotik werde „so zu einem eigenen Bildungsziel". In diesem Zusammenhang wird hervorgehoben: „Emotionale Bildung stellt in erster Linie eine praktische Aufgabe dar."

Geschichtsunterricht wird befürwortet, da „ohne historisches Verständnis der politischen Wirklichkeit... sonst aus der notwendigen Kritik gesellschaftlicher Mängel eine oft resignative Verneinung politischer Verantwortung" resultieren könnte. Neben Friedfertigkeit werden für die politische Bildung an der Schule drei Themenfelder genannt.

Wider Neokolonialismus

Dargestellt werden soll der „Widerspruch zwischen realer Demokratie und autoritärem Obrigkeitsstaat, gleich in welchem Gewande". Vorrangiges thematisches Interesse verdiene auch an deutschen Schulen „die Überwindung von Kolonialismus und Neokolonialismus". Schließlich müsse die „Entwicklung einer Weltgesellschaft" im Unterricht behandelt werden.

Das Papier faßt zusammen: „Bildungsreform ist also weder Vorreiter noch Nebensache der Gesellschaftsreform – sie ist ein wichtiger Bestandteil im Kampf gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Krieg – für Freiheit, für Gerechtigkeit und Gleichstellung der Lebensbedingungen, für die Emanzipation der Frauen, für Solidarität, Gewaltfreiheit und vernünftigen Umgang mit der Natur. Je mehr Schritte zu diesen Zielen in anderen gesellschaftlichen Teilbereichen gelingen, desto erfolgreicher wird auch die Schulreform sein."

Bonn will Tempolimit im Saarland prüfen

CDU-Politiker: Kompetenz der Bundesregierung unterlaufen

ULRICH REITZ, Bonn

Einen „Versuch, die Zuständigkeit des Bundes zu unterlaufen" hat der saarländische CDU-Fraktionschef Günther Schwarz die Entscheidung der Landesregierung genannt, auf zusätzlich rund 60 Autobahn-Kilometern ein Tempolimit von 100 Stundenkilometern einzuführen. Er werde dafür sorgen, sagte Schwarz der WELT, daß das Tempolimit den Innenausschuß beschäftigt. „Wir werden unsere Bedenken an die Bundesregierung weiterleiten."

Doch so lange will man im Bundesverkehrs-Ministerium mit der Prüfung der Geschwindigkeitsbegrenzungen nicht warten. Denn seit dem vergangenen November ist das Dollinger-Ressort für dieses Thema sensibilisiert. Kurz nach der auf den Großversuch des TÜV gestützten Entscheidung der Bundesregierung, kein generelles Tempolimit einzuführen, hatte der saarländische Umweltminister Leinen erklärt, das Land werde nun seine Kompetenzen voll ausschöpfen. Noch vor der Sommerpause wird es laut Kabinettsbeschluß damit auf mehr als einem Viertel des Autobahnnetzes im Saarland heißen: „Tempo 100". Im rot-grün-regierten Hessen sind es nur gut zehn Prozent. Das Drängen des grünen Koalitionspartners, auch hier quasi durch die Hintertür ein Tempolimit einzuführen, war an Ministerpräsident Börner gescheitert, der sich über die rechtlichen Probleme im klaren war.

Die Entscheidungsgrundlage, „um das zu erreichen, was die Bundesregierung nicht geschafft hat", wie es im Saarbrücker Umweltministerium heißt, ist der Paragraph 45 der Straßenverkehrsordnung. Er räumt den Bundesländern die Möglichkeit zu Tempolimits ein, wenn andernfalls die Sicherheit gefährdet wäre oder die Bürger einer unzumutbaren Lärmbelästigung ausgesetzt wären. Voraussetzung ist allerdings die Prüfung jedes einzelnen Streckenabschnitts. Pauschal-Limits sind den Ländern nicht erlaubt. Das Bundesverkehrsministerium wird nun abklopfen, ob sich die Landesregierung getreu dem Gesetz verhielt. „Wir werden uns das genau ansehen", heißt es im Haus Dollingers. Die Entscheidung müßten „auch einer rechtlichen Prüfung standhalten". Die Landesregierung versucht den Eindruck der Gelassenheit zu vermitteln: „Diese Sache ist sattelfest und wasserdicht."

Und die Folgen des saarländischen Alleingangs? CDU-Politiker Schwarz hat nicht nur „verkehrspolitische Bedenken" (Durchsetzbarkeit), sondern fürchtet auch einen „Imageverlust" des Saarlandes mit auch für die Wirtschaft unkalkulierbaren Folgen. Der Beschluß der Landesregierung sei weniger aus Sorge um die Sicherheit der Bürger gefallen, sondern ihm liege „neben dem Hang der SPD, alles zu reglementieren" ein taktisches Kalkül zugrunde. „Die Landesregierung sucht ständig nach Feldern, wo man sich von der Bundesregierung abgrenzen kann."

Koschnick: Für Soldaten keine Sonderrolle

DW. Bonn

SPD-Präsidiumsmitglied Hans Koschnick hat sich beim „Werkstattgespräch" der Bonner SPD-Zentrale zum Thema „Soldat und Christ im Spannungsfeld nuklearer Abschrekkung" zur Bundeswehr und zum Prinzip der Kriegsverhütung bekannt. Die Angehörigen der Streitkräfte könnten ihre Aufgabe heute aber nur dann glaubhaft erfüllen, wenn sie sich ihres Ranges und der politischen wie gesellschaftlichen Bedeutung des Friedens bewußt seien. Die Soldaten dürften für sich aber keine Sonderrolle reklamieren oder aus ihrem Beruf einen Sonderstatus ableiten wollen.

Die Sicherheitspolitik und die dazugehörende Militärstrategie müßten so formuliert und das Instrument der Streitkräfte so gestaltet sein, „daß sie nicht vornehmlich als Kriegsführungsmittel verstanden oder mißverstanden werden können".

Der Kommandeur des Zentrums Innere Führung der Bundeswehr, Brigadegeneral Adalbert von der Recke, unterstrich, daß der Dienst des Soldaten nur dem Zweck diene, Angriffskriege von fremden Staaten auf die Bundesrepublik Deutschland zu verhindern. „In der deutschen Geschichte gab es für Soldaten noch nie einen solchen Schutz gegen den politischen Mißbrauch unserer Bereitschaft, für die Aufrechterhaltung des Friedens Soldat zu werden". Der in der evangelischen Kirche aktive General sagte, er halte die Abschrekkung für ein „sittlich erlaubtes und politisch taugliches Mittel".

„Moskau handelte völkerrechtswidrig"

Professor Schiedermair: Verstoß gegen internationalen Vertrag über Luftverunreinigung

DIETHART GOOS, Bonn

Mit dem anfänglichen Verschweigen und der dann bruchstückhaft gegebenen Information über die Katastrophe von Tschernobyl habe sich Moskau völkerrechtswidrig verhalten. Zu dieser Auffassung kommt Professor Hartmut Schiedermair vom Institut für Internationales Recht der Universität Köln.

Bisher hieß es in Kreisen der Bundesregierung – im Auswärtigen Amt ebenso wie im Bundesinnenministerium – die Sowjetunion sei keinem Abkommen beigetreten, aus dem sich pflichtwidriges Verhalten Moskaus ableiten lasse. Daher habe man völkerrechtlich keine Möglichkeiten, die Sowjetunion anzuprangern oder gar Schadenersatz geltend zu machen.

Professor Schiedermair kommt dagegen zu einer anderen Bewertung: „Das ist kein neues Thema. Es wird in der Diskussion um völkerrechtwidriges Verhalten der Sowjetunion und möglichen Schadenersatz etwa für die Einkommensverluste der Landwirte und Gemüsebauern übersehen, daß ein internationales Abkommen besteht, auf das der Reaktorunfall von Tschernobyl und die Folgen der Strahlenverseuchung in der Bundesrepublik anzuwenden sind."

Seine Auffassung stützt der Jurist, der zugleich Präsident des Deutschen Hochschulverbandes ist, auf das „Übereinkommen vom 13. November 1979 über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigungen". Es ist im Bundesgesetzblatt am 16.3.1983 veröffentlicht worden, also allgemein zugänglich. Für den Rechtswissenschaftler ist es unverständlich, warum dieses Abkommen noch nicht in die Diskussion zum Thema Tschernobyl von der Bundesregierung eingegebracht worden ist. Wie Schiedermair in einem WELT-Gespräch erläuterte, ist die Sowjetunion diesem Vertrag auf der Ebene der Europäischen Wirtschaftskommission (ECE) dreifach, als UdSSR sowie mit der Ukraine und Weißrußland beigetreten.

Der angesehene Rechtswissenschaftler ist der Überzeugung, daß der Fall Tschernobyl auf dieses Abkommen anzuwenden ist. So heißt es dort im Artikel 5: „Zwischen Vertragsparteien, die von einer weiträumigen grenzüberschreitenden Luftverunreinigung tatsächlich betroffen sind, und Vertragsparteien, in deren Hoheitsgebiet durch Tätigkeiten, die dort durchgeführt und auf sich genommen werden, ein wesentlicher Beitrag zu weiträumiger grenzüberschreitender Luftverschmutzung seinen Ursprung nimmt, werden auf entsprechendes Ersuchen frühzeitige Konsultationen abgehalten." Luftverschmutzung im Sinne des Abkommens ist in Artikel 1 als „unmittelbare oder mittelbare Zuführung von Stoffen oder Energien durch den Menschen in die Luft" definiert.

Nach Auffassung von Schiedermair ist durch das Abkommen die Konsultations- und Vorwarnpflicht der Vertragspartner völkerrechtlich gesichert. „Dagegen scheint die Sowjetunion durch Verschweigen und Ablehnung erbetener Konsulationen erheblich verstoßen zu haben."

In dem Vertrag ist keine Rede von Schadenersatzforderungen und auch keine Schiedsklausel enthalten. Artikel 13: „Entsteht zwischen zwei oder mehreren Vertragsparteien eine Streitigkeit, so bemühen sich die Vertragsparteien um eine Lösung durch Verhandlungen oder durch ein anderes Verfahren, das für die streitenden Parteien annehmbar ist."

Aus dem völkerrechtswidrigen Verhalten und dem offensichtlichen Vertragsbruch leitet Schiedermair die Möglichkeit von Schadenersatzforderungen ab. Verhandlungen darüber könnten in einer ad hoc einzusetzenden Schiedskommission erfolgen, zu der die Sowjetunion durch internationalen Druck gezwungen werden könnte.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

SPD-Betriebsräte von Kraftwerken gegen Anti-Atompolitik ihrer Partei

„Es geht nicht mehr um Sachverstand, sondern nur noch um Emotionen" / Profilierungssucht

PETER SCHMALZ, München

SPD-Betriebsräte aus Kernkraftanlagen werfen der Führung ihrer eigenen Partei vor, ohne eingehende Sachkenntnis und ohne Rücksicht auf 300 000 direkt oder indirekt von der Kernenergie abhängige deutsche Arbeitsplätze den Ausstieg aus der Kernkraft zu propagieren. Vor allem die 12 000 Betriebsangehörigen in den deutschen Kernkraftwerken haben keine Sorge um ihre Gesundheit, fürchten aber sehr wohl um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, erklärten Betriebsratsvorsitzende gestern vor der Presse in München.

Unfälle wie in Tschernobyl oder auch wie in Harrisburg sind nach Ansicht dieser KKW-Betriebsräte „völlig unmöglich", da die mehrfache Sicherung der deutschen Reaktoren so ausgelegt ist, daß selbst bei menschlichem Fehlverhalten die Automatik die richtige Entscheidung trifft. Außerdem hätten bei dem russischen Reaktor vom Typ RBMK-1000 die bei deutschen Typen vorgeschriebene stählerne Sicherheitshülle und die Stahlbetonhülle gefehlt, die einem Sechsfachen des maximal möglichen Gasdruckes standhalten können und somit ein Entweichen von Radioaktivität verhindern. Im eigentlichen Reaktorbereich sei es bisher in der Bundesrepublik zu keinen gesundheitsgefährdenden Vorfällen gekommen.

„Wir verbürgen uns gegenüber unserer Mitbevölkerung für die höchstmögliche Sicherheit", heißt es in einer von den Betriebsräten gestern vorgelegten Erklärung. Während aber in den Ortsvereinen auch der bayerischen SPD, die den Ausstieg aus der Kernenergie zum Wahlkampfthema hochstilisiert, sachkundige Aussagen der Betriebsangehörigen weiterhin gefragt seien, kümmere sich die Parteispitze nicht um fachliche Information, klagten die anwesenden SPD-Mitglieder. Sie richteten über die Presse die Bitte an den bayerischen Spitzenkandidaten Karl-Heinz Hiersemann und an den Kanzlerkandidaten Johannes Rau, sich vor Ort zu informieren.

Brüne Soltau, Betriebsratsvorsitzender des Reaktorbauers Kraftwerks-Union in Erlangen, bedauerte, daß der ebenfalls in Erlangen wohnende Hiersemann bisher weder beim Vorstand noch beim Betriebsrat vorgesprochen habe. „Es geht nicht mehr um den Fachverstand, sondern nur noch um Emotionen", meinte Soltau und warf dem bayerischen SPD-Spitzenkandidaten vor, sich mit dem Nein zur Kernkraft profilieren zu wollen. Ein anderer SPD-Betriebsrat warnte jedoch, es könne für Hiersemann „ein böses Erwachen geben", denn die KKW-Betriebsräte hätten durchaus einen „Background", den sie zum Erhalt ihrer Arbeitsplätze mobilisieren könnten.

Während der bayerische SPD-Landesvorstand gestern einen sofortigen „sorgfältig geplanten und zügigen Ausstieg aus der Kernenergiewirtschaft" forderte, wiesen die SPD-Betriebsräte dies als „politischen Unsinn", durch den sich die SPD zu „Hiwis von den Grünen" mache, zurück. Ein Abschalten der deutschen Kernkraftwerke sei schon deshalb wirkungslos, weil rund 100 ausländische Kraftwerke nahe den deutschen Grenzen weiterarbeiten. Zudem würde die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie leiden, nachdem schon heute Frankreich den Kernenergiestrom um 20 Prozent billiger verkaufen kann als die RWE den Kohlestrom. Die Betriebsräte bedauern, daß die Atomgegner weder eine Protestkundgebung vor der sowjetischen Botschaft angemeldet noch Moskau vor dem Internationalen Gerichtshof verklagt haben.

Bonn in Sorge über die Stimmung im Land: „Jetzt ist der Kanzler gefordert"

DIETHART GOOS, Bonn

Heute um 14.30 Uhr bietet sich für Helmut Kohl die Chance, die irrational zerfaserte Diskussion um die Folgen der sowjetischen Reaktorkatastrophe auf den Boden der Realität zurückzuschrauben. Im Bundestag wird der Kanzler eine Regierungserklärung abgeben, der sich eine vierstündige Debatte anschließen wird.

Ursprünglich wollte der Kanzler dem Bundestag über die Ergebnisse des Weltwirtschaftsgipfels von Tokio berichten und die dort getroffenen Vereinbarungen erläutern. Doch seitdem der Begriff Tschernobyl zum Thema Nummer 1 geworden ist und die Bevölkerung verunsichert, ist Tokio in den Hintergrund getreten. Der Kanzler mit seiner im Grundgesetz verbrieften Richtlinienkompetenz ist gefordert und will mit seiner Rede im Bundestag das Thema der Reaktorkatastrophe mit ihren weitreichenden Folgen für die Bundesrepublik wieder auf die Ebene von Vernunft und Sachlichkeit zurückführen.

„Wir stehen am Pranger"

Mit Sorge haben Kanzlerberater Alarmmeldungen aus allen Bereichen des Landes und besonders aus dem Wahlkampfgebiet Niedersachsen analysiert. „Da ist mittlerweile in der Bevölkerung der Eindruck entstanden, es handele sich gar nicht um ein Unglück in der Sowjetunion, verursacht durch einen sowjetischen Kernreaktor völlig unzureichenden Sicherheitsstandards." So resümiert ein Kanzlervertrauter die Lage und fügt hinzu: „Statt der Sowjets stellt man uns jetzt an den Pranger und will uns alles Mögliche ungerechterweise in die Schuhe schieben. Das geht von einer angeblichen Verniedlichung der Strahlengefahr bis hin zu Kompetenzwirrwarr, Unkenntnis und Unfähigkeit der verantwortlichen Regierungsmitglieder."

Selbstkritisch wird aber zugleich eingeräumt, daß es unredlich wäre, die Schuld für die Verunsicherung der Öffentlichkeit nur den Sowjets und dem innenpolitischen Gegner zuzuschieben. Während der Bundeskanzler mit seinem Troß in Japan Weltpolitik machte, lief daheim das Krisenmanagement alles andere als optimal. Da gab es nicht nur Verwirrung um Strahlendosis, um Becquerel und Rem als Meßwerte und über die erforderlichen Schutzmaßnahmen für die Menschen und ungeborenes Leben. Vielmehr fraß sich der Eindruck fest, daß Bund und Länder vom Ausmaß einer solchen Katastrophe völlig überrascht waren und keine geeigneten Gegenmaßnahmen zur Hand hatten. Intern hat die Union, wie im Fraktionsvorstand der CDU/CSU, deshalb Innenminister Friedrich Zimmermann und Gesundheitsministerin Rita Süssmuth gerügt. Ihnen sei es nicht gelungen, sich bei den Menschen draußen verständlich zu machen und angemessen auf weitverbreitete Strahlenangst zu reagieren. Tschernobyl sei viel zu lange „verwaltet" worden, der ungeheure politische Sprengstoff des Themas unentdeckt geblieben.

So fällt es dem Bundeskanzler heute zu, den eingetretenen Schaden besonders in Richtung auf das Wählerverhalten in Niedersachsen zu begrenzen und in die Offensive zu gehen. Der Regierungschef wird daher eine bessere Katastrophenplanung des Bundes sowie eine intensivere und schnellere Abstimmung der Länder untereinander und gemeinsam mit Bonn ankündigen. Er wird sich die Sorgen der Menschen zu eigen machen und darlegen, daß alles Erdenkliche für die Sicherheit der Bevölkerung getan worden ist. Bei allem Verständnis für die nach Tschernobyl entfachte Diskussion um Risiken und Nutzen der Kernenergie will der Kanzler auf die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten des Energiekonzepts verweisen, das er von seinem Vorgänger Helmut Schmidt übernommen hat.

„Offensive nötig"

Doch mit einer wenn auch noch so guten Rede im Bundestag ist es nicht getan. Darüber sind sich die Verantwortlichen im Kanzleramt einig. „Wir müssen eine Kampagne mit unseren guten und glaubwürdigen Argumenten nach draußen ins Land tragen, müssen dem politischen Gegner offensiv und wo notwendig kämpferisch entgegentreten", heißt es in Kohls Umgebung. Trotz der alarmierenden jüngsten Umfrageergebnisse ist man zuversichtlich: „Noch ist Niedersachsen nicht verloren, bis zum 15. Juni werden wir aus dem Tief heraus sein."

Burt dankt GSG 9 für Kooperation

W. K. Bonn

Das moosgrüne Barett der GSG 9, das der Kommandeur des Grenzschutzkommandos West, Ulrich K. Wegener, gestern dem amerikanischen Botschafter Richard R. Burt überreichte, symbolisiert die enge Zusammenarbeit amerikanischer Spezialeinheiten mit der deutschen Antiterrorbrigade bei der operativen Terrorismusbekämpfung. Auf dem Gelände des Bundesgrenzschutzes in Hangelar bei Bonn war Burt im geheimen Trainingshaus der Eliteeinheit Zuschauer von Nahkämpfen und Einsatztaktiken zur Überrumpelung des Gegners und der Waffenerprobungen. „Wir haben mehr gezeigt, als es hier sonst üblich ist", sagte Ulrich Wegener. Das Übungsgebäude der GSG 9 ist im Gegensatz zu dem bereits ausgespähten Regierungsbunker im Ahrtal noch auf keinem Bildschirm und in keiner Illustrierten zu sehen gewesen. Dort demonstrierten die Spezialisten gestern unter Ausschluß der Medien an Kraftfahrzeugen, einem Eisenbahnwaggon und Flugzeugmodell in Originalgröße ihren hohen Einsatzwert. Ohne die Unterstützung Ulrich Wegeners als Berater und die Erfahrungen der GSG 9 wäre die Terrorismusbekämpfung durch die USA heute nicht so effektiv, sagte Botschafter Burt. Angesichts zunehmender Internationalisierung extremistischer Aktionen werde künftig noch mehr Gewicht auf die Zusammenarbeit aller Gegner des Terrorismus gelegt. US-Präsident Ronald Reagan hatte Ulrich Wegener kürzlich das Offizierskreuz des Ordens „Legion of Merit" verliehen.

Kannte Finanzamt Umwegfinanzierung?

hy, Düsseldorf

Der Präsident der *Düsseldorfer* Landeszentralbank, Hans Wertz (SPD), früher nordrhein-westfälischer Finanzminister, hat sich gestern vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß des Landtages entschuldigen lassen. Der Ausschuß, der Licht in das Dunkel der Parteispendenaffäre bringen will, wollte Wertz nach einem bisher unbekannten Brief fragen, der den Verdacht nahelegt, daß die Finanzbehörden in Nordrhein-Westfalen schon lange von illegalen Parteifinanzierungen gewußt und Steuerhinterziehungen der Spender sogar entschuldigt hätten.

Der Brief ist vom 27. Mai 1969 datiert. Er wurde erst kürzlich dem Untersuchungsausschuß als Beweisdokument vom Bundesrechnunghof ausgehändigt. In diesem Schreiben ist dokumentiert, daß die Finanzbehörden und die Finanzminister der Länder sich mit diesem Thema befaßt haben. Wertz und auch sein Nachfolger als nordrhein-westfälischer Finanzminister, Diether Posser, hatten dagegen in der Vergangenheit stets behauptet, nichts von Spendenwaschanlagen oder Umwegfinanzierungen gewußt zu haben und nicht damit befaßt gewesen zu sein. Wertz wird nun am 27. Mai vor den Ausschuß treten. Mit ihm ist auch der frühere Bundespräsident Walter Scheel geladen.

Erleichterung beim SFB

Nach Weggang Loewes beginnt Streit um Nachfolger

HANS.-R. KARUTZ, Berlin

Lothar Loewe erlebte das Ende seiner Dienstzeit nicht mehr live: Sein persönlicher Referent überbrachte ihm am Montag abend per Taxi den Entwurf eines Auflösungsvertrages zwischen dem Intendanten und dem Sender Freies Berlin in das Büro eines Anwalts. Dort hielt sich Loewe während einer vertraulichen Sondersitzung des Rundfunkrats auf. Zum erstenmal in der deutschen Mediengeschichte löste ein Sender einen Dienstvertrag mit seinem Intendanten noch vor Ablauf der Vertragszeit.

Loewe nahm mit Wirkung vom 13. Mai seinen restlichen Urlaub und scheidet offiziell am 31. Mai 1986 aus dem Dienst des SFB, der mit seinem Programmanteil von acht Prozent zu den kleinsten, aber politisch wichtigsten ARD-Sendern gehört.

„*Erleichterung auf beiden Seiten*" – auf diesen Nenner brachte, als alles überstanden war, einer der 31 Rundfunkräte die Stimmung in dem Hause mit seinen 1400 rat- und führungslosen Mitarbeitern.

● Als Grund für die nun gefundene „sanfte" Lösung nannte der amtierende Rundfunkratsvorsitzende, Professor Helmut Eichmeyer (Technische Universität), in der Sitzung die „vielen Unstimmigkeiten" zwischen Loewe, dem Aufsichtsgremium und den Mitarbeitern. Eichmeyer hatte gemeinsam mit Loewe seit Ostern an der dezenten, das Gesicht aller wahrenden Übereinkunft gearbeitet.

Am Ende gaben der katastrophale Rückgang der SFB-Radiohörerzahlen, die verweigerte Entlastung Loewes für den Etat 1984 und ein auf knapp 25 Millionen Mark angeschwollenes SFB-Defizit den Ausschlag für Loewes Entschluß, das Handtuch zu werfen.

Am 26. Mai soll ein neuer Intendant gewählt werden. Schon bahnen sich neue Gruppen- und Proporz-Konflikte an: Ratsvorsitzender Eichmeyer hält den der *CDU*-Seite genehmen Präsidenten der Freien Universität, den Jura-Professor Dieter Heckelmann, für einen „interessanten Namen". Die Linke im Rat – sie kann es bis auf 13 Anhänger bei insgesamt 31 Rundfunkräten bringen – sieht in ihm indes eine „Kampfansage" (Detlef Prinz, Landesjugendring).

Zum Wahlsieg benötigt ein Kandidat mindestens 16 Ja-Stimmen, darunter das Gros der 23 parteipolitisch nicht festgezurrten „Grauen". Im SFB braucht's aber nicht nur einen Intendanten: Chefredakteur Joachim Braun und Programmdirektor Norbert Schneider – Loewe verlängerte beider Verträge nicht – müssen ebenfalls binnen weniger Monate ersetzt werden. Hier erhält natürlich der neue SFB-Mann an der Spitze das entscheidende Wort.

„Der Markt ist tot, die Ernte kaputt"

Bauern in Nordrhein-Westfalen bleiben auf ihrem Gemüse sitzen / Fragen an Matthiesen

H. VON ROEDERN, Bonn

„Nichts, überhaupt nichts, habe ich seit zehn Tagen verkauft; nicht einmal ich selbst eß' noch von meinen eigenen Salatköpfen." Auf Gerhard Odenthals Feldern vergammeln bereits die ersten grünen Köpfe. Der Bauer, der ausschließlich Salat anbaut, kann nur noch abwarten und hoffen. Alle seine 350 000 Salatköpfe, die er normalerweise für circa 23 Pfennig pro Stück verkauft, müssen auf den Feldern liegenbleiben. Eine *junge Frau, die einen Familienbetrieb* erst kürzlich übernommen hatte und vom Gemüseanbau lebt, fordert ihren Nachbarn auf, doch offen zuzugeben, daß auch er kurz vor dem Zusammenbruch steht. „Ich bin fertig."

Die Gemüsebauern verlieren nicht nur die Einnahmen der vergangenen Tage, in denen ein Ernte- und Verkaufsverbot erlassen wurde. Sie verlieren eine ganze Ernte. Seit Monaten investierten die Landwirte in ihre Böden. Das Unglück von Tschernobyl kam genau zu dem Zeitpunkt, als die diesjährige Werbekampagne beginnen sollte. Viele Kleinbauern, spezialisiert auf Gemüse, haben bisher noch keinen Pfennig verdient, haben vielmehr ihre gesamten Ersparnisse in die Vorfinanzierung gesteckt.

Die Stimmung in der riesigen Halle des Centralmarktes in Bornheim-Roisdorf, größter Gemüsemarkt der Bundesrepublik Deutschland, brodelt. Bis an die Decke stapeln sich Steigen. Große gelbe Schilder „Unverkauft" demonstrieren den Ärger. Etwa tausend Bauern hatten sich versammelt, *um von den Politikern* Aufschluß darüber zu erlangen, welche Entschädigungen die Regierungen zahlen werden, und um ihre verzweifelte Lage deutlich zu machen. Denn nicht nur die verbotenen Produkte, sondern auch unbedenkliche Sorten wie Kohlrabi und Rhabarber werden von den verunsicherten Kunden nicht mehr gekauft.

Die Versicherungen von Ernährungsminister Klaus Matthiesen (SPD), daß so schnell wie möglich für die nötige Hilfe gesorgt würde, ruft einerseits Beifall, andererseits Skepsis hervor. Karl-Ernst Larbalette aus Krefeld winkt ab: „Alles Wahlspektakel", und ein anderer ruft laut: „Wir wollen keine Almosen – wenn Sie deshalb hier sind, gehen sie lieber gleich wieder." Landrat Möller gibt bekannt, daß die Bundesregierung eine Milliarde Mark zur Verfügung stellen will, doch noch sei nicht klar, ob nur die betroffenen Produkte oder auch die Folgeschäden eingeschlossen sein würden. Gerade darum geht es aber den Bauern. „Der Markt ist tot, die Ernte kaputt, und die Käufer haben kein Vertrauen mehr." Die Bauern sind bereit, alle ihre Felder sofort unterzupflügen, um möglichst *schnell wieder gesundes Gemüse* anzubauen. Dies aber nur, wenn sie sicher sein können, daß die Entschädigungen tatsächlich schnell kommen. *Doch daran können sie nicht glauben.* „Ob Bund, ob Land, ob Moskau – Hauptsache das Geld kommt, und zwar sofort." In den Regierungen würde dagegen der Schwarze Peter hin und her geschoben, und sie, die hier säßen, seien die Dummen.

Vatikan auf der „Seite der Unterdrückten“

dpa, Rio de Janeiro

Der brasilianische Theologe Leonardo Boff sieht die katholische Kirche jetzt an der Seite der Unterdrückten in der Dritten Welt. In einem offenen Brief an den römischen Kardinal Joseph Ratzinger, der am Wochenende in brasilianischen Zeitungen veröffentlicht wurde, erklärten er und sein Bruder Clodovis: „Es gibt jetzt keinen Zweifel mehr: Rom steht auf der Seite der Unterdrückten und aller jener, die für die Gerechtigkeit kämpfen.“ Die beiden brasilianischen Franziskaner-Mönche reagierten damit auf die jüngste positive Bewertung der „Befreiungs-Theologie“ durch Ratzinger und den Papst. Die Brüder Boff erklärten, „mit diesem entscheidenden und historischen Schritt will Rom die Millionen Katholiken und anderen Männer und Frauen guten Willens in den Befreiungskampf einbeziehen, der mit dem Ideal der christlichen Botschaft übereinstimmt“. Für die Massen der Dritten Welt werde der „Hunger nach Gott“ immer die entscheidende Frage sein. Doch die dringendste Frage bleibe der „Hunger nach Brot“.

London kürzt Ausgaben bei der Verteidigung

Marine betroffen / Rüstungspolitik bleibt unverändert

REINER GATERMANN, London

Erstmals seit sieben Jahren, in denen die britischen Verteidigungsausgaben jährlich um real drei Prozent gewachsen sind, stehen nun Kürzungen an, die zunächst in den kommenden drei Jahren bei ungefähr zwei Prozent jährlich liegen werden.

Nach Ansicht von Verteidigungsminister George Younger besteht jedoch kein Anlaß, die Verteidigungspolitik einer generellen Überprüfung zu unterziehen. Es gebe darum, die bisherige Expansion zu konsolidieren.

Im Haushaltsjahr 1986/87 werden sich die Verteidigungsausgaben auf 18,48 Milliarden Pfund (rund 62,8 Milliarden Mark) belaufen, das sind 5,2 Prozent des Bruttosozialprodukts. Damit nimmt Großbritannien innerhalb der NATO hinter Griechenland (7,1) und den USA den dritten Platz ein. Die Bundesrepublik Deutschland gibt 3,3 Prozent ihres BSP für die Verteidigung aus.

In dem jetzt veröffentlichten Weißbuch der Regierung werden die vier Grundpfeiler britischer Verteidigungspolitik erneut bestätigt: die Erhaltung einer unabhängigen strategischen Nuklearabschreckung, die Verteidigung des Vereinigten Königreiches, die Stationierung von Luft- und Landstreitkräften auf dem europäischen Kontinent sowie der Schutz des Ost-Atlantiks und des Kanals mit angrenzenden Regionen.

Während die Londoner Zeitung „The Times“ die Existenz der in Friedenszeiten 55 000 Mann starken britischen Rheinarmee als einen „militärischen Anachronismus“ beschreibt und Argumente sowohl für als auch gegen einen Abzug anführt, wird die Armee und ihre Daseinsberechtigung in heutiger Form von der Regierung nachdrücklich verteidigt.

Rheinarmee bleibt

Sie sei das „kraftvollste Symbol unseres Beitrages zur Sicherheit Europas und die handgreiflichste Manifestation unseres Glaubens in die Ziele und die Strategie der NATO“. Es gebe drei Gründe, ihre Stärke nicht zu reduzieren oder sie völlig abzuziehen: keiner der Alliierten sei in der Lage, die von ihr abgedeckte 65 Kilometer lange Verteidigungslinie zu übernehmen, ein Abzug könnte Zweifel an Großbritanniens NATO-Verpflichtung wecken und der Sowjetunion „die falschen Signale“ senden. Schließlich würde, löste man sie nicht völlig auf, ihre Verlegung nach Großbritannien mittelfristig Geld kosten, aber nichts einsparen.

Die Regierung läßt keinen Zweifel an ihrer Entschlossenheit, ihre atomare strategische Streitmacht auf „Trident“-Raketen umzurüsten, obwohl die Kosten inzwischen auf knapp 10 Milliarden Pfund (etwa 35 Milliarden Mark) veranschlagt werden. Das Projekt wird in den kommenden Jahren etwa drei Prozent des gesamten Verteidigungsbudgets verschlingen oder sechs Prozent des Materialetats. Der gemeinsam mit der Bundesrepublik, Italien und Spanien vereinbarte Bau des Eurojägers wird als neuer Erfolg europäischer Kooperation und Stärkung des europäischen NATO-Pfeilers hervorgehoben.

Nimrod-Projekt fraglich

Younger ist nicht bereit, mitzuteilen, wo der Rotstift – fast 3,5 Millionen Mark müssen jetzt eingespart werden –, angesetzt werden soll. Er verweist auf die stark fallenden Kosten zur Unterhaltung der Falkland-Garnison und die Absicht, noch mehr Militäraufträge öffentlich auszuschreiben, wodurch man schon bisher viel mehr Leistung für das Geld bekommen habe. Ansonsten werde jede einzelne Ausgabe auf ihre Notwenigkeit und Effektivität geprüft.

Vieles deutet darauf hin, daß es bei den Seestreitkräften am ehesten Abstriche geben und das Modernisierungsprogramm nicht mehr in bisherigen Tempo fortgeführt wird. Ein großes Fragezeichen steht weiterhin hinter dem Nimrod-Projekt, das neue fliegende Frühwarnsystem.

Im Juli wird sich entscheiden, ob die britischen Lieferanten in der Lage sind, die von der Luftwaffe gestellten Anforderungen zu erfüllen. Falls nicht, wird das Vorhaben, das inzwischen rund drei Milliarden Mark gekostet hat, abgeschrieben, und London muß die neuen fliegenden Radarstationen in den USA kaufen.

Daß in der Verteidigung keine substantiellen Abstriche gemacht werden können, begründet die britische Regierung mit den weiteren Aufrüsten der Sowjetunion. Ihre ideologischen Prinzipien hätten sich nicht geändert.

Anschläge auf Shell Protest gegen Apartheid?

htz. Den Haag

Die Serie von Anschlägen auf Tankstellen des niederländisch-britischen Ölkonzerns Shell in elf Städten hat in den Niederlanden die Angst vor weiteren Terroraktionen geschürt. Für die insgesamt 14 Attentaten, bei denen eine an der Autobahn A 28 bei Amersfoort gelegene Tankstelle völlig abbrannte, erklärte sich inzwischen eine Gruppe namens „Nachtschade“ verantwortlich, die in einem Bekennerbrief schrieb, mit dieser Aktion gegen die Apartheid in Südafrika und das wirtschaftliche Engagement von Shell in diesem Land protestieren zu wollen. Weitere Aktionen wurden angekündigt.

Bei den übrigen 13 Benzinstationen schütteten die Täter Sand und Zucker in die Tanklager und zerschnitten die Benzinschläuche an den Zapfsäulen. Daß die in den Tanks unter der in Brand gesteckten Tankstelle gelagerten 20 000 Liter Treibstoff nicht explodierten, „ist ein kleines Wunder“, sagte ein Polizeibeamter am Tatort. Der dadurch entstehende Feuerorkan hätte ein einzigartiges Naturgebiet gefährden oder sogar völlig zerstören können. Inzwischen wurde eine an dem Brandanschlag vermutlich beteiligte Frau verhaftet.

Ein Vorstandssprecher von Shell bezeichnete die Aktion als „äußerst bösartig“ und „durch nichts zu rechtfertigen“. Der entstandene Schaden wird auf umgerechnet mehrere 100 000 Mark geschätzt.

Unterdessen ist die Amsterdamer Polizei dem niederländischen Kontaktmann des Japaners auf die Spur gekommen, der in der vergangenen Woche mit mehreren Kilo TNT-Sprengstoff im Gepäck sowie Zeitzündern auf dem Flughafen Schiphol verhaftet worden war. Der Sprengstoff war, so die Polizei, von einem in Groningen lebenden Niederländer, Paul M., „bestellt worden“. Der Mann gilt als der Chef der „Roten Widerstandsfront“ und ist maßgeblich an der Publikation der linksextremen Zeitschrift „Knipselkrant“ beteiligt.

Es wird nicht ausgeschlossen, daß die „Rote Widerstandsfront“ mit dem Sprengstoff Anschläge verüben wollte. Diese linksextreme Gruppierung, so der Verfassungsschutz, unterhalte auch Verbindungen zum Sympathisantenfeld der „Rote Armee Fraktion“ in der Bundesrepublik und den „Kämpfenden Kommunistischen Zellen“ in Belgien.

US-Kongreß will aggressive Geschäfte von Lobbyisten nicht länger dulden

Bericht über den früheren Präsidentenberater Deaver vorgelegt / Verletzte er Gesetze?

FRITZ WIRTH, Washington

Niemand verstand es im Weißen Haus in den letzten Jahren besser, zum Wohle des Präsidenten und dessen Reputation mit den Medien umzugehen als Michael Deaver, der ehemalige stellvertretende Stabschef der Reagan-Administration und langjährige persönliche Freund des Präsidenten. Seit einigen Wochen jedoch macht der gleiche Michael Deaver, nunmehr Privatmann, Schlagzeilen, die nicht sein und des Präsidenten Wohlgefallen finden können.

Die Medien sind auf seiner Spur. Denn seit einigen Wochen beschäftigt sich, wie gemeldet, der Kongreß mit dem privaten Geschäftsgebaren Deavers, der in der letzten Woche selbst die Flucht nach vorn antrat und eine Untersuchung gegen sich beantragte.

Meistgefragter PR-Mann

Deaver hatte seine Tätigkeit im Weißen Haus und für den Präsidenten vor genau einem Jahr beendet und wieder dort angefangen, wo er vor seinem Ausflug in die Politik aufgehört hatte: Er eröffnete eine Public-Relations-Agentur. Er wurde innerhalb eines Jahres der meistgefragte Lobbyist in Washington und war in diesen zwölf Monaten so erfolgreich, daß die britische Public-Relations-Agentur Saatchi & Saatchi entschlossen war, Deavers Agentur für 18 Millionen Dollar aufzukaufen.

Seit Anfang dieses Jahres haben einige Kongreßmitglieder und das „General Accounting Office“ (GAO) Deavers Tätigkeit kritisch unter die Lupe genommen. Gestern legte das GAO, das auch als der „Wachhund“ des Kongresses bezeichnet wird, das Ergebnis seiner Untersuchung einem Unterausschuß des Repräsentantenhauses vor.

Es kam zu dem Schluß, daß genug Anhaltspunkte dazu vorliegen, daß Deaver jene Gesetze verletzt haben könnte, die die möglichen Interessenkonflikte ehemaliger Regierungsangestellter regeln. Die gesamte Angelegenheit solle deshalb in die Hände des Justizministerium übergeben werden. Diese Gesetze untersagen es beispielsweise einem ehemaligen Regierungsangestellten, mit der Regierung über die Dinge zu verhandeln, mit denen er während seiner Amtszeit selbst persönlich befaßt war.

Eines dieser Probleme, mit denen Deaver angeblich zu tun hatte, war das des „sauren Regens“, dessen Ursachen und Entstehung ein langer Streitpunkt zwischen Kanada und den USA ist. Um die eigenen Interessen in diesem Konflikt zu fördern, heuerte die kanadische Regierung im letzten Jahr zum Preise von 105 000 Dollar Deavers Dienste.

Tatsächlich kamen nun die Dinge in Bewegung. Die Reagan-Administration gab beim Besuch des kanadischen Premierministers Mulroney vor wenigen Wochen ihre bisher positivste Erklärung zur Bekämpfung des „sauren Regens“ ab.

Michael Deaver bestreitet jeden Interessenkonflikt. Er habe im Weißen Haus niemals ernsthaft mit dieser Frage zu tun gehabt, sagte er, und er wisse bis heute nicht, was „saurer Regen“ sei.

Das GOA jedoch behauptete gestern im Kongreß, daß Deaver während seiner Tätigkeit im Weißen Haus an mindestens 15 Diskussionen dieses Problems mit amerikanischen und kanadischen Offiziellen teilgenommen habe. Er habe also eine „substantielle Rolle“ gespielt. Hauptinformant der GOA über die Rolle Deavers in dieser Frage war delikaterweise ein ebenso umstrittener „Has Been“ des Weißen Hauses, der frühere Etatdirektor David Stockman.

Kein Einzelfall

Deaver erklärte dazu, daß die Behauptungen des GOA in erster Linie auf Gerüchten basieren und daß das GOA es bisher nicht für nötig befunden habe, ihn selbst zu befragen. Deaver will am Freitag selbst vor dem Ausschuß aussagen.

Wie immer diese Affäre ausgehen wird, sicher ist, daß Deaver mit seinen aggressiven Geschäftsmethoden das gesamte Washingtoner Lobbyisten-Gewerbe in Schwierigkeiten gebracht hat. Denn Deaver ist kein Einzelfall. Es gibt eine Reihe ehemaliger hochrangiger Regierungsangestellter auch aus früheren Administrationen, die erfolgreich als Lobbyisten arbeiten. Im Kongreß versucht man deshalb Gesetze einzubringen, die die Tätigkeit dieser Männer unter die Lupe nimmt und einengt.

Israel will mit Syrien verhandeln

rtr, Jerusalem

Israel bemüht sich um die Aufnahme von Verhandlungen mit Syrien. Im staatlichen Rundfunk sagte Ministerpräsident Shimon Peres, Syrien habe negativ auf diese Initiative reagiert. Dies war der erste öffentliche Hinweis darauf, daß Israel neben Friedensverhandlungen mit Jordanien auch an Verhandlungen mit Syrien interessiert ist. Möglich seien, so der Ministerpräsident, bestimmte Abkommen über die 1967 eroberten Golan-Höhen und den Libanon. Peres bekräftigte erneut, sein Land plane keinen Angriff auf Syrien.

Wieder Ruhe nach Karmal-Ablösung

AFP/AP, Islamabad

Wenige Tage nach dem Machtwechsel an der Spitze der afghanischen Einheitspartei haben sich die Spannungen gelegt, die Sicherheitsvorkehrungen in Kabul sind aufgehoben worden. Westliche diplomatische Kreise hatten zuvor von antisowjetischen Demonstrationen, die für Karmal Partei ergriffen hätten, berichtet. 200 Frauen und Studenten seien verhaftet worden. Bei einem Feuergefecht am 4. Mai sollen jeweils zwei Angehörige der rivalisierenden Fraktionen der kommunistischen Partei umgekommen sein.

Prozeß gegen sechs Katholiken in CSSR

KNA, Prag

Die tschechoslowakischen Behörden setzen die Reihe der „Katholiken-Prozesse“ fort. Für heute ist ein Prozeß gegen sechs Katholiken angesetzt, die der „illegalen Herstellung und Verbreitung“ religiöser Publikationen beschuldigt werden. Schon seit Jahren wird mit Polizeiaktionen versucht, der religiösen Untergrundliteratur auf die Spur zu kommen. Es kam zu zahlreichen Hausdurchsuchungen, Verhören, Anzeigen und mehreren Prozessen, bei denen gegen Priester und Laien Freiheitsstrafen verhängt wurden.



Immer offener kritisiert die Swapo ihre Führung

ANSGAR GRAW, Windhuk

Vor zehn Jahren erschütterte eine schwere interne Krise die Südwestafrikanische Volksorganisation (Swapo). Einer der Swapo-Mitbegründer, Andreas Shipanga, bezichtigte die „üble Clique“ um den Vorsitzenden Sam Nujoma, „korrupt, politisch bankrott und despotisch“ zu sein. In Swapo-Lagern in Sambia würden Flüchtlinge aus Namibia mißhandelt und absichtlich unterernährt.

Obwohl Nujoma damals rasch handelte und den vormaligen Swapo-Sekretär für Öffentlichkeitsarbeit gemeinsam mit weit mehr als 1000 Rebellen einsperren ließ (Shipanga kam erst 1978 wieder frei und gehört heute der Übergangsregierung von Namibia an), war das Problem damit keineswegs aus der Welt geschafft: Seit einiger Zeit muß sich die Swapo wieder gegen ähnliche Vorwürfe aus den eigenen Reihen zur Wehr setzen, auch wenn Anton Lubowski, deutschsprachiger Anwalt aus Windhuk und einer der wenigen Weißen in den Reihen der Swapo, gereizt abwinkt: „Warum sollten wir uns mit so einem Quatsch aufhalten? Jeder weiß, daß das Propaganda ist, jeder.“

Die „Propaganda“ besteht in der Arbeit des im März 1985 gegründeten, aber erst kürzlich an die Öffentlichkeit getretenen namibischen Elternkomitees, dem mehr als 400 schwarze und farbige Mitglieder angehören. Ihr Anliegen: Sie forschen nach Kindern und Verwandten, die – zumeist in der Hoffnung auf Studiums- oder Ausbildungsmöglichkeiten – vor Jahren in die Swapo-Quartiere nach Sambia oder Angola gingen und vor einiger Zeit plötzlich jeglichen brieflichen oder telefonischen Kontakt abgebrochen haben. Die Komitee-Mitglieder, die diese Schicksale aufhellen möchten, sind alles andere als Anti-Swapo-Propagandisten, vielmehr sind die meisten von ihnen selbst Mitglieder der Bewegung. Attie Beukes etwa, einer der Initiatoren, war dort sogar so aktiv, daß ihn südafrikanische Sicherheitskräfte nach dem der Swapo zugeschriebenen Mord an dem Herero-Politiker Clemens Kapuo 1978 der Tat verdächtigten und ins Gefängnis steckten.

Appell an Staatschefs

Wenn er jetzt – wie viele andere auch – mit der Swapo gebrochen hat, dann liegt dies an den zahlreichen Hinweisen auf Greueltaten. In einem Brief des Komitees an Nujoma, UNO-Generalsekretär Pérez de Cuéllar, die Staatschefs von Kuba, Angola und Sambia, Fidel Castro, José dos Santos und Kenneth Kaunda, den Weltkirchenrat und den namibischen Kirchenrat (CCN) wird der Swapo unter anderem vorgeworfen:

- Mißhandlung namibischer Flüchtlinge und Vorenthaltung grundsätzlicher Menschenrechte,
- Trennung von Familien und Geiselnahme von Frauen und Kindern,
- Verschleppung und Ermordung von Kritikern,
- sexueller Mißbrauch junger Mädchen und Frauen ...

Derartige Vorwürfe wurden schon seit einiger Zeit, vor allem von der in Frankfurt ansässigen Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM), erhoben, waren aber von der Swapo stets dementiert worden. Im Februar gab es jedoch eine indirekte Reaktion, die zumindest die Existenz von Gefangenenlagern bestätigt: Die Swapo erklärte, sie habe ein „südafrikanisches Spionagenetz“ in den eigenen Reihen zerschlagen und rund 100 Spione – darunter „vier Mitglieder des Zentral-Komitees“ – eingesperrt. Erinnerungen an die Shipanga-Rebellion wurden wach.

Geständnisse erzwungen?

Zwar legte die Swapo Video-Bänder mit den Selbstbezichtigungen einiger angeblicher Spione vor, doch das Elternkomitee glaubt: „Die Geständnisse wurden erzwungen und werden benutzt, um diejenigen, die leiseste Kritik (an der Führung) wagen oder zu selbständig denken können, zu eliminieren.“

Versuche der Eltern, die Unterstützung der Kirchen zu gewinnen, schlugen fehl: Auf vielfache Vorstöße des Komitees hin ließ sich Abisai Shejavali, Generalsekretär des ideologisch eng mit der Swapo verknüpften Namibischen Kirchenrates (CCN), in einem Antwortbrief lediglich zu der vagen Erklärung herab: „Unsere Türen stehen offen und werden stets offen sein, wenn unsere Hilfe benötigt wird.“ Die Taten, die folgten, waren jedoch anderer Natur: Attie Beukes und (die mit ihm nicht verwandte) Erika Beukes, beide bis dahin Angestellte des CCN, wurden aufgrund ihrer Komitee-Aktivitäten entlassen.

Dabei sind die Vorwürfe der Eltern ganz offensichtlich fundiert, wie sich bei Nachforschungen in der sambischen Hauptstadt Lusaka zeigte. In Swapo-nahen Kreisen gilt es als offenes Geheimnis, daß sich in den sogenannten Flüchtlingslagern grausame Dinge abspielen, um Namibier zur Mitarbeit in der Swapo und ihrer Armee „Plan“ zu zwingen.

„Die Swapo-Führer wissen genau Bescheid über die Fälle von Entführung, von Hungertod, von Verfolgung, Korruption, Mord und Totschlag“, so ein junger Dissident, der heute wieder in Namibia lebt.

Frankreichs Fernsehen droht Generalstreik

P. R. Paris

Mit der sozialen Ruhe in Frankreich ist es wohl vorbei: am 21. Mai treten die in den Gewerkschaften *CFDT und CGT organisierten* drei staatlichen Fernsehkanäle in den Generalstreik. Den Grund geben die Privatisierungspläne der bürgerlichen Regierung ab. Es drohen Entlassungen für die Mitarbeiter, die nicht von den neuen privaten Betreibern übernommen werden. Das läßt nun Kommunisten und Linkssozialisten zu Aktionen übergehen.

Das Streikdatum ist gut gewählt: an diesem Tage sollte der für die Kommunikation zuständige Minister, François Léotard, in der Sendung „Stunde der Wahrheit“ erscheinen.

Mit Spannung wartet die Nation nämlich darauf, daß die Bürgerlichen sich endlich zu einer Entscheidung durchringen, ob TV 1, Antenne 2 oder FR 3 sofort oder doch bald von staatlicher Vormundschaft befreit werden.

Darüber sind offenkundig im Kreis um Premierminister Chirac seit der letzten Ministerbesprechung Gegensätze aufgetreten. Es geht darum, wie weit die Privatisierung des staatlichen Rundfunks vorangetrieben werden soll. Während der Giscardist Léotard gleich noch einen zweiten Fernsehkanal freigeben will, zögert jetzt der Gaullist Chirac – er will dies einer späteren Entwicklung überlassen.

Diese internen Querelen der Koalitionspartner verwischen mittlerweile die Konturen eines anfangs klaren Konzeptes der Bürgerlichen: „Die Regierungsmaschinerie läuft zwar wie geölt, aber reicht das – müßte nicht den Franzosen der politische Wechsel deutlich vor Augen geführt werden“, fragen sich dort etwas besorgt nun auch viele Chirac-Anhänger.

An Beispielen herrscht kein Mangel: Léotard, der auch Minister für Kulturelles ist, wird eine verpaßte Gelegenheit vorgeworfen: Im Hof des Palais Royal – vor rund 350 Jahren Residenz des Kardinals Richelieu, der den Königen ihren Rang als absolute Herrscher zuwies – sollte sichtbar gemacht werden, daß eine neue Zeit mit neuen Begriffen von Macht und Kunst in Frankreich unter den Sozialisten angebrochen sei: dazu wurden Säulen im Zebra-Look aufgestellt – sie machten Daniel Buren berühmt, sie führten aber auch zum Streit bei den Parisern. Nach dem Regierungswechsel ruhten die Bauarbeiten. Nun gehen sie mit Zustimmung Léotards weiter. Mit Blick auf die linke Informationspolitik in den drei staatlichen französischen Fernsehkanälen wird die Frage immer lauter erhoben: „Wann rollen die Köpfe der roten Meinungsmacher?“

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Pferdefuß der Stalin-Note

„Mit jedem Schritt Adenauers wurde der Spielraum enger"; WELT vom 6. Mai

Diese Note schlug freie Wahlen – damals die Forderung aller – nicht vor. Sie enthielt aber diesen fünften „politischen Leitsatz": „Auf dem Territorium Deutschlands dürfen Organisationen, die der Demokratie und der Sache der Erhaltung des Friedens feindlich sind, nicht bestehen:" Nach Moskauer Lesart von damals war zum Beispiel die Politik der CDU/CSU weder „friedliebend" noch „demokratisch". Also war sie zu verbieten.



Dr. Rainer Barzel, MdB
FOTO: JUPP DARCHINGER

Auch Herbert Wehner schenkte diesem Pferdefuß der Stalin-Note in der Bundestags-Debatte über diese Vorschläge am 3. April 1952 seine kritische Aufmerksamkeit.

Zu viele übersehen auch diesen Zusammenhang: Zur Gründung der DDR *telegrafierte Josef Stalin* im Oktober 1949 an Wilhelm Pieck: „Die Gründung der Deutschen Demokratischen friedlichen Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Wenn Sie so den Grundstein für ein einheitliches, demokratisches und friedliebendes Deutschland legen, vollbringen Sie gleichzeitig ein großes Werk *für ganz Europa, indem* Sie einen dauerhaften Frieden gewährleisten. Es lebe und gedeihe das einheitliche, unabhängige, demokratische, friedliebende Deutschland."

Dieses Telegramm wird von vielen als politische Gründungsurkunde der DDR angesehen. Es weist der DDR die Rolle zu, Speerspitze des Kommunismus in Europa zu sein und zu beweisen, daß Kommunismus auch für entwickelte Industrieländer „paßt".

Die Sowjetunion hat die von ihr besetzte Zone Österreichs konsequent anders behandelt als die von ihr besetzte Zone Deutschlands. Es gab dort – anders als in Deutschland – weder die zwangsweise Vereinigung *von Kommunisten und Sozialisten zu* einer politischen Partei noch die „gesellschaftliche Umgestaltung" in der sowjetisch-besetzten Zone Österreichs. Während in Österreich am 28. 6. 1946 ein Kontrollabkommen den Güter- und Personenverkehr zwischen den Besatzungszonen von allen Beschränkungen befreite, wurde zwei Tage später in Deutschland die Zonengrenze hermetisch abgeriegelt.

Es nützt niemandem, die Konsequenz der Moskauer Deutschland-Politik *in Frage zu stellen. Man muß* schon tiefer bohren: Den Moskauern deutlich machen, daß diese Politik auf Fehlern beruht und dauerhaft ihren Interessen schadet.

Rainer Barzel, MdB

Qualifikation

„Ein Pionier mit Plänen, Phantasie und Problemen"; WELT vom 9. Mai

Sehr geehrte Herren,

die Ausführungen von Paul F. Reitze über die Universität Witten-Herdecke habe ich mit großem Interesse gelesen, zumal ich den „Gründervater" Schily kürzlich selbst als einen engagierten Verfechter seiner Ideen kennenlernen konnte.

In dem Artikel heißt es, daß „im Unterschied zu der privaten Hochschule für Unternehmensführung in Koblenz keine Studiengebühren erhoben werden". Das ist richtig. Dennoch möchte ich dazu ein paar Bemerkungen machen:

Auch die Uni in Koblenz kann sich aus Studiengebühren nur zu einem kleinen Teil finanzieren und ist daher sowohl auf Spenden wie aufs Geld-Verdienen angewiesen.

Zulassungskriterium ist in Koblenz einzig und allein die im Auswahlwettbewerb nachgewiesene Qualifikation. Wer dabei gut ist und dann die Studiengebühren nicht bezahlen kann, für den gibt es dennoch Möglichkeiten, zu studieren.

Gerade deswegen wäre es erfreulich, wenn sich auch der Förderkreis der WHU (Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung) bald wie „ein Gotha der deutschen Wirtschaft" lesen würde. Wie in Witten-Herdecke so ist auch in Koblenz bei Dozenten wie Studenten ein starkes Engagement vorhanden.

Ich schreibe das, weil ich mich seit kurzem mit darum bemühe, der Uni Koblenz eine längerfristig gesicherte Basis zu verschaffen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Hans-Joachim Burchard,
Seevetal 2

Peinlichkeit

Wieder einmal hat Herr Bednarz in der Sendung „Monitor" seine Gesinnung offen kundgetan.

War er doch so vermessen, in der Sendung am 29. April in Anbetracht der Schwere des Kernkraftwerk-Unfalls in der UdSSR den Auslandsreporter in Amerika am Bildschirm zu fragen, ob die Amerikaner ein Gefühl der Schadenfreude über dieses Unglück zeigen würden. Selbst der Reporter stutzte einen Moment über diese, so konnte man entnehmen, ihm peinliche Frage.

Man muß schon wirklich eine merkwürdige Einstellung zu den Amerikanern haben, ihnen zuzutrauen, daß sie sich an der Misere anderer ergötzen könnten.

Mit freundlichen Grüßen
Alois Schuster,
Bamberg

Die Abdrift

„SPD setzt Hoffnung in KPI"; WELT vom 5. Mai

Sehr geehrte Redaktion,

die SPD, einst beliebteste deutsche Volkspartei, ist mittlerweile so weit nach links abgedriftet, daß sie ihre Politik auch unter dem Namen DKP verkaufen könnte. So ist der von ihr propagierte Neutralismus schon ein Schritt auf dem Weg zur Sowjetisierung Westeuropas. Die Behauptung, die europäische Linke habe mit der SPD des *Kanzlerkandidaten* Rau nichts zu tun, ist zwar beinahe zutreffend, doch der SPD-Vorsitzende heißt Brandt, nicht Rau.

Mit freundlichen Grüßen
Olaf Schöttker,
Bad Oeynhausen

Wort des Tages

„Viele Lobredner beweisen die Größe ihres Abgottes antithetisch, durch die Darlegung der eigenen Kleinheit."

Friedrich Schlegel, deutscher Kulturphilosoph (1772–1829)

Diktiergerät

Sehr geehrte Herren,

in Ihrer Ausgabe vom 3. Mai schildern Sie unter der Überschrift „Hirsch und das rote Licht im Innenausschuß" einen Vorgang aus dem Innenausschuß so verkürzt, daß der Bericht schlicht falsch ist.

● Es ist falsch, daß der Bericht des niedersächsischen Innenministers Möcklinghoff „vertraulich" war. Richtig ist, daß der Bericht, den Minister Möcklinghoff vorlas, und dementsprechend die Sitzung des Innenausschusses nicht als vertraulich klassifiziert war und daß der Innenminister den Bericht am Ende der Sitzung auf Bitten zahlreicher Abgeordneter im Innenausschuß mit den Änderungen zur Verfügung stellte, die sich aus seinem mündlichen Vortrag ergaben.

● Es ist nicht richtig, daß ich versucht hätte, den Bericht des Innenministers Möcklinghoff *ohne sein Wissen,* also heimlich, auf Tonband aufzunehmen. Richtig ist vielmehr, daß Herr Möcklinghoff seinen Bericht so schnell vortrug, daß die Abgeordneten mit handschriftlichen Notizen nicht mitkamen. Ich habe daraufhin ein Diktiergerät, das ich bei mir hatte, eingeschaltet, offen auf den Tisch gelegt und mich mehrfach zu Wort gemeldet, um darauf aufmerksam zu machen. Leider hat der Vorsitzende die Wortmeldung nicht zur Kenntnis genommen.

● Falsch ist, daß ich dabei eine Straftat begangen hätte. Richtig ist, daß der Abgeordnete Ströbele das behauptete und es einige – willkommene – *Aufregung* im Innenausschuß bis zur Klärung des Sachverhaltes gab. Herr Möcklinghoff hat nämlich ausdrücklich erklärt, daß er gegen die Einschaltung des Diktiergerätes keine Einwendungen habe.

Natürlich habe ich das Band gelöscht. Auf deutsch: Es sollte ein drastischer Protest gegen die Schnelligkeit des Vortrages sein und nicht der Versuch einer heimlichen Kontrolle. Ich bin Herrn Möcklinghoff dankbar, daß er das auch so verstanden hat wie es *gemeint* war.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Dr. Burkhard Hirsch, MdB, FDP

Personen

GEBURTSTAGE

Der Musikverleger und Komponist **Paul Haletzki** feierte seinen 75. Geburtstag. Seit 1937 arbeitete er für den Rundfunk. 1939/40 war er als Dirigent und Co-Repetitor am Landestheater Beuthen engagiert. 1940 wurde er als Militärmusiker eingezogen und von 1945 bis Ende 1949 war er in sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Er ist heute noch ständiger Mitarbeiter des WDR. Sein Metier ist die gepflegte Unterhaltungsmusik. In Odenthal-Eikamp (Rhein-Berg. Kreis), wo Haletzki seit Jahren lebt, betreibt er den Centraton-Musikverlag und verlegt dort moderne Kammermusik.

*

Nur noch selten begegnet man der Schauspielerin **Winnie Marcus**, die am Freitag ihren 65. Geburtstag begeht, auf der Bühne oder gar im Film. Gelegentlich hat sie in den letzten Jahren in Berlin in Komödien wie „Bezaubernde Julia" und „Lady Frederick" gespielt. Sie führt aber sonst ein eher zurückgezogenes Leben. Das mag mit einigen Schicksalsschlägen zusammenhängen, die sie in den letzten Jahren trafen, vor allem der Tod ihres Sohnes aus der ersten Ehe, Zellermeyer, der 1982 einem Verkehrsunfall zum Opfer fiel.



Winnie Marcus

AUSWÄRTIGES AMT

Neuer deutscher Botschafter in Wien wird **Dietrich Graf von Brühl**, der seit 1982 als Gesandter und zweiter Mann an der deutschen Botschaft in Warschau tätig ist. Er löst in Österreich Botschafter **Hans Heinrich Noebel** ab, der in Pension geht. Graf von Brühl hatte in Münster und Freiburg Jura studiert. Zunächst war er an der Verwaltungshochschule in Speyer tätig. 1957 ging er in *das Auswärtige* Amt. Zu seinen Auslandsposten gehörten das Generalkonsulat in Marseille, die Botschaften in Akkra (Ghana) und *London und die EG-Vertretung in* Brüssel, wo er von 1973 bis 1979 als zweiter Mann tätig war. 1979 übernahm er im Auswärtigen Amt als Referatsleiter die Abteilung 4 „Technologiefragen und Naturwissenschaften".

EHRUNGEN

Karl-Heinz Briam, Mitglied des Vorstandes der Volkswagen AG, zuständig für die Bereiche Personal- und Sozialwesen, ist vom italienischen Staatspräsidenten **Francesco Cossiga** ausgezeichnet worden. Für seine besonderen Verdienste um die Republik Italien wurde ihm der Titel eines „Commendatore dell' Ordine al merito della republica italiana" verliehen. Mit der Auszeichnung würdigt Italien das Engagement Briams für die Gleichstellung ausländischer und deutscher Mitarbeiter bei VW über die formrechtlichen Bestimmungen hinaus.

*

Der Schweizer Schriftsteller **Peter Bichsel** hat für sein Gesamtwerk den Johann-Peter-Hebel-Preis 1986 erhalten. Der in diesem Jahr zum ersten Mal mit 20 000 Mark dotierte Preis wird alle zwei Jahre im Gedenken an den alemannischen Dichter (1760–1826) an dessen Geburtstag in dessen Heimatgemeinde Hausen im Wiesental verliehen.

*

Der Schriftsteller **Hugo Scholz** aus Seeg im bayerischen Allgäu und *der in München lebende Philologe* Professor Dr. **Alois M. Kosler** haben die Pro-Arte-Medaille der Künstlergilde e. V. Esslingen erhalten.

*

Eines „der wenigen Urgesteine der Berliner Politik", so der Regierende Bürgermeister von Berlin, **Eberhard Diepgen**, ist geehrt worden. Der ehemalige DGB-Landesvorsitzende **Walter Sickert** (67) erhielt die Würde „Stadtältester von Berlin". Sickert gehörte 22 Jahre dem Berliner Abgeordnetenhaus an, davon acht Jahre als Präsident. Eberhard Diepgen nannte ihn bei einer Feierstunde einen Mann, der als „unerbittlicher Vertreter von Arbeitnehmerinteressen" zugleich immer ein loyaler Partner des Staates gewesen sei. Sickert gehört auch dem von Diepgen einberufenen „Rat der Weisen" an, der Strukturfragen im Berliner Bauwesen und bei der Parteispendenpraxis klären soll.

BERUFUNG

Ina von Elverfeldt (53), Kommunalpolitikern und Hausfrau aus Heimbach bei Freiburg, ist zur neuen Generaloberin der Schwesternhelferinnen im Malteser-Hilfsdienst (*MHD*) berufen worden. Sie tritt die Nachfolge von **Rosamarie von Oer** an, die zehn Jahre lang für Ausbildung, Einsatz und Betreuung der Schwesternhelferinnen verantwortlich war und ihr Amt aus Gesundheitsgründen niederlegte.



Ina von Elverfeldt

WAHL

Der Präsident des Hochschulverbandes, Professor **Hartmut Schiedermair** (Köln), ist für weitere zwei Jahre in seinem Amt bestätigt worden. Der Kölner Jurist führt die mit rund 12 000 Mitgliedern größte Berufsvertretung von Hochschullehrern in der Bundesrepublik Deutschland bereits seit sechs Jahren.

KIRCHE

Oberkirchenrat **Uwe-Peter Heidingsfeld** hat am 1. Mai die Geschäftsführung der Berliner Stelle des Kirchenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) als Nachfolger von Oberkirchenrat **Olaf Lingner** übernommen. Heidingsfeld war bisher im EKD-Kirchenamt in Frankfurt am Main für die Beziehungen mit den protestantischen Kirchen in Osteuropa zuständig.

Das Kinderprogramm – welche Sendungen gut, welche schlecht sind

Zum Glück leben Erni und Bert noch

Zu Recht hebt sich mahnend der *Zeigefinger, die junge Generation* solle zum Spielen und Lesen angehalten werden, anstatt täglich vor dem Fernseher zu hocken. Das kann allerdings den Programmgestaltern keine Rechtfertigung dafür liefern, den Fernseh-Nachmittag so eintönig und oft so anspruchslos zu halten, wie sie ihn derzeit präsentieren. Denn schöne Spielfilme gibt es als Pralinen nur an Feiertagen und am Sonntag. Ansonsten dröhnt und rockt oder langweilt es vom Bildschirm zur besten kindgemäßen Sendezeit.

Da röhrt im Zweiten der „Schülerexpreß" durchs Programm, eine Sendung, die sich an die Zwölf- bis Sechzehnjährigen wendet, sich aber von den Abendprogrammen ähnlichen Genres kaum unterscheidet: 40 Minuten lang kommt es poppig bunt und laut aus der Scheibe. Als Hintergrundkulisse für Schularbeiten eignet sich das wohl kaum, zur Entspannung nach getaner Arbeit auch nicht. So ist diese Sendung allenfalls ideal, einen regnerischen Nachmittag zu verkürzen.

Auf dem anderen Kanal läuft zur selben Zeit das Magazin „Sie, er, es". Dabei geht es dann beispielsweise um Magersucht. Kinder unter 14 Jahren werden sich dafür kaum interessieren. Damit wäre für einen weiteren Tag das Programm für die junge Generation schon erschöpft, wenn nicht abends Kermit & Co in die Sesamstraße einladen würden.

Am nächsten Nachmittag begegnet man auf der Suche nach guten Kinder- und Jugendprogrammen zunächst Peter Lustig als dem unermüdlichen „Löwenzahn". Allwöchentlich bringt er Sinnvolles bei: Mal beobachten wir ihn beim Pilzesuchen, wobei er fast einen Fliegenpilz verspeist, mal lehrt er Seemannsknoten knüpfen – für unsere Kinder nützlich?

Großen Anklang bei den jüngsten Fernsehzuschauern findet „Tao, Tao". Die japanische Zeichentrickserie bietet ihre Lieblingsthemen und -darsteller: Märchen und Tiere – putzig, auch wenn alles der Biene Maja ähnelt. „Tao, Tao" geht jetzt zu Ende und wird durch eine andere Tierstory ersetzt. Star ist Griso, der kleine Drache. Der andere Kanal wartet zur selben Stunde mit echten Tieren auf. „Wildwege" nennt sich diese für Zuschauer jeden Alters interessante Serie, in der liebevoll und informativ das Schicksal einheimischer Tiere beschrieben wird. Empfehlenswert ist diese Sendung für Schüler.

Zeichentrickfilme, Shows wie „Die Spielbude", in der neben Schlagern auch einige gute Tips für Spiel und Freizeit offeriert werden, gelegentlich ein Abenteuerfilm wie die Serie „Tom Sawyer und Huckleberry Finn" bestimmen die Nachmittage. Wiederholt wird gern und oft, dankenswerterweise allerdings auch Sendungen mit Heinz Sielmann, dessen „Expedition ins Tierreich" im regulären Abendprogramm gewiß von den meisten Kindern nicht gesehen werden.

Was aber bietet das Deutsche Fernsehen noch in den Stunden, ehe Erni und Bert in der Sesamstraße erscheinen? Hier und da mal einen Puppenfilm, leider viel zu selten. Auch mal eine Science-fiction-Serie. Und dann gibt es doch einen Lichtblick am Nachmittagshimmel. „Pfiff" heißt das alle zwei Wochen ausgestrahlte Sportstudio für junge Leute. Mit Pfiff wird selbst dem Sportlaien Körperertüchtigungen schmackhaft, werden Spielregeln und Leistungen verständlich gemacht.

MARGARETE von SCHWARZKOPF



Nicht nur eine Arztpraxis, sondern **Ein Heim für Tiere** (ZDF um 17.50 Uhr) hat Willi Bayer (Siegfried Wischnewski). Jedenfalls herrscht stets reger Betrieb. Mal kommen ein Chow-Chow zur Behandlung und Frauchen (Natascha Rybakowski) zu Besuch. Mal wird, wie heute, gleich ein Schaf auf Lebenszeit einquartiert. FOTO: KÖVESDI

KRITIK

Gefühle

Die Träume der Berliner Hausbesetzer wolle **Das Mädchen und die Tauben** wieder aufleben lassen, hieß es in der Ansage. Und wirklich, es durfte geträumt werden: Von bösen Hausbesitzern, die guten türkischen Mietern das Dach über dem Kopf anzündeten. Von brutalen Polizeikommandos, die den friedlichen Besetzern die Blumentöpfe vom Balkon warfen. Und von all den angepaßten Feiglingen, denen die Weltverbesserer ihr Transparent vor die Nase hielten: „Seid realistisch, fordert das Unmögliche!"

Denn gut sind ja Menschen, die das Leben mit Gefühl bewältigen, böse solche, die sich auf Ratio verlassen. So sollte die Wahnvorstellung einer Frau glaubwürdiger sein als das Gerichtsurteil. Also war der Hausbesitzer schuldig, auch wenn das Gericht ihn freisprach. Das Recht war „erfühlt": Schwarz-Weiß-Malerei des ZDF in Farbe. C.G.

Hunger

Muskeln, Konzentration, Schweiß – Handwerk, Technik, Trick: Tanz und Film fanden sich; bei Carlos Saura und Antonio Gades erfolgreich, wie man seit „Bluthochzeit" und „Carmen" weiß. **Saura/Gades: Liebeszauber** (ARD) bot dem Zuschauer die Chance, die Etappen auf dem Weg zur Film-Perfektion zu verfolgen. Wolf Hanke und José Maria Pozo beobachteten, wie sich die Idee von Regisseur und Flamenco-Tänzer, de Fallas Ballett zu verfilmen, zu einem Gesamtwerk fügte.

Kurze Kommentare erklärten das Zusammenspiel von Choreographie, Regie und Filmbearbeitung. Die Dokumentation transportierte die Stimmung bei den Dreharbeiten. Immer wieder wurden Engagement und Temperament deutlich, zeigte sich in den Mimen das Wechselspiel von Begeisterung und Strapaze. Die Sendung machte hungrig, auf die Musik, den Tanz, den Film. M. Sch.

STUDIO

Der Vorsitzende des WDR-Rundfunkrates, *Reinhard Grätz, fordert* für spätestens 1989 eine Gebührenerhöhung: „Sonst gerät der öffentlich-rechtliche Rundfunk in größte Gefahr", sagte der SPD-Landtagsabgeordnete der WDR-Hauszeitschrift. Ende Januar hatten er und Vertreter der Verwaltung der größten Rundfunkanstalt Europas vor der Presse erklärt, der WDR strebe zum Aus*gleich erwarteter Defizite bereits für* 1988 eine Anhebung der Rundfunkgebühren von derzeit 16,25 Mark auf rund 20 Mark an. (dpa)

*

Beim 12. Prix Jeunesse International im Juni in München wird es eine Rekordbeteiligung geben. 65 TV-Organisationen aus 49 Ländern haben 96 Programme zum Wettbewerb der Kinder- und Jugendsendungen entsandt, der vom Freistaat Bayern, der Landeshauptstadt München, dem Bayerischen Rundfunk und dem ZDF getragen wird: Jedes vierte Land, das Sendungen vorstellt, kommt aus der Dritten Welt. Auch die Volksrepublik China und sechs Länder des Ostblocks sind vertreten. (dpa)

*

Radio Peking, einer der größten Auslands-Radiodienste der Welt, ist dazu übergegangen, Programme in Englisch auch auf Mittelwelle fürs Inland zu senden – „für Touristen in der VR China". Diese Neuerung wurde zunächst für Peking und Shanghai eingeführt. H. J.

*

Eine Ausweitung seiner Sendungen für Osteuropa in Russisch, Ukrainisch und Polnisch hat Radio Canada International, der Auslandsdienst der CBC, vorgenommen. Alle drei Sprachprogramme wurden um wenigstens 15 Minuten pro Tag ausgeweitet. Gleichzeitig teilte Radio Kanada mit, daß im Oktober – zusammen mit der BBC – zwei neue KW-Sender von je 300 kW Leistung für Osteuropasendungen in Betrieb genommen werden. H. J.



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.10 Sesamstraße
9.45 ARD-Ratgeber
Das internationale TV-Kochbuch
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Das Mädchen und die Tauben
12.10 Panorama
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

14.30 Aus dem Bundestag
Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl zum Reaktorunfall in Tschernobyl und zum Weltwirtschaftsgipfel. Anschließend Debatte
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.10 Fußball-Länderspiel
Deutschland – Holland
Live-Übertragung aus Dortmund
Reporter: Wilfried Luchtenberg
22.00 Brennpunkt
Thema: Nach Tschernobyl – Schaden ohne Ende?
22.30 Tagesthemen
23.00 Meister der Distanz
Zum 75. Geburtstag von Max Frisch
Film von Hilde Bechert und Klaus Dexel
Hilde Bechert und Klaus Dexels „Annäherung an Max Frisch" versteht sich als Mosaik. In einem fiktiven Dialog versuchen verschiedene Zeitgenossen Person und Werk anekdotenhaft und kritisch würdigend zu beleuchten. Schauplätze aus Frischs Leben, stilisierte Landschaften und Stadtbilder interpretieren seine literarischen Leitmotive. Max Frisch selbst, als „Meister der Distanz" charakterisiert, gibt seinem Porträt den roten Faden, indem er Fotografien aus einem Leben kommentiert.
0.10 Tagesschau
0.15 Nachtgedanken
Mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Löwenzahn
Peter kriegt nasse Füße
16.35 Tao Tao
Der Traumelefant
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: George McCrae und Cosa Rosa
17.50 Ein Heim für Tiere
Martha und Co.
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto
19.00 heute
19.30 P. I. T. – Peter-Illmann-Treff
Hits, live präsentiert aus einer Diskothek in Kolbermoor
20.15 ZDF Magazin
Themen: *Gewandhausorganist* Matthias Eisenberg blieb im Westen. Hindernisse im deutsch-deutschen Jugendaustausch. Verschärfte Kämpfe in Afghanistan. Nicaragua: Abwehrchef brach mit Sandinisten
21.00 Der Denver-Clan
Am seidenen Faden
Die Carringtons können den Sieg über Alexis feiern. Dabei bricht Dominique zusammen, und nur eine komplizierte Herzoperation kann sie retten.
21.45 heute-journal
22.05 Treffpunkt
Jugendwerkstatt Köln-Nippes
„Und später werd' ich Meisterin"
22.35 Der Pfingstausflug
Film von Michael Günther
0.00 heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Herne
21.45 off-off
22.30 Taxi Driver

NORD
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Wovon wir leben
19.45 Fahr' doch selbst mal hin
20.00 Tagesschau
21.00 Offerte
21.15 Jeglicher wird seinen Lohn empfangen
22.15 Der kleine Soldat

HESSEN
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Streitfragen
21.00 Schwerpunkt
21.30 Drei aktuell und Sport
21.50 Lindenstraße
22.20 Biografie – Ein Spiel

SÜDWEST
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.30 Schlaglicht
20.15 Bonanza
Nur für Baden-Württemberg:
21.00 9 aktuell
21.15 Forum Südwest
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.15 Fragezeichen
Nur für das Saarland:
21.55 Bildergeschichten
Gemeinschaftsprogramm:
22.15 Die Frau aus dem Nichts
0.00 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Mit Vergnügen!
19.30 Sag die Wahrheit
20.00 Der Sonne entgegen (5)
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 In besten Kreisen (6)
22.40 Lese-Zeichen
23.10 Z. E. N.
23.15 Notruf für Frauen

SAT 1

15.00 Captain Future
Die Rolle seines Lebens
15.30 Lassie
Der Sonderling
Anschl. Betty Boop
16.00 Musicbox
17.00 Der Magier
Rosa Magie
Anschl. Affenspiele
18.00 Es darf gelacht werden
Festival mit Charlie Chaplin
Anschl. Dick Tracy
Oder: Regionalprogramme
18.30 APF blick
18.45 Airwolf
19.40 Mögen Sie in Frieden ruhen
Deutsch-ital. Spielfilm (1966)
21.30 APF blick
22.15 M – Ein Männermagazin
Von Managern, Muskeln, Motoren, Mut und Mädchen
22.45 Mit Tennisschlägern und Kanonen
23.35 APF blick



19.00 Reiseweg zur Kunst
Spanien
19.30 La Blanca Paloma
Andalusien zwischen Sevilla und Rocio
20.00 Tagesschau
20.15 Unter Ausschluß der Öffentlichkeit
Der Geburtstag
21.05 Die Unverbesserlichen – und ihr Stolz
Mit Joseph Offenbach, Inge Meisel
22.50 Fieber
0.40 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Bilder aus Deutschland
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Land der Berge
20.30 Ins Land einischau'n
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Walther Schmieding im Gespräch mit Max Frisch
22.55 Kloster Muri
23.40 Nachrichten

RTL-plus

18.35 Brigitte zu Besuch
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Knight Rider
Shatner's Komplott
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Das Geheimnis des blauen Zimmers
Deutscher Spielfilm (1932)
21.40 RTL-Spiel
21.45 Wer bin ich?
22.05 Stevie Wonder
22.32 Zeichentrick für Erwachsene
22.35 Wetter / Horoskop / Betthupferl

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp
Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell
Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm
Beratung: Enno von Loewenstern
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje.
Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch.
[illegible]
Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel
Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander
Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb
Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert
Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.
[illegible]

.dem Jum

BOXEN

Bott fiel aufs Maul

dpa/sid, Reno

Markus Bott (24) war ausgezogen, um Amerika zu erobern. Vor Beginn der Amateur-Boxweltmeisterschaften im Spielerparadies Reno hatte er sich selbst mit großspurigen Sprüchen zum Weltmeister ernannt. Doch im Land der unbegrenzten Möglichkeiten wurden ihm gleich in seinem ersten Einsatz die eigenen Grenzen aufgezeigt. Mit 0:5-Richterstimmen scheiterte er an dem unerfahrenen Amerikaner Loren Ross (22).

Damit ist sein Traum von einem gut bezahlten Einstieg ins Profilager geplatzt. Sechsstellige Summen, wie Bott sie sich als Einstiegsgage erhofft hatte, werden auch in Amerika nicht für Vorrunden-Verlierer bei Amateuren gezahlt. „Jetzt mache ich noch *Ramba-Zamba. Es muß doch weiter* Gesprächsstoff geben", fand Bott schnell zu seiner großmauligen Selbstüberschätzung zurück. „Ich hatte keine Angst, aber die Linke kam nicht. Boxen konnte der Schwachkopf nicht. Bei den Profis verschiebt man den Kampf an einem schlechten Tag einfach."

Ohne Umschweife kommentierte Bundestrainer Helmut Ranze die Niederlage: „Wir kennen unseren Markus, seinen Lebenswandel und die Kondition. Er hatte nicht die Luft, um die sichtbaren Vorteile auf der langen Distanz zu nutzen." Daß Bott seinen Kopfschutz im Hotel vergaß und mit einem US-Modell kämpfen mußte, ist bezeichnend für seine Haltung. Selbst wenige Tage vor der WM war er noch nicht zu einer ernsthaften Vorbereitung bereit. Statt in den Trainingshallen hielt er sich vorwiegend in den Spielhallen auf. „*Man mußte* wohl auf einen lichten Augenblick hoffen", sagte Mannschaftsarzt Wolfgang Lemme dazu. „Er hat mit dieser Lebensweise Erfolge gehabt. Aber oft hat er im entscheidenden Moment versagt."

Nach seinen Erfolgen bei der Europameisterschaft in Budapest war Bott in der deutschen Box-Szene als Star, als Nachfolger von René Weller ge- und behandelt worden. Mit vier Goldmedaillen bei den Intercup-Turnieren und einem Sieg über Weltmeister Pablo Romero (Kuba) hatte er sein großes Talent bestätigt. In Reno hat der Gelegenheitsarbeiter Bott jetzt eine große Chance vertan. Weil er trainiert, wie er arbeitet: nur gelegentlich.

MOTORSPORT / Überraschung: Audi steigt aus dem Rallye-Sport aus

Röhrl unterstützt die Entscheidung: „Zuschauer sind weiter gefährdet"

dpa, Ingolstadt

Walter Röhrl, zweimaliger Weltmeister, hat kein Auto mehr: Audi hat seine Werksteams mit sofortiger Wirkung aus der Rallye-Weltmeisterschaft zurückgezogen. Dies teilte der Audi-Vorstand gestern in Ingolstadt mit. Schon bei der Ende des Monats in Griechenland stattfindenden Rallye Akropolis werden der Regensburger und der Finne Hannu Mikkola mit dem Audi Sport Quattro nicht mehr an den Start gehen. Als erster Automobilhersteller hat Audi damit Konsequenzen aus den schweren Unfällen mit Toten und Verletzten bei den WM-Rallyes von Portugal, Kenia und Korsika gezogen.

In einer Erklärung zu seinem „in Übereinstimmung mit den beiden Werksteams" gefaßten Beschluß betont der Audi-Vorstand, man werde allerdings „in Zusammenarbeit mit anderen Herstellern auch weiterhin auf die Verbesserung der Zuschauer- und Fahrersicherheit im Rallye-Sport drängen und den zuständigen Gremien *erneut Vorschläge unterbreiten,* die in dieser Frage zu konkreten und befriedigenden Reglementänderungen führen".

„Wir können nicht immer nur sagen, das ist zu gefährlich, und dann trotzdem weiterfahren", erklärte Walter Röhrl *zu der Entscheidung, die er* „voll und ganz" unterstützt. Das neue Reglement, das der Automobilsport-Weltverband FISA einen Tag nach dem Tod von Henri Toivonen und Sergio Cresto auf Korsika verkündet hatte und das die hochtechnisierten, über 500 PS starken Gruppe-B-Autos wie den Lancia Delta S 4, den Audi Sport Quattro oder den Peugeot 205 T 16 ab 1. Januar 1987 verbietet, geht Audi und Walter Röhrl nicht weit genug. „Dieses Reglement erhöht zwar die Sicherheit für Fahrer und Beifahrer", sagte der Rallye-Weltmeister von 1980 und 1982, „ändert aber überhaupt nichts an der Gefährdung der Zuschauer. Aber genau das ist das große Problem unseres Sports."

Mit dem neuen Reglement stehe die FISA mit ihrem selbstherrlichen Präsidenten Jean-Marie Balestre an der Spitze in der Öffentlichkeit zwar gut da, kritisierte Röhrl, in Wirklichkeit lenke sie aber nur vom Zuschauerproblem ab. Anstatt die Veranstalter von Rallyes zu zwingen, für mehr Sicherheit entlang der Strecke zu sorgen, mache sie den Technikern der Werke neue Vorschriften, weil das der bequemere Weg sei. *Röhrl: „Mit* den Zuschauern muß sich was ändern, das ist das Wichtigste. Denn ob ich mit einem 500-PS-Geschoß in eine Menschenmenge rase oder mit einem Serienauto mit 175 PS, das ist kein Unterschied."

Mit seiner Rückzugsentscheidung will Audi, so Röhrl, die FISA unter Druck setzen. „Ich hoffe, daß die Herren in Paris jetzt endlich den Ernst der Lage begreifen und entsprechend handeln." Ist Walter Röhrls Rallye-Karriere nach dem Audi-Rückzug zu Ende? „Ich hoffe nicht", meinte der zweifache Weltmeister aus Regensburg. „Wenn die gemeinsamen Bemühungen von Audi und den anderen Herstellern wirklich zu einer Erhöhung der Sicherheit für Zuschauer und Fahrer führen, dann kann ich mir vorstellen, daß dieser Beschluß des Audi-Vorstands nur für dieses Jahr gilt. So lange kann ich warten, das ist mir die Sache wert."

SPORT-NACHRICHTEN

Weller bleibt Meister

Bad Homburg (sid) – René Weller bleibt deutscher Meister im Leichtgewicht der Berufsboxer. Durch einen einstimmigen Punktsieg über zehn Runden verteidigte der Ex-Europameister seinen *nationalen Titel* in Bad Homburg gegen Conny Mittermeier aus München.

Becker nur noch Fünfter

Hamburg (dpa) – Die Niederlage von Forest Hills gegen den Spanier Martin Jaite hat den deutschen Wimbledonsieger Boris Becker einen Platz in der Tennis-Weltrangliste gekostet. Becker wird hinter Lendl (CSSR), Wilander (Schweden), McEnroe (USA) und Noah (Frankreich) als *Fünfter geführt.*

Schottland ohne Dalglish

London (sid) – Schottland, Deutschlands zweiter Gruppengegner (8. Juni in Queretaro), muß bei der Fußball-Weltmeisterschaft auf seinen Rekord-Nationalspieler Kenny Dalglish verzichten. Eine Verletzung im rechten Knie setzt den Spieler-Manager des FC Liverpool außer Gefecht.

UdSSR: Neuer Trainer

Moskau (dpa) – Drei Wochen vor dem ersten Spiel bei der Fußball-Weltmeisterschaft in Mexiko hat die Nationalmannschaft der UdSSR einen neuen Cheftrainer erhalten. Eduard Malofejew wurde durch Waleri Lobanowski, Trainer von Europapokalsieger Dynamo Kiew (elf Spieler im WM-Aufgebot), ersetzt. Angeblich bat Malofejew um seine Ablösung.

ZAHLEN

TENNIS

Internationale Meisterschaften von Italien in Rom, Herren, erste Runde: Jelen (Deutschland) – Arrese (Spanien) 6:5, 7:5. – **Internationale Damen-Meisterschaften von Deutschland in Berlin:** erste Runde: Bunge (Deutschland) – Holikova (CSSR) 3:6, 6:3, 6:1, Porwick (Deutschland) – Paradis (Frankreich) 7:6, 6:7, 6:2, Pfaff (Deutschland) – Votavova (CSSR) 3:6, 6:1, 6:1, Budarova (CSSR) – Schropp (Deutschland) 7:6, 6:7, 6:2, Probst (Deutschland) – Tomanova (CSSR) 6:2, 6:0.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 6 929 696,10 Mark, 2: 86 621,20, 3: 10 190,70, 4: 165,30, 5: 11,50. – **„6 aus 45":** 1: unbesetzt, Jackpot: 385 226,60, 2: 31 341,00, 3: 10 073,90, 4: 118,80, 5: 10,00. – **Elferwette:** 1: 43 510,70, 2: 1619,00, 3: 130,70. – **Rennquintett:** Rennen A: 1: 229,60, 2: 85,00, Rennen B: 176,80, 2: 47,20. – **Kombinationsgewinn:** unbesetzt, Jackpot: 107 706,80. (Ohne Gewähr)

TENNIS

Kein Doppel Graf/Kohde

dpa, Berlin

Steffi Graf (Heidelberg) und Claudia Kohde (Saarbrücken) werden bei den 79. Internationalen Deutschen Meisterschaften im Damen-Tennis nicht gemeinsam im Doppel spielen. *Nach mehrstündigen Verhandlungen* scheiterte am ersten Turniertag der Versuch, die beiden deutschen Spitzenspielerinnen, Nummmer drei und vier der Weltrangliste, zusammenzubringen. Graf/Kohde sollen beim Federation-Cup in Prag das Spitzendoppel bilden und hätten ihre Generalprobe dafür in Berlin absolvieren können.

Doch waren die bereits bei den letzten Turnieren in den USA getroffenen Vereinbarungen nicht mehr zu ändern. Hana Mandlikova (CSSR) hätte kurzfristig zustimmen müssen, mit Claudia Kohdes Stammpartnerin Helena Sukova (CSSR) spielen zu müssen. Die aber hatte bereits der *Französin Cathérine Tanvier fest zu*gesagt. Außerdem zeigte Sukova kein Interesse an einer Zusammenarbeit mit Mandlikova.

In Berlin wird Steffi Graf nun mit Helena Sukova spielen, während Claudia Kohde nur im Einzel antritt. Klaus Hofsäß, Teamchef der Frauen im Deutschen Tennisbund (DTB), war *enttäuscht: „Damit scheidet die* beste und vielleicht einzige Chance für einen Test unseres neuen Doppels für den Federation-Cup aus. Das ist sehr bedauerlich, aber leider nicht mehr zu ändern."

Nach der Stuttgarterin Isabel Cueto (17) erreichte auch die 22jährige Bettina Bunge (Cuxhaven), die 1982 *das Berliner Turnier gewonnen hatte,* die zweite Runde. Sie setzte sich nach anfänglichen Schwächen mit großem Kampfgeist noch mit 3:6, 6:3, 6:1 gegen die 18jährige Andrea Holikova durch. Die zweite Runde erreichte auch die Nachwuchsspielerin Andrea Betzner (Stuttgart) mit einem 6:3, 6:3-Sieg über Sabine Hack (Reutlingen).

Die Favoritinnen, unter ihnen auch die Weltranglisten-Erste Martina Navratilova (USA) und Steffi Graf, greifen erst heute in den Wettbewerb ein. Das Turnier ist so stark besetzt wie nie zuvor. Von den ersten fünf der Weltrangliste fehlt mit Chris Evert-Lloyd nur die Nummer zwei. An Preisgeldern sind rund 150 000 Dollar ausgesetzt.

FUSSBALL / Vor dem letzten Test gegen Holland in Dortmund : Harald Schumachers Bedenken gegen Einsatz von Uli Stein

Wieder neues Team – ohne Magath, Rummenigge und Thon

sid, Kaiserau

„Die Stammelf steht", sagt Franz Beckenbauer zwar in Richtung Fußball-Weltmeisterschaft, ohne seine Idealformation für Mexiko bereits kundzutun. Doch im letzten Test heute abend in Dortmund gegen Holland muß der Teamchef – wie schon beim Bochumer 1:1 gegen Jugoslawien – auf zwei feste Größen verzichten. War das Comeback von Kapitän Karl-Heinz Rummenigge wegen der nicht ausgeheilten Verletzung in der rechten Kniekehle ohnehin kein Thema, so fällt nun auch Regisseur Felix Magath weiter aus.

Die Achillessehnen-Reizung an Magaths rechtem Fuß ist hartnäckiger, als zunächst vermutet, obwohl der künftige HSV-Manager durchaus von einer Besserung sprach. Doch Beckenbauer will wie im Falle Rummenigge kein Risiko eingehen. Aus dem gleichen Grund verzichtet er auch auf den Schalker Olaf Thon (Oberschenkel-Prellung), den wieder *voll belastbaren Stuttgarter* Karl Allgöwer („Ihm würde man keinen Gefallen mit einem Einsatz tun") und eventuell zudem auf Karlheinz Förster, dem eine Sprunggelenk-Blessur zu schaffen macht. Als fünfter Verletzter beschränkte sich Bayern-Mittelstürmer Dieter Hoeneß (Prellung) gestern bei strömendem Regen in der Sportschule Kaiserau *auf gymnastische* Übungen.

Für Förster wäre Debütant Wolfgang Funkel erster Anwärter auf den Posten vor Torwart Uli Stein und seinem Uerdinger Klubkollegen Matthias Herget, der den in Bochum enttäuschenden Klaus Augenthaler in der Libero-Rolle ablöst. „Bei Ditmar Jakobs wissen wir, was er kann", erläuterte Beckenbauer sein Vorhaben, dem 1,91 m langen Funkel „mit Sicherheit" eine Bewährungschance zu bieten.

Während auch der Lauterer Andreas Brehme zum Zuge kommt und die Kölner Klaus Allofs sowie Pierre Littbarski diesmal von Beginn an dabeisein sollen, bleiben vier Kandidaten auffallend stark im abseits. *Wolfgang Rolff, Heinz Gründel* (beide HSV), Uwe Rahn (Beckenbauer: „Ihn sieht man zu wenig") und Frank Mill (Gladbach) scheinen keine guten Karten zu besitzen.

Daß vier Spieler ihre WM-Ausrüstung nicht in den üblichen Taschen, sondern in einem Karton in Empfang nehmen mußten, wollte Beckenbauer aber keinesfalls als ein Indiz für die Vorauswahl ausgelegt wissen. Vielmehr sei eine organisatorische Panne passiert, und auch er selbst habe das offizielle Gepäck erst nachträglich bekommen. „Seitdem bin ich wesentlich ruhiger", flachste er.

Von Mill, dem nach eigener Auskunft nun neben Angeboten aus Dortmund und Monaco eine weitere Offerte des FC Nantes vorliegt, hat der Teamchef einen „guten Eindruck". Seine Einwechslung gegen den *zweimaligen Vize-Weltmeister* im Westfalen-Stadion, für das knapp 20 000 Eintrittskarten abgesetzt waren, scheint durchaus möglich.

*Gar nicht einverstanden war Tor*wart Toni Schumacher damit, daß er heute auf der Bank sitzen muß. In einem Gespräch mit Franz Beckenbauer und Horst Köppel meldete der Kölner Bedenken an. Ihm gehe es dabei nicht um den verpaßten Länderspieleinsatz, vielmehr müsse die Harmonie in der Mannschaft verbessert werden, *und dazu* gehöre auch die Feinabstimmung zwischen Torwart und Abwehr. Von ihrer Meinung ließen sich Beckenbauer und Köppel aber nicht abbringen.

So wollen sie spielen

Deutschland: Stein – Herget – Förster, Eder – Berthold, Matthäus, Littbarski, Brehme, Briegel – Völler, Allofs.

Niederlande: van Breukelen – Ronald Koeman – Blind (Silooy), van Tiggelen, Boeve – Vanenburg, Wouters, Suvrijn, de Wit – Gullit, Bosman.

Die ARD wird das Spiel in Dortmund heute abend live ab 20.10 Uhr übertragen. Reporter ist Wilfried Luchtenberg.

SPD-Zuversicht für die Landtagswahlen wächst

Profitieren Sozialdemokraten von Atom-Unglück in Tschernobyl?

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Die Sozialdemokraten gehen davon aus, daß die Sorge bei vielen Bürgern über die Folgen des Reaktorunglücks bei Tschernobyl „den Trend zugunsten der SPD und zuungunsten der CDU noch verstärkt hat". Eine unmittelbar nach dem Unfall in Nordrhein-Westfalen veranstaltete Meinungsumfrage hat dem engen Vertrauten von Kanzlerkandidat Rau, Bodo Hombach, die Gewißheit gefördert, daß es dabei nicht auch „zu einer Ausweitung des Wählerpotentials der Grünen" gekommen ist. Als Folge und bestärkt durch ihre letzte Infratest-Telefonbefragung in Niedersachsen wächst die Zuversicht, daß es ihr Kandidat Gerhard Schröder am 15. Juni in Hannover schaffen könnte, Ernst Albrecht zu schlagen.

Die Siegeszuversicht dokumentiert sich auch daran, daß Rau und die Bonner Parteiführung das erfolgreiche Wahlkampf-Manager-Gespann des nordrhein-westfälischen Erfolgs – NRW-Landesgeschäftsführer Hombach und Vorstandssprecher Wolfgang Clement – zur Wahlkampflenkung nach Niedersachsen abkommandiert haben. Denn nach der Infratest-Umfrage „wünschen 54 Prozent der niedersächsischen Wähler den politischen Wechsel", haben nur 37 Prozent die Ansicht vertreten, die Regierung Albrecht „macht eine gute Politik" und trauen 61 Prozent Schröder zu, „ein guter Ministerpräsident zu sein". Das Hauptproblem, so Hombach, sei derzeit allerdings noch, daß trotz dieser Werte „58 Prozent im Moment noch einen Wahlsieg der CDU erwarten".

Daß eine gewisse Unsicherheit bereits in der Landesregierung herrschen muß, zeigte gestern eine Arabeske: Schröder, Clement und Hombach hatten zum Gespräch über ihre Pläne in die Bonner Landesvertretung Niedersachsens gebeten. Bundesratsminister Hasselmann gab daraufhin Anweisung, daß Beamte seines Hauses dabeizusitzen hätten. Ein zuversichtlicher Spitzenkandidat Schröder hielt sich bei seinen Äußerungen über den Energie-Kurs seiner Partei betont zurück, mit dem Kernkraftwerks-kritische Wähler gewonnen werden sollen: Man dürfe „nichts übers Knie brechen".

„Wirtschaft erneuern"

Jubiläum des Handelstages / Das Heidelberger Manifest

HANS-J. MAHNKE, **Heidelberg**

Zur Erneuerung und Stärkung der Sozialen Marktwirtschaft hat der Deutsche Industrie- und Handelstag aufgerufen. Zu dieser Wirtschaftsordnung, die auf einem funktionierenden Wettbewerb gründet, gibt es keine Alternative, erklärte DIHT-Präsident Otto Wolff von Amerongen aus Anlaß des *125jährigen Jubiläums der Kammerorganisation* in Heidelberg. Die Soziale Marktwirtschaft sei auch die Wirtschaftsordnung für die Zukunft, heißt es in den Leitlinien für die Wirtschaftspolitik, mit denen sich gestern der Vorstand des DIHT beschäftigt hat.

In dem „Heidelberger Manifest", wie Wolff von Amerongen die Leitlinien nannte, werden zum einen die wirtschaftspolitischen Defizite definiert und die Aufgaben für die nächsten Jahre festgeschrieben, zum anderen ist es ein Leitfaden für den DIHT selber. Das Manifest soll in den nächsten Monaten vervollständigt und endgültig auf dem Herbstkongreß des DIHT in Berlin verabschiedet werden.

„Wie keine andere Wirtschaftsordnung ermöglicht es die Marktwirtschaft – eingebunden in Demokratie und Föderalismus – über dezentrale Entscheidungen Impulse und Initiativen auszulösen, die zur Leistung und zum Wettbewerb der Ideen und der Güter, der Personen und der Unternehmen herausfordern", heißt es in dem Manifest. Allerdings werde die volle Entfaltung der Kräfte des Marktes durch Tendenzen zu mehr staatlichen Eingriffen behindert. Deshalb sei ordnungspolitische Wachsamkeit und Gewissenhaftigkeit notwendig. „Das Verhältnis vom staatlichen Handel zu privater Initiative darf sich nicht weiter zu Lasten des individuellen Entscheidungsspielraumes verschieben." In einer freiheitlich verfaßten Gesellschaft könne der Staat Vollbeschäftigung weder versprechen noch bewirken.

Weizsäcker mit Reagan solidarisch

hrk, **Berlin**

Mit einer demonstrativen Geste bekräftigte Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei einem US-Truppenbesuch in Berlin die deutsch-amerikanische Freundschaft: Vor hohen US-Offizieren äußerte das Staatsoberhaupt sein „vollstes Verständnis" für die Libyen-Aktion von Präsident Ronald Reagan. Es sei nicht nur „unvermeidlich, sondern richtig" gewesen, daß Reagan auf diese Weise auf die Lebensgefahr reagierte, *in die amerikanische* Landsleute geraten waren. In Europa und in Deutschland habe man „nicht schnell, nicht ausreichend und nicht tief genug verstanden", daß der Präsident sich nicht „zurücklehnen und nichts tun konnte".

Von Weizsäcker lobte Reagan für seine Haltung, „die aller Welt zeigte, daß er nicht gewillt ist, terroristische Taten hinzunehmen".

Nach einem Besuch in einigen Kasernen der 6000 US-Soldaten in der geteilten Stadt war der Bundespräsident während einer Gesprächsrunde mit 150 Offizieren und ihren Ehefrauen auf die Kritik eines Colonel eingegangen, der der Bundesregierung laschen Umgang mit libyschen Aktivisten in der Bundesrepublik vorwarf und von einer zögerlichen Haltung Bonns bei Wirtschaftssanktionen gegenüber Libyen sprach.

Es sei „notwendig und fair", unter den Bundesgenossen über die Instrumente von Gegenmaßnahmen zu diskutieren, antwortete von Weizsäcker. Dazu habe der Tokio-Gipfel zum Beispiel eine Gelegenheit geboten. Bei allen Boykott-Überlegungen sei es natürlich ein Unterschied, „ob man mit 0,5 Prozent oder wesentlich mehr" am Libyen-Handel beteiligt sei. Sanktionen seien eine Angelegenheit gemeinsamer Reaktionen aller Bundesgenossen. Dennoch sei die europäische und deutsche Haltung zu diesen Fragen nicht etwa gleichbedeutend damit, „die Dinge zu verzögern oder gar nichts tun zu wollen".

Das Staatsoberhaupt räumte eine „Welle der Enttäuschung" der Amerikaner gegenüber Europa und den Deutschen ein. Er sei jedoch überzeugt, daß diese Haltung „bald abklingen" werde. Strittig sei jeweils nur, auf welche Weise man dem Terrorismus begegnen sollte. Unter Freunden müßten gegenseitige Fragen und Problem-Diskussionen erlaubt und möglich sein.

Moskau räumt ein: In Tschernobyl ist die Gefahr noch nicht gebannt

„Prawda": Der Kampf geht weiter / Die Sowjets halten am Unglücks-Reaktor fest

RMB./DW. **Moskau**

Den Sowjets *ist es* bislang nicht gelungen, den Westen davon zu überzeugen, daß die Gefahr in Tschernobyl gebannt ist. Selbst die Parteizeitung „Prawda" mußte gestern die Existenz von nach wie vor großen Problemen am Katastrophenort eingestehen. Der stellvertretende Ministerpräsident Ivan Silajew berichtete in dem Blatt, obwohl die Gefahr einer neuen Explosion abgewendet worden sei, könne die Ruine noch nicht als harmlos bezeichnet werden. Unter der Überschrift „Der Kampf geht weiter" wurde beschrieben, wie man der weiter ausströhmenden Radioaktivität entgegenwirke.

Sechs Todesopfer

Silajew kündigte überdies an, daß Lehrer in Kiew den Laien die Grundregeln des Strahlenschutzes beibringen sollten. Kennzeichnend für die Probleme, vor denen die Sowjets stehen, ist der Satz der „Prawda", daß niemand auf der ganzen Welt je in einer derart schwierigen Lage gewesen sei wie das Team des Krisenstabchefs Jewgeni Welichow.

Diese Darstellung folgte dem Eingeständnis der Nachrichtenagentur Tass, daß insgesamt sechs Menschen ums Leben gekommen seien. Unter den Verletzten des Reaktorunglücks befänden sich 35 Personen in einem „ernsten Zustand", hieß es weiter.

Einer der Planer des Reaktors von Tschernobyl hatte gestern vor Journalisten in Moskau das Konzept und die Sicherheitseinrichtungen der Anlage verteidigt und den Bau von weiteren Atommeilern dieses Typs angekündigt. Die Sicherheitsvorkehrungen seien so ausgelegt, daß sie auch mit den größten denkbaren Fehlern fertig werden könnten, sagte Ivan Jemilianow, Vizedirektor des Staatsbetriebs für den Bau von Atomanlagen. Auch das Grundkonzept des graphitmoderierten, wassergekühlten RMBK-Reaktors stimme nach wie vor. Der Unfall habe sein Vertrauen in dieses Prinzip nicht erschüttert.

Jemilianow war nach eigener Darstellung an der Entwicklung des Reaktortyps maßgeblich beteiligt. Einige westliche Experten halten das Bauprinzip für bedenklich und die Sicherheitsmaßnahmen in sowjetischen Reaktoren für unzureichend. Jemilianow sagte dazu, der Schaden eines Störfalls bleibe selbst dann noch begrenzt, wenn das Personal alle Notsysteme abschalte. Dagegen hatten selbst sowjetische Stellen berichtet, die Gefahr einer zweiten Explosion in dem offenbar geschmolzene Reaktorkern sei erst am Sonntag gebannt worden.

Westliche Botschafter in Moskau sind gestern vom stellvertretenden UdSSR-Ministerpräsidenten Boris Schtscherbina und anderen sowjetischen Vertretern im Zusammenhang mit dem Reaktorunglück in Tschernobyl informiert worden. Wie die amtliche Nachrichtenagentur Tass meldete, empfing Schtscherbina die Botschafter Großbritanniens, Spaniens, Italiens, Kanadas, der Niederlande, Norwegens, Finnlands, Schwedens, der Türkei und der Bundesrepublik Deutschland.

Eine Fehleinschätzung

Der Sprecher des Außenministeriums, Wladimir Lomejko, hatte am Montag Anschuldigungen in den westlichen Medien zurückgewiesen, es seien absichtlich Informationen über das Unglück zurückgehalten worden: „Die Leute, die zunächst mit dem Unfall zu tun hatten, verstanden nicht, was vorging, und schätzten die Lage nicht richtig ein." Diese Äußerung wurde als Indiz dafür gewertet, daß der Kreml die Schuld an der Informationspolitik in der Ukraine „lokalisieren" möchte.

Frau Havemann darf nicht reisen

AP, **Berlin**

Die „DDR"-Behörden haben der Witwe des Ostberliner Regimekritikers Robert Havemann eine Urlaubsreise nach Ungarn verwehrt. Frau Katja Havemann wurde aus dem Zug geholt und an der Weiterfahrt gehindert, obwohl sie im Besitz gültiger Reisepapiere war. Freunde äußerten die Vermutung, daß das Verhalten der Behörden im Zusammenhang mit einer in der letzten Woche veröffentlichten „Eingabe" von Mitgliedern der autonomen Friedensbewegung in der „DDR" an Staats- und Parteichef Erich Honecker steht, die von Frau Havemann mitunterschrieben wurde. In dem Papier üben die Friedensgruppen offene Kritik an der gesellschaftlichen Entwicklung in der „DDR" und fordern einen konstruktiven Dialog (WELT v. 10./11. 5.).

Novelle zur Rentenversicherung

A. G. **Bonn**

Mit dem gestern vom Bundeskabinett beschlossenen Entwurf zum Siebten Rentenversicherungs-Änderungsgesetz sollen die Datenspeicherungs- und Auskunftspflichten der Rentenversicherungsträger gegenüber den Versicherten verbessert werden. Weiter werden in der Novelle, die noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden soll, Selbständige unter bestimmten Voraussetzungen ermächtigt, ihr Pflichtversicherungsverhältnis in ein freiwilliges Verhältnis umzuwandeln. Freiberuflich tätige Hebammen können sich danach auf Antrag von der Versicherungspflicht befreien lassen. Weiter sollen bestimmte Arbeitnehmer ihren verlorengegangenen Anspruch auf Arbeitslosengeld wiederbekommen.

Verwaltung ist einfacher geworden

AP, **Bonn**

Mehrere Millionen Verwaltungsakte pro Jahr sind überflüssig geworden. In 206 Bereichen haben Gesetzesvorschriften und Anordnungen vereinfachend gewirkt, wie aus dem von Staatssekretär Horst Waffenschmidt veröffentlichten zweiten Bericht zur Rechts- und Verwaltungsvereinfachung hervorgeht. Allein 1,2 Millionen Anfragen beim Bundeszentralregister fallen weg, da zum Erwerb des Führerscheins auf die regelmäßige Einholung eines polizeilichen Führungszeugnisses verzichtet wird. Eine Million Bezieher von Kindergeld werden gleich doppelt entlastet, da keine Einkommensnachweise und Meldebescheinigungen mehr notwendig sind. Waffenschmidt machte deutlich, daß diese Anstrengungen fortgesetzt werden sollen.

Strategie-Institut: Gorbatschow ist kein Reformer

AFP, **London**

Das Londoner „Internationale Institut für Strategische Studien" sieht im neuen sowjetischen Parteichef Gorbatschow für den Westen eine Gefahr, da er ein „erheblich geschickterer" Gegner sei als seine Vorgänger. In der „strategischen Bilanz 1985–86" bilanziert das Gremium von Experten aus 70 Ländern, das erste Jahr nach der Amtsübernahme Gorbatschows habe gezeigt, daß dieser zwar Modernisierungen eingeleitet habe, aber „kein Reformator" sei. Dem sowjetischen KP-Chef, aber auch US-Präsident Reagan, wirft das Institut vor, sie führten mit einem unrealistischen Streben nach einem völligen Abbau der Atomwaffen die „hoffnungsvolle und blindgläubige öffentliche Meinung hinters Licht".

Das Institut schätzt 1985 für Westeuropa und die Atlantische Allianz als ein „recht gutes" Jahr ein. Das strategische Gleichgewicht zwischen den Blöcken habe sich zugunsten des Westens verschoben. Moskau sei es nicht gelungen, seine militärischen Kapazitäten in politische Gewinne umzumünzen. Dagegen habe der Westen den Sturz der Regime in Haiti und auf den Philippinen zur sofortigen Herstellung guter Kontakte zu den Nachfolgern genutzt. Einziges Problem seien die Differenzen im westlichen Lager wegen des internationalen Terrorismus.

In der „strategischen Bilanz" wird die arabische Unterstützung für Khadhafi als „sehr brüchig" eingeschätzt. Es sei „offensichtlich", daß die meisten Führer der Staaten in der Arabischen Liga trotz offizieller Verurteilung der amerikanischen Militäraktion gegen Libyen insgeheim einen Sturz Khadhafis wünschten.

Nach Ansicht des Londoner Instituts *ist in Afghanistan inzwischen die* Waage zu Ungunsten des Widerstands ausgeschlagen. Dieser sei im vergangenen Jahr geschwächt worden und das Regime werde durch eine kriegsmüde Bevölkerung zunehmend unterstützt.

Dagegen liegt, so in dem Jahresbericht, die politische Ordnung in Südafrika im „Sterben". Die Weigerung der Regierung Botha, tiefgreifende Reformen vorzunehmen, werde möglicherweise zu einer „Serie erheblichen Umwälzungen" führen. Eine solche Lage wäre für „auswärtige Mächte" eine Gelegenheit, ihren Einflußbereich zu verbreitern.

Am 7. Mai 1986 verstarb in Bielefeld im Alter von 85 Jahren unser früherer Generaldirektor, Herr

Theodor Delius

Fast 40 Jahre stand Herr Delius in den Diensten der Firma Dr. August Oetker. Er hat den Wiederaufbau des Nahrungsmittelunternehmens nach dem Krieg maßgeblich gestaltet und 20 Jahre lang, bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand 1966, die Unternehmens- und Markenpolitik bestimmt.

Die Firma Dr. August Oetker verdankt Herrn Theodor Delius viel. Wir werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Rudolf August Oetker und die persönlich haftenden Gesellschafter der Firma Dr. August Oetker
August Oetker, Dr. Guido Sandler,
Dr. John Henry de la Trobe und Rudolf Stelbrink

Für Betriebsrat und Belegschaft: Hildegard Bahrs

Bielefeld, den 14. Mai 1986

Am 6. Mai 1986 ist im Alter von 87 Jahren unser Kommanditist, Herr

Walter Schütte

sanft entschlafen.

Als Alleininhaber hat der Verstorbene in 5 Jahrzehnten mit seinen *fundierten Fachkenntnissen* des Rohtabak-Handels und *seinem* liebenswürdigen Wesen diese seine Firma zu Ansehen und Erfolg geführt.

In seinem Sinne wird sie fortgesetzt werden.

Karl Schweighöfer
2000 Hamburg 28, Billstr. 87

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

Steuerzahler ohne Lobby

Py. – Steuerberater, Anwälte und Finanzrichter ließen in München standesgemäß unterkühlt, aber deutlich hörbar Luft ab. Die deutsche Finanzgerichtsbarkeit, seit mehr als 60 Jahren selbständiger Zweig der Verwaltungsrechtspflege und für die Entwicklung unseres Steuersystems und rechtsstaatlicher Besteuerungsverfahren von größter Bedeutung, ist in ihren zwei Instanzen völlig verstopft, die Zahl neuer Richterstellen hält mit der wachsenden Welle von Rechtsmittelverfahren nicht Schritt.

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, in Bonn unabkömmlich, war der undankbaren Aufgabe enthoben, vor dem Steuerberater-Kongreß „Flagge zu zeigen". Es ist schon so. Die Verfahrensdauer, die in Steuersachen eher zunimmt als zurückgeht, ist ein Skandal.

Interessant, daß die Klage, es fehle an „Meinungsdruck" für den Ausbau der Finanzgerichtsbarkeit, von einem Anwalt kam. Sie sind zwar näher dran, aber die Steuerberater müssen die Probleme mit ihren Klienten „aussitzen". Sicher, manch einem Steuerzahler, Selbständigen und Unternehmen zumal ist die lange Dauer eines Finanzverfahrens nur recht. Nicht so sehr dem Fiskus, dem durch Verfahrensfehler und Verjährung Jahr für Jahr Milliarden verlorengehen. Aber die politischen Spitzen in Bund und Ländern kurieren nur an den Symptomen, nehmen manchmal Zuflucht zu Einschränkungen von Rechtsschutzmöglichkeiten.

Kernübel ist nicht des deutschen Steuerbürgers Streitlust, sondern das undurchschaubare Steuerrecht, die Erschwerung der Rechtsanwendung selbst für Steuerberater und -anwälte. Für den Steuerzahler ist das vielleicht tröstlich, aber auch der Grund für Unsicherheit, Ärger, Frust, Mißtrauen, Steuer-Unehrlichkeit und Staatsverdrossenheit.

Panik ist schlechter Ratgeber

Von CLAUS DERTINGER

Die Börsenstimmung ist mies. Die Kurse fallen. Innerhalb von noch nicht einmal vier Wochen ist das Kursniveau am deutschen Aktienmarkt – gemessen am WELT-Index – um 13,5 Prozent gesunken. Spitzenwerte wie Siemens, Deutsche Bank, Schering und VW büßten 100 Mark und mehr ein, bei Daimler und Porsche summieren sich die Verluste auf rund 200 Mark, und die Aktien der Chemiegroßkonzerne verloren rund 50 Mark. Verlustreich waren die letzten Wochen nicht nur an der Aktienbörse. Auch Festverzinsliche mußten Federn lassen. Zehnjährige Pfandbriefe mit sechsprozentigem Kupon, die Ende der dritten Aprilwoche noch 98,25 Mark kosteten, sind jetzt rund 3,5 Prozentpunkte billiger zu haben. Oder mit anderen Worten: Die Rendite ist von 6,25 auf etwa 6,65 Prozent gestiegen.

Wer noch die optimistischen Prognosen im Ohr hat, die vor wenigen Wochen die Stimmung an den Wertpapiermärkten anheizten, fragt sich jetzt unwillkürlich: Sind die denn alle nichts mehr wert? Sind sie überholt? Warum nimmt kaum noch jemand die günstigen wirtschaftlichen Rahmendaten zur Kenntnis, an denen sich doch, wie die Wirtschaftsforschungsinstitute kürzlich in ihrem Gemeinschaftsgutachten bestätigten, nichts geändert hat?

Zu erklären ist die Börsenschwäche, die sich von einer schleichenden Abwärtsbewegung inzwischen zu einem Kurseinbruch auswuchs, in erster Linie mit dem Herdentrieb der Börsianer. So, wie sie sich vor kurzem bis zur Euphorie begeistern ließen, lassen sie sich jetzt vom Pessimismus anstecken. Viele Profis scheinen sich geradezu gezielt auf die Suche nach Negativem zu machen.

Angefangen hat es mit der Schwäche des Dollarkurses. Zwar hat die Dollarabwertung um 1,27 Mark bis auf 2,20 Mark von Februar 1985 bis April 1986 das Börsenvolk nicht gestört, wie der Aktienkursanstieg um 87 Prozent in dieser Zeit eindrucksvoll demonstriert. Aber als der Dollar um nicht einmal drei Pfennig unter die Marke von 2,20 Mark rutschte, die immer als „Schmerzgrenze" für den Export zitiert wird, wurden die Börsianer nervös.

Gewiß, die deutsche Ausfuhr in die USA wird schwieriger, und die schönen „windfall profits" sind passé. Aber man sollte den Wechselkurseinfluß auf den Export in die USA mit einem Anteil von rund einem Zehntel an der Gesamtausfuhr auch nicht überbewerten und schon gar nicht eine gravierende Konjunkturabschwächung in der Bundesrepublik herbeiunken. Die Zwischenberichte führender Unternehmen zeigen überwiegend, daß der positive Gewinntrend ungebrochen ist, auch wenn die Umsätze hier und da sanken.

Unkerei spielt auch auf einem anderen Feld die Hauptrolle. Nämlich bei den möglichen Folgen von Tschernobyl. Wegen der von der Opposition und von allen möglichen Behörden im Lande entfachten Atomhysterie glauben Pessimisten die Wahl für die Union in Niedersachen nun endgültig verloren, und sie malen das Gespenst eines 87er Regierungwechsels in Bonn an die Wand.

Aber das ist noch nicht alles. Bei Nahrungsmitteln wird auf dem Börsenparkett eine Preisexplosion vorausgesagt. Die Folge: Die auf Null gedrückte Inflationsrate steigt und zieht die Zinsen mit hoch, womit eine der wesentlichen Voraussetzungen für ein freundliches Klima an der Aktienbörse entfällt. Woher die Börsianer dies alles so genau wissen wollen, bleibt ihr Geheimnis. Es würde nicht überraschen, wenn sie nach ihrem Motto „was kümmert mich mein Geschwätz von gestern" das ganze Pessimistengepäck hinter sich würfen.

Erklärungen für die jüngsten Kursverluste liefert schließlich die technische Betrachtung der Börse. Nach Supergewinnen wächst der Reiz, Gewinne zu realisieren. Vor der zunehmenden Gefahr eines vorübergehenden Rückschlags auf sehr hohem Kursniveau haben viele Experten schon seit langem gewarnt. Nun war es soweit. Aber da wäre Panik der allerschlechteste Ratgeber.

Insider bezeichnen den Markt als „überverkauft" und reif für eine Erholung, wie sie sich denn gestern während der Börsensitzung auch anbahnte. Sie raten daher aus der Überzeugung, daß die Aktie noch für längere Zeit die attraktivste aller Kapitalanlagen bleibt: nicht verkaufen, sondern vorsichtig kaufen. Dieses Motto haben Profis bereits gestern beherzigt.

WERBUNG / Etats werden immer unabhängiger von der Gesamtkonjunktur

Die Medien melden überwiegend Aufwind bei ihren Einnahmen

HANNA GIESKES, Bonn

„Das Werbeklima hat sich deutlich verbessert." Professor Helmut Sihler, Präsident des Zentralausschusses der Werbewirtschaft (ZAW), hält deshalb ein Werbewachstum von vier Prozent über die 16-Milliarden-Mark-Hürde hinweg in diesem Jahr für möglich. Er begründete seine Prognose gestern in Bonn mit der Nachricht, „daß die Medien überwiegend Aufwind bei den Werbeeinnahmen melden".

Der ZAW-Präsident kann sich dabei auf eine Zentralausschuß-Umfrage bei seinen 43 Mitgliedsverbänden berufen, von denen insgesamt 55 Prozent mit einem deutlich steigenden Werbeaufwand der Wirtschaft rechnen – im Herbst 1985 waren es erst 32 Prozent. Auch die Gesamtlage der Wirtschaft wird deutlich besser beurteilt als noch vor sechs Monaten: Über die Hälfte der Befragten hätten die konjunkturellen Aussichten „betont gut" genannt, berichtete Sihler. Vor einem halben Jahr waren nur 41 Prozent dieser Ansicht.

Das Jahr 1985 hat der deutschen Werbewirtschaft insgesamt wenig Freude gemacht. Zwar stiegen die Werbeumsätze der Medien von 15,11 Milliarden auf 15,53 Milliarden Mark, doch die jahrelang von satten Zuwachsraten verwöhnte Branche findet dieses Plus von 2,8 Prozent (Vorjahr 5,7) ziemlich mager.

Darüber hinaus werde das Verhalten der Werbung-treibenden Hersteller und Dienstleister immer unkalkulierbarer: „Nicht mehr die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bestimmt die Höhe der Werbeetats; sie werden mehr und mehr abhängig von zahlreichen Sonderfaktoren für einzelne Branchen." So hielten Markenartikler und der Handel ihre Werbung 1985 an kurzer Leine. Verstärkt habe sich hingegen die Investitionsgüterwerbung.

Wie stark die Werbeeinsätze einzelner Sektoren auseinanderdriften, verdeutlichte der Präsident an einigen Zahlen: So habe die Kraftstoffbranche ihre Werbeausgaben 1985 um knapp 79 Prozent erhöht; Fahrzeugzubehör legte um 46 Prozent und der Bereich Straßen- und Schienenverkehr um 43 Prozent zu. Deutlich abgespeckt wurden die Budgets indes in Branchen wie Oberbekleidung (minus 32 Prozent), Fertighäuser (minus 15 Prozent) und Audio-Video-Geräte (minus elf Prozent).

Die Medien bekamen dies teilweise schmerzhaft zu spüren: Tageszeitungen, Publikumszeitschriften und die Hörfunkwerbung mußten einen Rückgang ihrer Werbeeinnahmen verkraften. Der Einnahmeverlust der Tageszeitungen von zwei Prozent erscheine alarmierend, sagte Sihler weiter.

Es sei aber „riskant", dies als Bedeutungsverlust des Mediums zu werten, denn hier sei ein wichtiges statistisches Merkmal einzubeziehen: Dem Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger wurden nur die Werbeumsätze von 246 Titeln gemeldet, 14 weniger als für die Werbeumsatzstatistik des Vorjahres; nach wie vor seien die Tageszeitungen mit Werbeumsätzen von knapp 5,9 Milliarden Mark der wichtigste Werbeträger. Dasselbe statistische Merkmal verhalf umgekehrt den Wochen- und Sonntagszeitungen zu einer enormen Steigerung um 33,2 Prozent auf 267 Millionen Mark: Hier haben einige Titel mehr als im Vorjahr ihre Umsätze angegeben.

Die Fernsehwerbung ist im vergangenen Jahr um 7,7 Prozent auf 1,5 Milliarden Mark gewachsen. Sihler weist darauf hin, daß sich dieser Zuwachs zu einem Teil aus der zusätzlichen Ausweisung der TV-Werbung in Hessen 3 sowie durch die Privatveranstalter Sat 1 und RTL plus speise. Ohne sie hätte das Werbewachstum hier nur sechs Prozent betragen.

Nicht ausgewiesen sind die Werbeeinnahmen der Anzeigenblätter, die mit 770 Titeln und einer Gesamtauflage von rund 37 Millionen Stück verteilt werden. Eine Erhebung der Verlegerverbände förderte ein Werbevolumen von 769 Millionen Mark zutage; beim ZAW hält man indes die Repräsentanz der gemeldeten Titel nicht für ausreichend: „Es kann vermutet werden, daß die Einnahmen der Anzeigenblätter höher liegen."

MINERALÖLWIRTSCHAFT

Steigen die Preise für Rohöl schon bald wieder?

JAN BRECH, Hamburg

In der deutschen Ölindustrie wird ein Anstieg des Rohölpreises auf etwa 20 Dollar je Barrel auf mittlere Sicht für realistisch gehalten. Bei solchem Preisniveau bleibe die Ölförderung wirtschaftlich attraktiv und Anreize für die Erschließung neuer Vorkommen erhalten. Die Phase des extrem billigen Öls dürfte nach Meinung des Hamburger Mineralölwirtschaftsverbandes in Kürze zu Ende gehen.

Das effektive Überangebot, das den Preisverfall ausgelöst hat, bewege sich in einer Größenordnung von wenigen Millionen Barrel pro Tag, die durch Förderreduzierungen bei unrentabel gewordenen Ölvorkommen schnell ausgeglichen werden könnten. Bei einem Wiederanstieg des Ölpreises auf 20 Dollar würde unter Berücksichtigung des derzeitigen Dollarkurses die Ölrechnung pro Jahr noch immer um rund 25 Milliarden Mark entlastet.

Einen Wiederanstieg des Rohölpreises auf 30 Dollar und mehr hält der Hauptgeschäftsführer des Verbandes, Frank Schmidt, dagegen auch auf längere Sicht für wenig wahrscheinlich. Die Opec könne auf Dauer für ihr Öl nicht mehr Geld verlangen, als es die Nicht-Opec-Mitglieder, aber auch Kohle-, Gas- und Stromerzeuger tun. Die Preisentwicklung der letzten Tage auf den Rohöl- und Produktionsmärkten kann nach Meinung des Verbandes das Ende der Ölpreis-Talfahrt signalisieren. In Rotterdam haben sowohl die Produkten- als auch Rohölpreise angezogen. Den Benzinpreisverfall am deutschen Markt versuchen die Ölgesellschaften nun durch Preiserhöhungen zu stoppen.

Zum bleifreien Benzin erklärt der Verband, daß der Anteil dieses Treibstoffes inzwischen 6 Prozent am gesamten Benzinabsatz erreicht habe. Er liege aber deutlich unter den Absatzmöglichkeiten. Immerhin könnten 40 Prozent aller im Bestand befindlichen Fahrzeuge bleifrei tanken. Trotz des Preisvorteils von zwei Pfennig je Liter übten die Autofahrer aber offenbar aus Unkenntnis Zurückhaltung. Bei der nur geringen Akzeptanz von bleifreiem Benzin schlägt der Verband vor, über Zeitpunkt und Ausmaß der Rückführung der Steuerbegünstigung von 7 Pfennig je Liter, die bis 1989 aufgehoben werden soll, neu nachzudenken.

Zur Lage der deutschen Mineralölwirtschaft erklärte Schmidt, daß die Industrie zum ersten Mal seit fünf Jahren wieder mit Gewinn arbeite. Im ersten Quartal haben die Gesellschaften durchschnittlich 15 bis 20 Mark je Tonne verdient. Durch den starken Verfall des Ölpreises sind allerdings erhebliche Verluste bei den Beständen eingetreten. Die Ölindustrie hat seit 1978 die Verarbeitungskapazitäten von 160 auf rund 87 Millionen Tonnen reduziert, das Tankstellennetz um zwei Drittel auf 18 500 Stationen verringert und die Beschäftigung um nahezu 100 000 auf 150 000 Mitarbeiter abgebaut.

AUF EIN WORT

„Es wäre ein Treppenwitz der Geschichte, wenn durch einen sowjetischen Reaktor mit Uralttechnik, miesen Sicherheitseinrichtungen, errichtet von einem autoritären Regime ohne Rücksicht auf die Menschen, die Stillegung deutscher Spitzenkraftwerke bewirkt würde. Dies kann und darf nicht geschehen."

Christian Lenzer, forschungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. FOTO: UDO GIESEN

KERNENERGIE

Bei Ausstieg würde Strom sehr teuer

sas. Bonn

Ein abrupter Verzicht auf die Nutzung der Kernenergie würde die Bundesrepublik zu einem Elektrizitäts-Hochpreisland werden lassen und den Abschied aller stromintensiven Industriezweige bedeuten. Diese Auffassung hat der international renommierte Energiewirtschaftler und Vorsitzende des Sachverständigenrats, Prof. Hans-Karl Schneider, vertreten. Wirtschaftlich tragbare Strompreise seien in der Bundesrepublik nur durch den kombinierten Einsatz von Kernenergie im Grundlast- und Steinkohle im Mittellastbereich zu halten, betonte Schneinder in einem Gespräch gegenüber der WELT. Auch sei ein verstärkter Rückgriff auf Kohlekraftwerke mit beträchtlichen Umweltbelastungen verbunden.

Selbst auf lange Sicht hält Schneider einen Kernenergie-Ausstieg nur sehr begrenzt für möglich: „Energiesparen tun wir ohnehin; weitere Einsparungen in größerem Umfang sind nicht kostenlos und ohne Restriktionen bei der Verwendung nicht möglich." Auch sehe er längerfristig keine preiswerten Alternativen zur Kernenergie. Wer sich für Alternativenergien wie die Windenergie stark mache, müsse auch die gewaltigen ökologischen Probleme bedenken, die diese mit sich bringe.

Da bei einem Ausstieg aus der Kernenergie nach Ansicht von Schneider auch einige andere Länder der Bundesrepublik folgen würden, bedeutete dies einen Nachfrageboom nach Öl, Gas und Kohle an den Weltmärkten. Damit würde aber eine neue Öl-Hochpreisphase eingeleitet.

ALT-DIESEL

Grünes Licht für Steuerermäßigung

A. G. Bonn

Die von den zuständigen Bonner Ressorts vor gut drei Wochen befürwortete Einbeziehung der sogenannten Alt-Diesel in die steuerliche Förderung umweltfreundlicher Autos ist am Dienstag vom Bundeskabinett perfekt gemacht worden. Es folgte einem entsprechenden Vorschlag von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg. Danach sollen – zusätzlich zu den bereits bestehenden Vergünstigungen – künftig alle Pkw mit Diesel-Motor, die mindestens die Voraussetzungen der Anlage XXIV Stufe A zur Straßenverkehrszulassungsordnung für „bedingt schadstoffarm" erklärt werden. Die Besitzer dieser Pkw werden von der Erhöhung der Kfz-Steuer ausgenommen und sollen rückwirkend vom 1. Januar 1986 an nur mit dem ermäßigten Steuersatz von 13,20 Mark je 100 ccm Hubraum besteuert werden.

Alle Diesel-Pkw, die nach dem ersten Regierungsbeschluß vom 19. 9. 84 über die steuerliche Förderung umweltfreundlicher Pkw erstmals zugelassen worden sind, werden den nach dem 1. 1. 85 zugelassenen Fahrzeugen gleichgestellt. Für sie wird rückwirkend vom 1. 1. 86 an zeitlich begrenzt Steuerfreiheit gewährt, wenn die Voraussetzungen hinsichtlich der gasförmigen Schadstoffe (US-Norm oder Europa-Norm) erfüllt sind. Nach der Zustimmung des Bundesrates sollen die Steuerbescheide geändert und die überzahlten Steuern ohne besonderen Antrag erstattet werden. Die Gespräche mit den Länder-Finanzverwaltungen sind noch nicht abgeschlossen.

BÖRSE

Die niedrigen Aktienkurse lockten Profis wieder an

cd. Frankfurt

Nach Tagen ausgeprägter Schwäche, die den Aktienindex der WELT allein vom letzten Mittwoch bis Montag von 293,48 auf 275,97 Punkte gedrückt hatte, hat sich der Aktienmarkt gestern erholt, wenngleich sich die höchsten Tageskurse nicht bis zum Schlußgong behaupteten. Der Index erhöhte sich auf 276,96 Punkte. Den Anstoß zur Erholung gaben Käufe von Professionals, also institutioneller Anleger und Investmentfonds, die das ermäßigte Kursniveau als attraktiv erachteten, zumal da sich schon bald nach nochmals schwächeren Börsenbeginn herausstellte, daß aus Kreisen des Berufshandels nicht mehr viel Angebot herauskam.

Die Anfangsverluste, die bei den Großchemie- und Maschinenbauaktien bis zu 5 Mark reichten, bei Siemens und den Bankaktien von 5 bis 10 Mark und bei den Autoaktien von 20 bis 30 Mark, wurden bis zur Feststellung der Einheitskurse, zu denen Kleinstaufträge abgerechnet werden, vielfach wieder ausgeglichen; zum Schluß bröckelten die Kurse meist unter Vortagsniveau ab.

Auf dem Parkett charakterisierte man die Erholung als technische Reaktion auf das regelrechte Zusammenknüppeln der Kurse durch den Berufshandel während der letzten Tage. Ebenso wie bei der Abwärtsbewegung lösten gestern im Aufwärtstrend häufig schon relativ kleine Aufträge größere Kursschwankungen aus. Man hoffte, daß die Rückkehr institutioneller Anleger und die Stabilisierung der Kurse überzogenen Pessimismus und Hysterie aus den Börsensälen verjagen. Am Rentenmarkt gaben die Kurse bei nachlassendem Druck bis um 1,25 DM nach.

REINHEITSGEBOT / Bundesregierung wehrt sich vor dem Europäischen Gerichtshof

Für Vorrang des Gesundheitsschutzes

WILHELM HADLER, Luxemburg

Die Klage der EG-Kommission gegen das deutsche Reinheitsgebot bei Bier (genauer: das Importverbot für Bier, das nicht nach deutschen Bestimmungen gebraut wurde) hat nach Meinung der Bundesregierung einen Grundsatzstreit über den Stellenwert des Verbraucherschutzes im Gemeinsamen Markt offengelegt.

In der mündlichen Verhandlung vor dem Europäischen Gerichtshof vertrat der Bonner Prozeßbevollmächtigte Martin Seidel (Bundeswirtschaftsministerium) gestern die Auffassung, die EG-Behörde wolle mit ihrer Vertragsverletzungsklage den Vorrang des freien Warenverkehrs in der Gemeinschaft vor Maßnahmen des vorbeugenden Gesundheitsschutzes sicherstellen.

Demgegenüber begründete der Vertreter der Kommission die Rechtsauffassung der Brüsseler Exekutive mit dem Hinweis, auf dem deutschen Biermarkt herrschten „japanische Verhältnisse". Das Reinheitsgebot „schütze" die heimischen Erzeuger, die selbst Ausnahmeregeln für ihren Export in Anspruch nähmen. Die Bundesrepublik sei nicht zuletzt deshalb zum zweitgrößten Bierexporteur der Welt geworden, bei einem gleichzeitigen Importanteil am gesamten deutschen Bierabsatz von nur 0,7 Prozent.

Nach Feststellungen der Bundesregierung hat der Gesetzgeber in den meisten Ländern das früher geltende Mißbrauchsprinzip bei der Zulassung von Zusatzstoffen in Lebensmitteln inzwischen abgeschafft. Wegen der verbreiteten Unsicherheit über die kumulative Wirkung von chemischen Fremdstoffen auf die menschliche Gesundheit gelte zunehmend ein Verbotsprinzip mit Erlaubnisvorbehalt.

Diese Entwicklung versuche die Kommission zurückzudrehen, da Bier in der Bundesrepublik als Lebensmittel einzustufen sei, würde die Zulassung von Zusatzstoffen notwendigerweise einen Anstieg des gesamten Verbrauchs an Fremdstoffen bedeuten und damit einer Absenkung des Niveaus des Gesundheitsschutzes gleichkommen.

Der Vertreter der EG-Behörde machte hingegen geltend, wenn das Reinheitsgebot auch für Wein gelten würde, könnten „ganze Regionen" lahmgelegt werden. Dem Verbot der Fremdstoffe müsse jedenfalls eine objektive Sachprüfung vorausgehen. Im übrigen lasse Bonn nicht nur selbst einige Zusatzstoffe im obergärigen Bier zu, sondern erlaube auch Fremdstoffe in zahlreichen Lebensmitteln.

Die mündliche Verhandlung in Anwesenheit der 13 Europarichter bildete die zweite Stufe des vor knapp zwei Jahren begonnenen Gerichtsverfahrens. Mit einem Urteil ist kaum vor Jahresende zu rechnen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Kohlepfennig steigt auf 4,5 Prozent

Bonn (A. G.) – Der zur Stützung der Verstromung heimischer Steinkohle erhobene sogenannte Kohlepfennig wird bereits zum 1. Juni von jetzt 3,3 Prozent auf 4,5 Prozent heraufgesetzt werden. Hierauf einigte sich, wie gestern in Bonn zuverlässig verlautete, die Koalitionsrunde am Montag. Die Übereinkunft beruht im wesentlichen auf dem Konzept von Bundeswirtschaftsminister Bangemann. Auf einen förmlichen Kabinettsbeschluß soll dem Vernehmen nach verzichtet werden. Der Verstromungsbeirat soll in der nächsten Woche einberufen und über die Einzelheiten der Regelung informiert werden.

Kapitalzufluß läßt nach

Frankfurt (dpa/VWD) – Der starke Kapitalzufluß aus dem Ausland hat im März etwas nachgelassen. Wie die Deutsche Bundesbank in Frankfurt bekanntgab, beliefen sich die langfristigen Kapitalimporte per saldo auf 3,1 Mrd. DM nach 9,2 im Februar und 9,4 Mrd. DM im Januar. Das Ausland hat vor allem weniger langfristige Mittel in deutschen Wertpapieren und öffentlichen Schuldscheinen angelegt. Die deutschen Käufe ausländischer Wertpapiere sind auf 1,8 (1,3) Mrd. DM gestiegen.

Höhere Rendite

Frankfurt (dpa/VWD) – Im Zuge der gestiegenen Zinsen am deutschen Kapitalmarkt erhöht das Bundesfinanzministerium die Rendite für die Bundesobligationen. Wie die Deutsche Bundesbank gestern mitteilte, bringen die fünfjährigen und nominal mit 5,50 Prozent verzinsten Papiere von Mittwoch an bei einem Ausgabekurs von 99,60 (101,60) eine Rendite von 5,59 (5,13) Prozent.

Zinssenkung erwartet

Paris (VWD) – In Frankreich wird für Donnerstag mit einer Zinssenkung gerechnet. Das Wirtschaftsministerium hat für diesen Tag vormittags zu einer Pressekonferenz zum Thema „Inlandszinsen" eingeladen. Unter Banken wird mit einer Reduzierung des Zinses auf Sonderspareinlagen, der seit Juli 1985 bei sechs Prozent liegt, um ein bis zwei Punkte gerechnet. Mit einem solchen Schritt, so heißt es, sei der Weg für weitere Kreditzinssenkungen frei.

500-Mill.-DM-Anleihe

Stuttgart (nl.) – Die Daimler-Benz International Finance B. V., Utrecht, eine hundertprozentige Tochter der Daimler-Benz AG, wird am 15. Mai dieses Jahres eine DM-Anleihe im Volumen von 500 Mill. DM mit Garantie der Daimler-Benz AG auflegen. Die Konditionen für diese Anleihe, deren Erlös u. a. auf dem weltweiten Gebiet der Absatzfinanzierung und des Leasing des Konzerns eingesetzt werden soll, lauten auf 5¾ Prozent Zins bei einem Ausgabekurs von 100 Prozent, einer Laufzeit von 15 Jahren und einer Rückzahlung in einem Betrag. Das Emissionskonsortium besteht aus der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Commerzbank. Die Börseneinführung ist in Frankfurt und Stuttgart geplant.

Liquidität zugeteilt

Frankfurt (VWD) – Im Rahmen eines neuen Wertpapierpensionsgeschäfts hat die Deutsche Bank den Kreditinstituten gestern eine Liquiditätshilfe im Betrag von 10,3 Mrd. DM zugeteilt. Geboten worden waren 20,7 Mrd. DM. Die in Form eines Mengentenders mit einem Festzins von 4,35 Prozent ausgeschriebene Offenmarktoperation hat eine Laufzeit von 28 Tagen. Die Gutschrift erfolgt am heutigen Mittwoch, an dem andere Wertpapierpensionsgeschäfte über 15,1 Mrd. DM auslaufen.

Daimler gründet Stiftung

Stuttgart (nl.) – Anläßlich des 100jährigen Jubiläums des Automobils haben Vorstand und Aufsichtsrat der Daimler-Benz AG die Errichtung einer Gottlieb Daimler- und Karl Benz-Stiftung beschlossen. Die als rechtsfähige Stiftung des Bürgerlichen Rechts konzipierte und mit einem Kapital von 50 Mill. DM ausgestattete Institution soll dem Zweck gewidmet sein, „das Wissen um die Wechselbeziehungen zwischen Mensch, Umwelt und Technik zu fördern". Dazu gehöre die Förderung wissenschaftlicher Projekte, Tagungen und Veröffentlichungen sowie die Vergabe von Stipendien.

co op erhöht Kapital

Frankfurt (adh) – Als erstes Signal für die Börseneinführung wertet Bernd Otto, Vorstandsvorsitzender der co op AG, Frankfurt, die Aufstockung des Grundkapitals um 35 Mill. DM auf 410 Mill. DM. Aus der Kapitalerhöhung werden 30 Mill. DM von der niederländischen Amro-Bank übernommen, damit wird der Kreis der langjährigen „Stammaktionäre" erweitert. Die neuen Aktien werden zum Kurs von 110 DM je 50-DM-Aktie angeboten, Bezugsrecht für die restlichen 5 Mill. DM 10:1, Zeichnungsfrist 13. bis 30. Mai. Die nicht börsennotierten co-op-Aktien wurden zuletzt für 75,5 DM je 50-DM-Aktie gehandelt.

Wochenausweis

	7.5.	30.4.	7.4.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	58,0	62,8	66,4
Kredite an Banken	99,8	102,7	100,1
Wertpapiere	4,6	4,4	4,5
Bargeldumlauf	115,3	114,6	113,9
Einl. v. Banken	49,8	56,6	53,4
Einlagen v. öffentl. Haushalten	1,6	2,9	3,0

OBERLAND GLAS

Mit neuen Aktien an die Börse

dpa/VWD, München

Die Oberland Glas AG, Bad Wurzach, die 14 Prozent der Anteile am inländischen Hohlglasmarkt hält, wächst stärker als der Branchendurchschnitt. 1985 steigerte das Unternehmen nach Angaben des Vorstandsvorsitzenden Jörg Wiegand mit 1100 Beschäftigten seinen Umsatz um 9,2 Prozent auf 311,9 Mill. DM. Der Jahresüberschuß von 9,7 Mill. DM wird zur Bildung einer Rücklage und Ausschüttung einer Dividende von 7,50 DM je Aktie verwendet.

Für 1986 wird ein Umsatzwachstum von zehn (erstes Quartal: 6,5) Prozent angestrebt. Die Investitionen in Forschung und Entwicklung liegen bei drei bis sieben Prozent des Umsatzes und haben ihre Schwerpunkte in den Gebieten CAM, Leichtglas- und Umwelttechnik. Seit 1973 wird das Recycling von Altglas forciert. Der Altglasanteil beträgt rund 60 Prozent an der Neuproduktion.

Das Grundkapital wurde um 10 Mill. auf 40 Mill. DM erhöht. Daraus werden bis 15. Mai für 10 Mill. DM neue Stammaktien sowie für 6 Mill. DM Stammaktien aus dem Altbesitz der Familie Wiegand zur Zeichnung angeboten. Der Preis beträgt 220 DM. Nach der Plazierung befinden sich 40 Prozent des Kapitals in Streubesitz. Das gesamte Grundkapital wird zum Handel an den Börsen in Stuttgart, Frankfurt und München eingeführt und ab 23. Mai amtlich notiert.

STEUERBERATER-KONGRESS / Kritik an steigender Zahl von noch nicht entschiedenen Finanzverfahren

Erheblich mehr Planstellen für Richter gefordert

HARALD POSNY, München

Die deutsche Finanzgerichtsbarkeit ist seit Jahren einer steigenden Flut steuerlicher Rechtsmittelverfahren ausgesetzt. Trotz wachsender Erledigungszahlen steigen Rückstände und Verfahrensdauer. Auf dem Deutschen Steuerberater-Kongreß in München setzten sich Steuerberater und Finanzrichter für einen ebenso langwierigen wie schwierigen Ausweg ein: durchgreifende Vereinfachung des Steuerrechts, Ausbau des Finanzrechtswegs und damit notgedrungen eine Aufstockung der Zahl der Finanzrichter sowie eine Neuregelung des Verfahrensablaufs.

Mit bloßen Maßnahmen zur Entlastung der Gerichte, die allein den Umfang der steuerlichen Rechtsschutzmöglichkeiten für den Steuerbürger eingeschränkt hat, ist nach den Worten des Fachanwalts für Steuerrecht, Thomas Kreppel, keine dauerhafte Besserung der Lage erreicht worden. Das jüngste Entlastungsgesetz für den Bundesfinanzhof, die „Endstelle" der im Gegensatz zu allen anderen Rechtsbereichen mit 14 Finanzgerichten und dem Münchner Bundesfinanzhof (BFH) nur zwei Instanzen kennenden Finanzgerichtsbarkeit, hat die schon einmal von 1000 auf 10 000 DM heraufgesetzte Streitwertgrenze für Revisionen beim BFH gestrichen.

Die an ihre Stelle getretene Zulassungsrevision sieht nur noch die Behandlung von Fragen grundsätzlicher Bedeutung, die Entscheidung nach unterschiedlichen Urteilen von zwei Finanzgerichten und in Verfahrensfragen vor. Kreppel sieht in der Entlastungsmaßnahme eine Einschränkung des Steuerrechtsschutzes.

Immerhin: 1981 bereits hatten die deutschen Finanzgerichte jährlich über 50 000 neu eingehende Klagen zu bearbeiten. Heute sind es nahe 60 000. Unerledigt waren Ende 1985 über 100 000. Obwohl sich zwischen 1980 und 1984 die Zahl der Erledigungen von 43 000 auf fast 53 000 erhöht hat, stiegen auch die Rückstände. Die Richter trifft jedenfalls kein Vorwurf: Jeder von den 507 Richtern in den 134 Senaten „erledigt" statistisch heute über 120 Fälle, 1980 waren es 103.

Von der Einlegung dieses Rechtsbehelfs beim Finanzamt bis zur Revisionsentscheidung beim BFH vergeht in der Hälfte der Fälle mehr als vier Jahre, zehn Prozent (15 000 Fälle) „schmoren" länger als vier Jahre. „Acht und zehn Jahre bis zur Entscheidung sind längst keine Seltenheit mehr", sagt Kreppel.

Entscheidend für die Überlastung der Gerichte und die lange Verfahrensdauer ist, daß die Zahl der Verfahrenseingänge seit 1970 bis heute um 450 Prozent stieg, die Richterplanstellen jedoch nur um 165 Prozent zunahmen. Trotz der – wenn auch nur theoretischen – Konfrontation mit einem Jahressteueraufkommen von 420 Mrd. DM ist die Finanzgerichtsbarkeit, an der Richterzahl gemessen, die kleinste unter den „Fach"-Gerichten.

Klaus Offerhaus, selbst Richter am BFH in München – aber nicht für das Gericht sprechend – sah auf einer Podiumsdiskussion als Ausweg aus dem Dilemma nur die Erhöhung der Zahl der Finanzrichter, etwa wie Finanzgerichtspräsident Wolfgang Kraft vorschlug, von derzeit 457 Finanzrichter und 50 Richter am BFH auf 575.

Bei gleichzeitiger Einführung einer vor die Finanzgerichte geschobenen ersten Instanz (350 Richter) kann die Zahl der Finanzrichter auf 200, die der BFH-Richter auf 25 verringert werden.

Die Mehrkosten von 3 bis 15 Mill. DM stehen in keinem Verhältnis zu den 6 Mrd. DM, die dem Staat jährlich auf dem Rechtsweg „verlorengehen". Vorgeschaltete Finanz-Einzelrichter könnten den Bürger-Rechtsschutz wesentlich verbessern, seien bürger- und ortsnah. Der Einzelrichter könnte für bessere Sachverhaltsaufklärung sorgen und damit das Verfahren, so Kraft, wesentlich beschleunigen.

Zurückhaltend zeigten sich in München die Vertreter des Bundesfinanz- und Bundesjustizministeriums. Eine Dreizügigkeit bringe nichts, erzeuge sogar weniger Rechtseinheitlichkeit. 100 bis 200 neue Richterstellen bei den Finanzgerichten könnten mehr „wegschaffen als eine neue Instanz". Steuerberater und Anwalt Würdinger („in Wirklichkeit haben wir nur eine Instanz") sieht allein Chancen in höheren Richterzahlen.

VOLKSBANKEN / „Keine Deflationstendenzen"

1986 – Jahr des Mittelstands

JB. Hamburg

Als „kompletten Unsinn" hat Bernhard Schramm, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), Warnungen bezeichnet, die im Rückgang der Verbraucherpreise bereits „bedenkliche deflatorische Züge" sehen. Wenn Deflation sinkendes Preisniveau wegen mangelnder Gesamtnachfrage bedeute, dann gelte für die Bundesrepublik genau das Gegenteil. Zur Zeit steige die Inlandsnachfrage deutlich an und komme jetzt auch den Bereichen zugute, die bislang im Schatten der konjunkturellen Entwicklung gestanden hätten. Erst für das dritte Quartal dieses Jahres rechnet Schramm wieder mit leicht steigenden Preisen, allerdings in einem Rahmen, den man weiterhin als Preisstabilität bezeichnen könne.

Der Aufschwung in der Bundesrepublik zeigt nach Meinung von Schramm inzwischen Breitenwirkung, das Jahr 1986 werde das Jahr des Verbrauchers und des Mittelstandes. Berechnungen des BVR ergeben, daß die Einkommen der privaten Haushalte 1986 um rund 60 Mrd. DM steigen werden und einen Konsumschub von rund 50 Mrd. DM auslösen; das sei, wie der Bundesvorstand mitteilt, doppelt soviel wie im Vorjahr und damit der höchste Anstieg seit 15 Jahren. Das Wachstum der Gesamtwirtschaft schätzt Schramm noch optimistischer ein als die Forschungsinstitute, die für dieses Jahr eine Zuwachsrate von 3,5 Prozent prognostiziert haben. Im zweiten Halbjahr werde die Produktion um sieben Prozent höher als in den ersten sechs Monaten 1986 liegen.

Hauptgewinner der Stabilitätserfolge werden in diesem Jahr die privaten Haushalte sein, erklärt Schramm. Die Reduzierung der Inflationsrate von 6,3 Prozent im Jahr 1981 auf jetzt rund 1 Prozent schlage allein 1986 mit einem „Stabilitätsgewinn" von 117 Mrd. DM im privaten Geldvermögen der Haushalte zu Buche. Schramm sagte: „Stabilität ist somit das wahre Programm für die Kaufkraft und Nachfrage, für Konjunktur und Wohlfahrt aller. Künstliche staatliche Ausgabenprogramme in Milliardenhöhe, die lediglich die Inflation anheizen, waren und sind es nicht."

SCHERING / Entlastungen auf der Einkaufsseite – Ergebnis hat leicht zugenommen

Nur der Umsatz ist zurückgegangen

JOACHIM WEBER, Berlin

Die Kursrückgänge von Dollar und Pfund haben auch bei der Schering AG, Berlin, in den ersten drei Monaten 1986 für einen Umsatzrückgang um acht Prozent gesorgt. Währungsbereinigt ergab sich allerdings bereits ein leichtes Wachstum, und im April nahmen die Umsätze auch nominell wieder um acht Prozent zu, so daß sich der Gesamtrückgang auf knapp drei Prozent reduzierte.

Noch wichtiger: Das Ergebnis wurde nicht beeinträchtigt – es nahm sogar leicht zu. Wie überall in der Chemie sind auch bei dem Spezialitäten-Mischkonzern mit seiner Palette zwischen Pille und Elektronik die geringeren Verkaufserlöse zum Teil lediglich die Endstation durchlaufender Posten: Kurs- und Rohstoffpreisrückgänge entlasten auch die Kosten auf der Einkaufsseite. Fürs Gesamtjahr 1986 rechnet Finanzchef Klaus Pohle wieder mit einem Umsatzzuwachs.

Auch im vergangenen Jahr blieben – bei einem unveränderten Auslandsanteil am Konzernumsatz von 82 Prozent – die Kursbewegungen nicht ohne Wirkung. Der Konzernumsatz, der ohne sie noch um neun Prozent gewachsen wäre, nahm um sieben Prozent auf 5,1 (4,8) Mrd. DM nur noch halb so schnell zu wie 1984. Daran waren das Pharma-Geschäft mit 2,1 Mrd. DM (plus elf Prozent), der Pflanzenschutz mit 1,4 Mrd. DM (plus 15 Prozent), die Galvanotechnik mit 332 Mill. DM (plus 17 Prozent), Industriechemikalien mit 893 Mill. DM (minus 0,5 Prozent) und die Feinchemikalien mit 303 Mill. DM (plus sechs Prozent) beteiligt.

Die um 20 Prozent auf 575 (478) Mill. DM gesteigerten Forschungs- und Entwicklungskosten, Vorleistungen für die Einführung der Anti-Baby-Pille in den US-Markt und Ertragseinbußen bei den US-Töchtern (die insgesamt rund ein Fünftel zum Konzernumsatz beisteuern), ließen den Gewinn vor Steuern um vier Prozent auf 344 (357) Mill. DM zurückgehen. Das „Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit" – im Abschluß, der schon auf die vierte Bilanzrichtlinie vorgreift, erstmals ausgewiesen – schrumpfte sogar um gut neun Prozent auf 345 (380) Mill. DM.

Unterm Strich sorgte indessen die Steuerminderung auf 171 (207) Mill. DM für eine Steigerung des Jahresüberschusses um 17 Prozent auf 173 (148) Mill. DM. Das um fünf Prozent auf 51,66 (49,21) DM gestiegene DVFA-Ergebnis je Aktie weist indessen den Mittelweg. Nach einer Kapitalerhöhung bei der AG um 30 Mill. DM auf 253 Mill. DM im vergangenen Jahr werden die Rücklagen der AG mit 48 Mill. DM, die des 29 900-Mitarbeiter-Konzerns mit 110 Mill. DM dotiert.

Unter der Rubrik „Vorsorge" werden auch die um 26 Prozent auf 355 (281) Mill. DM angehobenen Investitionen verbucht, denen 256 (265) Mill. DM Abschreibungen gegenüberstanden. Den Aktionären winkt eine unveränderte Dividende von zwölf DM je alte und sechs DM je neue Aktie.

Herbst AG plant Gang an die Börse

tb. Berlin

Die Dr. Walter Herbst AG, Berlin, plant den Gang an die Börse. Wann dieser Weg beschritten wird, ist aber noch offen. Das betonten Sprecher des Unternehmens, das von einer KG in eine AG umgewandelt worden ist, vor Journalisten. Mit der Umwandlung soll die Finanzkraft und Entwicklungsfähigkeit des Unternehmens durch eine klare Trennung von Eigentum und Management gesichert werden.

Das Grundkapital beträgt sieben Mill. DM; außerdem besteht ein genehmigtes Kapital von drei Mill. DM. Der fakturierte Umsatz wurde für 1985 mit 99 (84) Mill. DM angegeben. Insgesamt werden 726 Mitarbeiter beschäftigt. Die Herbst-Gruppe, zu der sechs Unternehmen gehören, ist in der Gebäudetechnik, Energie- und Umwelttechnik tätig. Dem Aufsichtsrat der AG gehören Peter Herlitz (Herlitz AG), Kurt Kasch (Deutsche Bank Berlin) und Michael Herbst an. Der Vorstand besteht aus Patrick Herbst, Donald Herbst und Dieter Stüssel.

MANNESMANN / Abbau von 6500 Arbeitsplätzen

Roßkur für kranke Röhren

J. G. Düsseldorf

Weil auf absehbare Zeit nicht mit nachhaltiger Nachfragebelebung zu rechnen sei, will die Mannesmann AG, Düsseldorf, bei ihrer Konzerntochter Mannesmannröhren-Werke AG die derzeit bei 25 000 liegende Beschäftigtenzahl bis Ende 1987 um rund 6500 Leute reduzieren. Der Personalabbau werde hauptsächlich die wichtigsten Standorte in Duisburg (1600), Mülheim (1300) und Düsseldorf (2500) betreffen.

Man suche nach Wegen, dies ohne allzu große Belastungen für die Betroffenen und den regionalen Arbeitsmarkt zu schaffen. „Wie in der Vergangenheit werden vor allem Frühpensionierungen angestrebt, und es soll versucht werden, Entlassungen zu vermeiden." Produkte oder Produktbereiche sollen bei diesem Sparprogramm nicht aufgegeben werden.

Ziel der Roßkur ist eine naturgemäß auf Material- und Personalaufwand konzentrierte Kostensenkung um 500 Mill. DM pro Jahr. Damit soll der jahrelang verlustreiche und 1985 erst zu ausgeglichener Rechnung gekommene Inlands-Röhrenbereich (nebst eigener Stahlproduktion) in die Gewinnzone zurückgeführt werden. Vorwiegend aus strukturellen Problemen des Stahlrohrmarktes, dazu aus konjunkturellen Gründen (Ölpreisverfall), werde der 1985er Umsatz von 4,8 Mrd. DM bei dieser Konzerntochter 1986 „wesentlich" sinken.

Die Konzernmutter präzisiert: Wegen weltweiter Überkapazitäten, die noch durch neue Anbieter verschärft werden, liege die Kapazitätsauslastung der Hersteller in den westlichen Industrieländern nur zwischen 40 und 60 Prozent. Subventionierte EG-Stahlproduzenten suchten durch „quotenfreie" Röhrenproduktion Zusatzbeschäftigung zu „an sich nicht kostendeckenden" Preisen.

Außerhalb des noch mit einem Drittel am Gesamtgeschäft beteiligten Röhrenbereichs jedoch, betont die Mannesmann AG, habe der Konzern schon 1985 seine Inland-Arbeitsplätze um 1900 erhöht und werde da auch auf Wachstumskurs bleiben.

HELABA / Mehr als lästigen Tribut für Risikovorsorge

Zeit der Dürre ist vorbei

cd. Frankfurt

Sicherheit und Kontinuität sind dem Vorstand der Hessischen Landesbank (HeLaBa Frankfurt) wichtiger als Rekorde. Und so wäre Vorstandsvorsitzender Herbert Kazmierzak denn auch noch zufrieden, wenn der diesjährige Ertrag nicht ganz das '85er Ergebnis erreichen sollte, nachdem die ordentlichen Erträge bis jetzt etwa ebenso hoch waren wie 1985 und das Händelsergebnis sogar besser.

Für 1985 präsentierte die Bank jetzt ein Betriebsergebnis (vor Steuern und Wertberichtigungen), das dank einer starken Verbesserung des Eigenhandelsertrags (von 36 auf 82 Mill. DM) um gut neun Prozent auf 360 Mill. DM zunahm. Im Rückgang des Teilbetriebsergebnisses aus dem laufenden Geschäft (siehe Tabelle) sieht Kazmierzak keinen negativen Akzent, weil dies ausschließlich mit einer überwiegend aus Zukunftsinvestitionen resultierenden Kostensteigerung zusammenhängt.

Vom Gesamtertrag gehen wieder 25 Mill. DM in die offenen Rücklagen, und 25,9 Mill. DM werden als unverändert fünfprozentige Dividende an die Eigner gezahlt, die 1985 als „Bonbon" nach jahrelangem Verzicht auf eine Ausschüttung eine Kapitalerhöhung um 25 Mill. DM aus der Auflösung von Rücklagen erhielten. Dem Fiskus zeigt die Bank mit 120 Mill. DM Steuern, davon 12 Mill. DM aperiodisch, gern, wie Kazmierzak sagte, daß sie nach Jahren der Dürre wieder ein guter Steuerzahler ist.

Mehr als lästigen Tribut forderte die Risikovorsorge; hier mußte die HeLaBa für die DAL abermals einen wesentlichen Betrag aufwenden. Bei der weiter aufgestockten Absicherung der Risiken in Problemländern (rund 1 Mrd. DM) liegt die HeLaBa nach Einschätzung des Vorstands beim Vergleich mit anderen großen Banken inzwischen im oberen Drittel. Insgesamt charakterisiert Kazmierzak den '85er Abschluß so: Zufriedenstellende Ergebnisse bei mäßigem Wachstum und einer gewissen qualitativen Umstrukturierung der Bilanz.

Als Indiz der Umstrukturierung wertet der Vorstand die Erhöhung des vom langfristigen Geschäft (plus 3,5 Prozent) getragenen Kreditvolumens (plus 2,8 Prozent) zu Lasten des Interbankgeschäfts (minus 5,1 Prozent). Das Kommunalkreditgeschäft brachte ein vierprozentiges Plus. Am Geschäft mit „Finanzinnovationen" beteiligte sich die HeLaBa inzwischen mit der Emission einer halben Milliarde Zerobonds, die überwiegend im Ausland plaziert wurden.

Hessische Landesbank incl. LBS	1985	±%
Bilanzsumme (Mill. DM)	66 923	+ 0,8
Eigenkapital	1 341	+ 1,9
in % d. Bilanzsumme	2,00	(1,98)
Gelder von Banken	16 891	- 8,6
Gelder von Kunden	5 774	+ 6,2
Eigene Schuldverschr.	28 331	+ 3,9
Forder. an Banken	15 839	- 1,4
Kundenkredite	30 858	+ 2,4
Festverzinsl. Papiere	4 892	- 4,6
Teilbetriebsergeb.[1]	278	- 5,4
a. o. Ergebnis[2]	106	- 32,1
Gewinn v. EEV-Steuern	121	+ 36,0
Jahresüberschuß	51	+ 2,0

[1] Zins- u. Provisionsüberschuß abzügl. Personal- u. Sachaufwand sowie Normalabschreibungen auf Sachanlagen. [2] Abschreibungen u. Wertberichtigungen auf Kredite und Wertpapiere sowie sonstige Aufwendungen abzügl. Saldo aus sonstigen a. o. Erträgen (darunter Eigenhandelsgewinne u. aufgelöste Rückstellungen).

KRAUSS-MAFFEI / Der Vorstand stellt sich auf eine weitere Durststrecke von mindestens vier Jahren ein

Die neuen Eigentümer müssen noch viel Geld geben

DANKWARD SEITZ, München

Daß die Münchner Krauss-Maffei AG trotz ihrer meist nur vielbeachteten Sparte „Panzerbau" nicht gerade eine Perle der deutschen Industrie war – von 1976 bis 1984 wurde per saldo lediglich ein Jahresergebnis von 5,8 Mill. DM vor Ergebnisabführung an die Flick-Gruppe erwirtschaftet –, war hinlänglich bekannt. Doch die neben Buderus neuen Anteilseigner (seit August 1985 Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung, MBB, Diehl, Dresdner und Deutsche Bank sowie Bayerische Vereinsbank) haben sich wohl nicht träumen lassen, daß sie dieses Engagement in den nächsten Jahren zusätzlich zum (unbekannten) Kaufpreis viel Geld kosten, aber keine Dividende bringen wird.

Mindestens für die nächsten vier Jahre müssen sich alle Aktionäre – die 3,6 Prozent freien erhalten nur noch für 1986 die Garantiedividende von 15 DM – darauf einstellen, leer auszugehen. Diese Frist hat sich der *neue Vorstandsvorsitzende* Burkhard Wollschläger selbst gesetzt, wenn er meint, eine Wende „noch innerhalb meiner Vertragsdauer" erreichen zu wollen. Und daß die Aktionäre erst einmal stärker zur Kasse gebeten werden dürften, kann aus dem Eigenkapitalvergleich Wollschlägers zu anderen Unternehmen geschlossen werden. Während diese auf eine Eigenkapitalquote von etwa 25 bis 40 Prozent kommen, sind dies bei Krauss-Maffei gerade bescheidene 7,9 Prozent.

Bezogen auf die derzeitige Bilanzsumme würde dies bedeuten, daß Krauss-Maffei mindestens 112 Mill. DM an neuem Kapital zugeführt bekommen müßte. Ein erster Schritt dahin ist die vorgesehene Schaffung eines genehmigten Kapitals von 8,125 Mill. DM durch die Hauptversammlung am 20. Juni. Ausgenutzt werden soll dies, so Wollschläger, „so schnell wie möglich".

In den nächsten Jahren wird es „insgesamt erheblicher Anstrengungen" bedürfen, wie Wollschläger meint, damit Krauss-Maffei „Wasser unter den Kiel bekommt". Vorrangigstes Ziel ist es dabei, die zivilen Sparten „schleunigst" auszubauen und „nachhaltig" in die schwarzen Zahlen zu bringen. Hier konnten 1985 weder der Bereich Kunststofftechnik (*Umsatz plus 19 Prozent auf* 280 Mill. DM), noch die Verfahrenstechnik (minus vier Prozent auf 79 Mill. DM) und die Verkehrstechnik (plus 67 Prozent auf 69 Mill. DM) befriedigende Ergebnisse erzielen. Die Betriebsverluste wollte Wollschläger nicht nennen, deutete aber an, daß man von der Höhe „etwas überrascht" war. Wachstumschancen für die Zukunft sieht Wollschläger neben der Erschließung von Exportmärkten hier vor allem in der Verfahrenstechnik und dem Kunststoffmaschinenbau.

Wobei aber die einst viel gepriesenen Synergie-Effekte mit den neuen Anteilseignern nur „sehr begrenzt" seien. Vielmehr müsse man sich „auf sich selbst besinnen und um das eigene Wohl kämpfen". Und dazu hat Wollschläger einen umfangreichen Maßnahmenkatalog erarbeitet: auftragsbezogene Produktion, Halbierung der Bestände, höhere Eigenfertigung, Optimierung des Materialflusses, Personalabbau (vor allem in der Verwaltung) um 250 bis 300 Mitarbeitern sowie eine „erhebliche" Kostenreduzierung – allein 1986 um 30 Mill. DM.

Diese umfangreiche Aktivierung von Reserven im Zivilgeschäft ist nach Ansicht von Wollschläger umso dringender, weil zumindest in den nächsten beiden Jahren die Wehrtechhnik *stark zurückgehen wird.* 1985 konnte der Umsatz hier zwar noch auf 1,54 Mrd. DM gehalten werden, doch fiel der Auftragseingang um 35 Prozent auf 859 Mill. DM. Wenn die letzten Kampfpanzer „Leopard 2" im März 1987 ausgeliefert seien, stehe man vor einer längeren Lücke.

Auf jeden Fall, so Wollschläger, wird es 1986 „sehr schwer fallen und aller Anstrengungen bedürfen", bei einem AG-Umsatz von etwa 1,7 Mrd. DM ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen. In den ersten vier Monaten stieg der Gruppenumsatz gegenüber der Vorjahreszeit um 11,7 Prozent auf 679 Mill. DM, dabei in der Wehrtechnik um 9,1 Prozent auf 547 Mill. DM und im zivilen Bereich um 23,4 Prozent auf 132 Mill. DM. Der Auftragseingang fiel dagegen um 25,9 Prozent auf 363 Mill. DM aufgrund der Wehrtechnik (minus 46,5 Prozent auf 191 Mill. DM), während im Zivilprogramm ein Plus von 29,3 Prozent auf 172 Mill. *erreicht wurde.*

Krauss-Maffei	1985	±%
Gruppe		
Umsatz (Mill. DM)	2 000	+ 3,6
Auftragseingang	1 285	- 31,2
Mitarbeiter[1]	5 108	+ 3,4
AG		
Umsatz	1 768	+ 4,8
dav. Ausland	858	+ 9,6
Auftragseingang	951	- 45,7
Auftragsbestand	1 692	- 34,9
Mitarbeiter[1]	4 776	+ 2,5
Sachinvestitionen	29,6	+ 0,7
Abschreibungen	29,7	+ 9,6
Bilanzsumme	659,9	- 8,1
Grundkapital	16,3	unver.
Eigenkapital	52,3	unver.
Jahresergebnis[2]	0,1	- 97,8

[1] im Jahresdurchschnitt; [2] vor Ergebnisabführung, die 1985 entfällt nach 4,4 Mill. DM im Vorjahr.

DETEWE

Die Ziele sind erreicht worden

tb. Berlin

Die gute Konjunktur in der Elektroindustrie *hat auch der Deutsche* Telephonwerke und Kabelindustrie AG (DeTeWe), Berlin, im Geschäftsjahr 1985 weiteres Wachstum gebracht. Zwar waren die Zuwachsraten im wichtigsten Produktbereich der DeTeWe, der Vermittlungstechnik für öffentliche und private Netze, nicht so stürmisch wie in anderen Sektoren, doch die Unternehmensziele wurden erreicht, heißt es im Geschäftsbericht 1985.

Und für die Zukunft ist man recht zuversichtlich. Da sich die Branche an der Schwelle zum universellen, digitalen Kommunikationsnetz befinde, werde sich künftig eine breite Angebotspalette neuer Dienste und Anwendungen für den Nachrichten- und Datenaustausch über Telefon, Bildschirm, Teletex und Computer erschließen.

Der Umsatz nahm 1985 um 2 Prozent auf 564 (Vorjahr: 551) Mill. DM zu; der Auftragseingang erhöhte sich um 3 Prozent auf 559 (545) Mill. DM. Gestützt wurde das Wachstum von der Binnenkonjunktur und beruhte auf Nachbestellungen der Bundespost in konventioneller Technik sowie dem Ausbau des privaten Geschäfts. *Im Dezember wurde* in Bremen die erste digitale Fernvermittlung übergeben – ein weiteres Vermittlungsamt mit fast 8400 digitalen Anschlüssen wird in Regensburg gebaut. Investiert wurden 26 (20) Mill. DM mit Schwerpunkt in Berlin. Die Zahl der Mitarbeiter betrug im Durchschnitt 4864 (4903).

Es wird ein Jahresüberschuß von 10,8 Mill. DM ausgewiesen. Die Aktionäre sollen eine unveränderte Dividende von 18 Prozent erhalten. Am Kapital von 30 Mill. DM ist die Bergmann-Elektricitäts-Werke AG, Berlin, mehrheitlich beteiligt. Hauptversammlung ist am 26. Juni in Berlin.

Die Tochtergesellschaft Francotyp Postalia Gmbh, Berlin und Offenbach, hat den Umsatz 1985 um 6 Prozent auf 91 Mill. DM gesteigert, der Auftragseingang nahm um 8 Prozent auf 93 Mill. DM zu. Das Unternehmen beschäftigt 733 Mitarbeiter.

Aus dem Konkurs an die Börse

nl. Stuttgart

Mit der Antriebstechnik G. Bauknecht AG (ATB), Welzheim/Württ., eine der nach der Insolvenz des früheren Stuttgarter Hausgeräte- und Elektromotoren-Konzerns vor fast vier Jahren entstandenen Nachfolgegesellschaften, wird nunmehr zum ersten Mal ein Unternehmen aus dem Konkurs heraus an die Börse geführt: Ein Bankenkonsortium unter Federführung der Dresdner Bank und Mit*führung der Deutschen Bank bietet* in der Zeit vom 15. bis 20. Mai dieses Jahres 10,2 Mill. DM Inhaber-Stammaktien der ATB zum Kauf an. Der Kaufpreis der ATB-Aktie, die mit zwei Drittel Gewinnanteilberechtigung für 1986 ausgestattet ist, wurde auf 105 DM je 50-DM-Aktie *festgelegt.*

Die weiteren 6,8 Mill. DM Inhaber-Stammaktien des 17 Mill. DM betragenden ATB-Grundkapitals werden zu gleichen Bedingungen bei Daueranlegern (darunter die Versicherungsgesellschaften Victoria sowie Aachener und Münchener, ferner die Dresdner Bank) direkt plaziert. Die rund 35 Mill. DM aus der Aktienplazierung fließen in die Konkursmasse der G. Bauknecht GmbH i. K., deren Konkursverwalter Volker Grub zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der ATB ist.

Die ATB, ein Unternehmen mit hoher Innovationskraft und großer Tradition auf dem Gebiete des Elektro*motorenbaus, wobei der* Schwerpunkt in der Produktion maßgeschneiderter Motoren liegt, hatte ihren Umsatz in 1985 um 7 Prozent auf knapp 160 Mill. DM gesteigert. Der Exportanteil erreichte 22 Prozent. Der Gewinn (vor Ertragssteuern) verbesserte sich auf 4,6 (4,1) Mill. DM, der Cash-flow (vor Steuern) stieg auf 11,4 (9,2) Mill. DM. Für das laufende Jahr, im ersten Quartal stieg der Umsatz um knapp 12 Prozent, rechnet die ATB mit einem Ergebnis, das die Ausschüttung einer Dividende von 7 Prozent ermöglicht. Investiert hat die ATB, die rund 1200 Mitarbeiter beschäftigt, im Berichtsjahr 5,5 (8,2) Mill. DM. Die Eigenkapitalquote erhöhte sich auf 51 (45) Prozent.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Berleburg: Metallbau Benfer GmbH, Bad Laasphe-Feudingen; **Bad Neuenahr:** *Wolfgang Reichel*, Oberwinter; **Betzdorf:** Guido Bingel, Mudersbach; **Bielefeld:** Mieterverein Bielefeld – Wohnungsbauges. mbH; Wohnbau Mieterverein Bielefeld – Wohnungsbauges. mbH & Co. KG; **Bochum:** Egon Puspas Metallwarenfabrik GmbH; **Brake:** MS „Biskaya" Reederei Lübben und Schöpe KG, Elsfleth; **Braunschweig:** KoBa Konv. Bauges. mbH; **Brilon:** Winterberger Hotel Management GmbH, Winterberg; **Bückeburg:** Karsten-Jörg Scheffler, Kaufm., Bad Eilsen; Nachl. d. Günther Scheffler, Bad Eilsen; **Celle:** Helmut Bialas, Maurermeister, Scheuen; Greve KG, Tief- u. Straßenbau, Winsen; **Dortmund:** Wilfried Oehrl, Fleischermeister; **Freudenstadt:** August Wöll KG, Empfingen; **Friedberg:** Technomed Medizin- u. Labortechnik GmbH & Co. KG, Bad Nauheim; **Gütersloh:** Gütersloher Beleuchtungskörperfabrik Hugo Lieder *GmbH*; **Hameln:** *Georg Salzborn*, Bad Münder; **Hannover:** Wulf Joswig, Laatzen; Jürgen Brumm; **Heilbronn:** Nachl. d. Günter Rudi Weiler; Udo Matthies, Bad Rappenau; **Herford:** KG u. Fa. Walter Schnelle, Bünde; **Hof:** Chemische Fabrik Marktredwitz AG; **Iserlohn:** Guralux Leuchten GmbH; **Kaiserslautern:** CARS Car Rental Service GmbH; Bauhaus Bauer & Partner GmbH; **Karlsruhe:** Franz Kaiser GmbH; Nachl. d. Otto Hermann Cassian; **Kiel:** Franz Weipert; **Köln:** Hildegard Hausotte GmbH & Co. KG; **Konstanz:** *Rolf Spanner, Malermeister*; **Lingen:** Ludwig Kopiersysteme Beteiligungsges. mbH; **Mannheim:** Heinrich Eberhard Schwarz KG; **Moers:** Nachl. d. Gerhard Jakob Gottfried Eichhorn; **Neunkirchen:** Bau- u. Möbelschreinerei Felix Wächter, Wellesweiler; **Osnabrück:** Ferdinand Johannes Becklas, Bohmte 1; **Ravensburg:** Richard Belli GmbH & Co. KG, Isny; **Regensburg:** *Nachl. d. Franz Xaver Günzkofer*; **Saarbrücken:** Nachl. d. Wilhelmine Ottilie Komes geb. Stuckemeier; **Saarlouis:** Richard A. Leinen GmbH; **Stuttgart:** Nachl. d. Konrad Skwarski; **Vaihingen:** Alunorm – Bauelemente GmbH, Sachsenheim; **Vechta:** Evers Holzvertriebs GmbH; **Villingen:** Königsfelder Wohnbau GmbH, Königsfeld; **Wennigsen:** Atelier Schmidt Tapisserie-Werkstätten GmbH & Co. KG, Ronnenberg 3; **Wolfratshausen:** Peter Brockhaus GmbH, Eurasburg; **Wuppertal:** Nachl. d. Domenico Nicolis; **Zweibrücken:** *Richard Martin* Guth.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Braunschweig: Dieter Weiler + Partner GmbH; **Krefeld:** Konfektionsbetrieb Krefeld GmbH & Co. KG; **München:** Karl Thiemig Graphische Kunstanstalt u. Buchdruckerei AG.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Kaufhof im Großhandel

Düsseldorf (J. G.) – Auf ihren Wegen der Diversifikation außerhalb des reinen Warenhausgeschäfts kündigt die Kölner Kaufhof AG an, daß eine Großhandelsfirma für Textilien und Hartwaren gegründet werden soll. Zur Beratung wurde Heinz Heger, vormals Vorstandsvorsitzender der Kaufring e. G., Düsseldorf, unter Vertrag *genommen.*

Thüga erhöht Kapital

München (VWD) – Die Thüringer Gas AG, München, will der HV am 4. Juli die Erhöhung des Grundkapitals gegen Bareinlagen um 30 Mill. auf 150 Mill. DM vorschlagen. Die neuen Aktien, die ab 1. Oktober gewinnberechtigt sind, werden im Verhältnis vier zu eins zum Preis von 100 DM je Aktie angeboten.

Optionsscheine

Kornwestheim (nl.) – Die Verwaltung der Salamander AG, Kornwestheim, schlägt der HV am 28. Juni die *Schaffung eines neuen genehmigten* Kapitals von 10 Mill. DM sowie eines bedingten Kapitals von 12 Mill. DM vor. Das bedingte Kapital soll zur Ausgabe einer Optionsschuldverschreibung in Höhe von 40 Mill. DM herangezogen werden.

Gelsenwasser: 6,50 DM

Gelsenkirchen (dpa/VWD) – Die Gelsenwasser AG, Gelsenkirchen, größter privatwirtschaftlich geführter Wasserversorger der Bundesrepublik, will aus dem Bilanzgewinn 1985 von *16,25 Mill. DM 6,50 DM Dividen*de je Aktie zahlen. Wie das Unternehmen mitteilte, wird damit die Vorjahresausschüttung von 13 Prozent auf das Grundkapital von 125 Mill. DM *wiederholt. Hauptaktionäre sind die* Veba AG, die Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW) und die Kommunen im Konzessionsgebiet mit jeweils rund einem Viertel sowie die Flachglas AG mit zehn Prozent.

Dyckerhoff kürzt

Wiesbaden (VWD) – Der HV der Dyckerhoff AG, Wiesbaden, am 1. Juli wird für das Geschäftsjahr 1985 die Verteilung einer um 2 auf 4 DM gekürzten Dividende vorgeschlagen. Der Konzernumsatz ist im vergangenen *Jahr um 15,1 Prozent auf 797,4* Mill. DM zurückgegangen.

ANT mit Ates

Stuttgart (nl.) – Die mehrheitlich der Bosch-Gruppe zuzurechnende ANT Nachrichtentechnik GmbH, Backnang, die u. a. mit Satelliten- und Mobilfunksystemen einem Umsatz von über 1 Mrd. DM erzielt, kooperiert mit der französischen Firma Alcatel Espace (Ates). Vertraglich vereinbart wurde die Zusammenarbeit in der Forschung und Entwick*lung sowie bei der Fertigung und Er*probung von Satelliten.

Sonderdividende

Nürnberg (VWD) – Die Aktionäre der in der Triumph-Adler AG aufgegangenen Adlerwerke AG, Frankfurt, erhalten für das Geschäftsjahr 1985 eine Dividende in Höhe von 16 DM je 50-DM-Aktie (HV am 8. Juli). Die rund zwei Prozent freien Aktionäre der Adlerwerke erhalten neben der Dividende noch die gerichtlich festgelegte Ausgleichszahlung in Höhe von *12 DM für das Geschäftsjahr* 1985 aufgrund des seit Juli 1980 bestehenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages zwischen TA und den Adlerwerken.

AUDI / Habbel: „Es wird schwerfallen, Anschluß an das Rekordjahr 1985 zu halten"

Mehr als das Grundkapital verdient

DANKWARD SEITZ, München

Mit einer guten Auslastung ihrer beiden Werke in Ingolstadt und Neckarsulm möchte die Audi AG, Ingolstadt, im Geschäftsjahr 1986 „mit *Anstand ein* gutes Ergebnis erreichen". Vorstandsvorsitzender Wolfgang R. Habbel versteht darunter einen Umsatz von „sauberen 10 Mrd. DM" bei einem Absatz von rund 400 000 Pkw.

Doch wird es „schwerfallen", dieses Ziel zu erreichen. Denn zum einen steht für den Herbst ein Modellwechsel beim „Audi 80" an. Zum anderen rechnet er wegen der stärker werdenden Konkurrenz auf den europäischen Märkten mit einem Absatzrückgang, der aber bei unverändert „sehr gutem" *US-Geschäft* von dem deutlich besseren Inlandsabsatz mehr als ausgeglichen werden dürfte.

In den ersten drei Monaten 1986 befand sich Audi, so Habbel, „auf einem recht ordentlichen Weg, obwohl nicht alles erreicht worden ist". Im Vergleich zur Vorjahreszeit fiel der Umsatz um rund 200 Mill. auf 2,4 Mrd. DM; die Produktion nahm um 9700 auf 102 000 Stück und der Absatz um etwa 4000 auf 88 400 Pkw ab. Zu einem ganz erheblichen Teil seien diese Rückgänge allerdings auf die niedrigere Zahl von Arbeitstagen zurückzuführen. Ein „deutliches" Zulassungsplus sei dabei dennoch im Inland erzielt worden.

Vor allem aber wird es Audi nach Ansicht von Habbel 1986 „sehr, sehr schwerfallen", an das Ertragsniveau des vergangenen Jahres heranzukommen. Es war das „Rekordjahr in der Firmengeschichte". Zum Ausdruck kommt dies nicht nur in dem deutlich besseren Jahresergebnis, sondern auch darin, daß mit einem Gewinn von etwa 67 (58) DM je Aktie erheblich mehr als das gesamte Grundkapital verdient worden ist. Dabei erfor*derte die Produktionsausweitung die* Neueinstellung von fast 1000 neuen Mitarbeitern, wodurch unter anderem die Personalkosten auf 2,1 (1,9) Mrd. DM stiegen.

Die Zurückhaltung Habbels hinsichtlich einer Ertragsprognose erklärt sich aber wohl vor allem dadurch, daß Audi mit dem Mutterkonzern VW übereingekommen ist, seit Anfang 1986 das bisher praktizierte Innenumsatzverhältnis aufzugeben und zugunsten einer „saubereren" Umsatzdarstellung auf ein Außenumsatzverhältnis umgestellt hat. Neben bilanztechnischen Auswirkungen wird Audi dies vor allem im Export*geschäft zu spüren bekommen* – positiv wie negativ. Denn künftig wird jede Wechselkursveränderung die Audi-Ertragsrechnung beeinflussen.

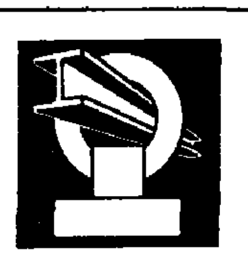
Unglücklicherweise kommt diese Vereinbarung nun in einer Phase des Dollar-Rückgangs. Zwar kann Audi, so Habbel, mit einem Dollarkurs von um 2,30 DM „zufrieden" sein, doch winken vorerst wenigstens keine „windfall-profits" wie noch 1985. *Und* immerhin bedeuten schon 10 Pfennige Kursveränderung pro Dollar aufs Jahr gerechnet eine Ergebnisveränderung von 110 Mill. DM. Wäre also diese Abrechnungsumstellung mit *VW schon Anfang 1985 erfolgt – allein* in die USA wurden 74 061 (71 206) Audis geliefert –, hätte die VW-Tochter schätzungsweise ein Ergebnis vor Steuern von rund 1 Mrd. DM ausweisen können. Daher nimmt es nicht wunder, daß VW auf eine Abführung *des Jahresüberschusses verzichten* und ihn zur Substanzstärkung in Ingolstadt belassen konnte.

Habbel bezeichnete dies aber unter dem Aspekt als „sinnvoll", weil Audi 1986 und 1987 ein Investitionsprogramm von je etwa 1 Mrd. DM „aus *eigener Kraft" finanzieren müsse.* Dies sei eine „ganz normale" Notwendigkeit, um Unternehmen und Produkte auf neuestem Stand zu halten.

Audi	1985	±%
Umsatz (Mill. DM)	9 611	+ 10,1
Pkw-Produktion[1]	392 052	+ 5,3
Audi-Absatz	371 048	+ 2,5
dav. im Ausland	233 861	+ 9,4
Inland	137 187	- 7,5
Mitarbeiter[2]	36 393	+ 2,8
Sachinvestitionen	938	+ 89,4
Sachabschreibungen	509	- 4,7
Cashflow[3]	795	- 1,3
Bilanzsumme	3 463	+ 11,2
Grundkapital	215	(215)
Jahresergebnis[4]	234	+ 20,5
Gewinnabführ. an VW	-	(148)
Jahresüberschuß	221	(37)
Rücklagendotierung	221	(37)

[1] einschl. 33 440 (27 674) Porsche 924/944; [2] zum Jahresende; [3] Jahresergebnis + Anl.-Abschr. u. Abgänge – Zuschreibungen ± Veränd. d. Pensionsrückst. ± Veränd. d. Eigenkapitalanteile am Sonderp. m. Rücklagenanteil; [4] vor Steuern und vor Ergebnisabführung sowie Veränd. d. Rücklagen.





Peine+Salzgitter

Ihr Partner für Stahl

Bilanz zum 30.9.1985

(Kurzfassung)	TDM
Aktiva	
Sachanlagen	944.661
Finanzanlagen	101.687
Anlagevermögen	1.046.348
Vorräte	519.117
Forderungen	504.229
Flüssige Mittel	2.064
Umlaufvermögen	1.025.410
Rechnungsabgrenzungsposten	1.675
Bilanzverlust	51.439
	2.124.872
Passiva	
Grundkapital	312.000
Offene Rücklagen	443.563
Sonderposten aus Investitionszulagen	65.428
Eigenkapital	820.991
Langfristige Rückstellungen	544.211
Langfristige Verbindlichkeiten	286.040
Übrige Verbindlichkeiten	473.630
Fremdkapital	1.303.881
	2.124.872

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1.10.1984 bis zum 30.9.1985

(Kurzfassung)	TDM
Umsatzerlöse	2.972.346
Bestandsveränderungen bei Erzeugnissen	+ 7.622
Andere aktivierte Eigenleistungen	19.764
Gesamtleistung	2.999.732
Materialaufwendungen und Wareneinsatz	1.724.657
Rohertrag	1.275.075
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen und Beteiligungen	16.338
Zinserträge	11.525
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	55.440
Übrige Erträge	258.308
	1.616.686
Personalaufwendungen	837.189
Abschreibungen auf Sachanlagen	314.062
Zinsaufwendungen	24.655
Steuern	8.390
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	3.801
Übrige Aufwendungen	335.575
Jahresüberschuß	+ 93.014
Verlustvortrag aus dem Vorjahr	− 144.453
Bilanzverlust	− 51.439

Stahlwerke Peine-Salzgitter AG

Der vollständige Jahresabschluß für das Geschäftsjahr 1984/85 ist mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers versehen und wird demnächst im Bundesanzeiger veröffentlicht.



Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit für Donnerstag, den 26. Juni 1986, 10.00 Uhr, zur

ordentlichen Hauptversammlung

eingeladen. Die Hauptversammlung findet in diesem Jahr nicht im Rheinsaal, sondern **im Congress-Saal des Congress-Centrums Ost der Kölner Messe**, Haupteingang Osthallen, Köln-Deutz, statt.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses vom 31. Dezember 1985, des Geschäftsberichts des Vorstands und des Berichts des Aufsichtsrats über das Geschäftsjahr 1985. Vorlage des Konzernabschlusses vom 31. Dezember 1985 und des Konzerngeschäftsberichts des Vorstands für das Geschäftsjahr 1985.

2. Verwendung des Bilanzgewinns

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Bilanzgewinn von DM 57 240 000,– zur Ausschüttung einer Dividende von DM 9,– je Aktie im Nennbetrag von DM 50,–auf das Grundkapital von DM 318 000 000,– zu verwenden.

3. Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen Entlastung vor.

4. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1986

Der Aufsichtsrat schlägt die Treuhand-Vereinigung AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft, Frankfurt am Main, als Abschlußprüfer vor.

Die Aktionäre, die an der Hauptversammlung teilnehmen und ihr Stimmrecht ausüben wollen, haben ihre Aktien bis spätestens Freitag, den 20. Juni 1986, zu hinterlegen und bis zum Schluß der Hauptversammlung im Sperrdepot zu belassen

Wir bitten, die Bescheinigung über die Hinterlegung bis spätestens Montag, den 23. Juni 1986, bei der Gesellschaft einzureichen.

Hinterlegungsstellen sind neben den Wertpapiersammelbanken und Notaren sowie neben der Gesellschaftskasse in Köln-Deutz, Deutz-Mülheimer Straße 111, die nachstehend aufgeführten Banken:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft, Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft, Dresdner Bank Aktiengesellschaft, Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft, Commerzbank Aktiengesellschaft, Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft, Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie., Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Bankhaus J.H. Stein, Berliner Bank Aktiengesellschaft, Trinkaus & Burkhardt, Westdeutsche Landesbank Girozentrale, Westfalenbank Aktiengesellschaft, Société Générale, Frankreich, Société Générale Alsacienne de Banque, Frankreich, Banque Bruxelles Lambert, Belgien, Société Générale de Banque S.A., Belgien

Der Hinterlegung wird auch dadurch genügt, daß die Aktien für eine dieser Hinterlegungsstellen *mit deren Zustimmung bei einer anderen Bank* bis zur Beendigung der Hauptversammlung im Sperrdepot gehalten werden.

Köln, im April 1986 Der Vorstand





BILANZ 1985

Am 18 März 1986 billigte die Gesellschafterversammlung unter Vorsitz von Herrn Prof. Remo Cacciafesta die Bilanz des Geschäftsjahres 1985 und den Geschäftsbericht. Die wichtigsten Bilanzzahlen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

		Veraend. %
VERWALTETE MITTEL	**17.212 MIO. DM**	+ 9,0
Kundeneinlagen	9.639 MIO. DM	+ 1,1
Anleihen und Pfandbriefe im Umlauf	2.068 MIO. DM	+ 2,3
Sonstige Mittel	2.769 MIO. DM	+ 38,3
Eigenmittel und verschiedene Rückstellungen	2.735 MIO. DM	+ 22,2
AUSLEIHUNGEN UND ANLAGEN	**15.349 MIO. DM**	+ 4,8
BILANZGEWINN	**97 MIO. DM**	+ 59,3

REPRÄSENTANZ FÜR DEUTSCHLAND
6000 FRANKFURT AM MAIN, WESTENDSTR. 9
TEL. (069) 746053 - TELEX 416064 CRROM D

Deutsche Texaco AG Hamburg



Wertpapier-Kenn-Nummer 550 900

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der am Donnerstag, 26. Juni 1986, 12.00 Uhr, in unserem Hause, Überseering 40, Hamburg 60, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

eingeladen.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1985 mit den Berichten des Vorstands und des Aufsichtsrats
Vorlage des Teilkonzern-Abschlusses und des Teilkonzern-Geschäftsberichts für das Geschäftsjahr 1985
2. Beschlußfassung über die Gewinnverwendung
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats
4. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1986

Weitere Einzelheiten bitten wir, der im Bundesanzeiger Nr. 87 vom 14. Mai 1986 veröffentlichten Einladung zu entnehmen.

Hamburg, im Mai 1986 Der Vorstand



Rütgerswerke Aktiengesellschaft,

Frankfurt am Main,
Wertpapier-Kenn-Nummer 707 200 –

Aufforderung zur Entgegennahme neuer Gewinnanteilscheinbogen

Neue Gewinnanteilscheinbogen, enthaltend die Gewinnanteilscheine Nr. 41–60 und Erneuerungsschein, werden

vom 26. Mai 1986 an

ausgegeben.

Wir bitten hiermit die Inhaber der Aktien unserer Gesellschaft, die neuen Gewinnanteilscheinbogen gegen Einreichung des *Erneuerungsscheins bei einer Niederlassung der nachstehend* genannten Banken in Frankfurt am Main, Berlin, Düsseldorf, Hamburg, München oder Saarbrücken kostenfrei entgegenzunehmen:

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bank für Handel und Industrie AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
CSFB-Effectenbank AG
Dresdner Bank AG
Georg Hauck & Sohn Bankiers KGaA
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Deutsche Bank Saar AG

Die Depotbanken werden gebeten, die Erneuerungsscheine nach Nennbeträgen und Nummernfolge geordnet mit einem Verzeichnis in dreifacher Ausfertigung bei einer der vorgenannten Banken einzureichen.

Aktionäre, deren Aktien bei einem Kreditinstitut verwahrt werden, haben wegen Entgegennahme der neuen Gewinnanteilscheinbogen nichts zu veranlassen.

Frankfurt am Main, im Mai 1986 **Der Vorstand**

Rütgers

Rütgerswerke AG

Frankfurt am Main

Wertpapier-Kenn-Nrn. 707 200 und 707 201

Wir gestatten uns, die Aktionäre unserer Gesellschaft für Donnerstag, den 26. Juni 1986, 10.30 Uhr

zur

ordentlichen Hauptversammlung

in den Großen Saal der Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, Junghofstraße 11, einzuladen.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses der Rütgerswerke AG und des Konzernabschlusses, des Geschäftsberichts und Konzerngeschäftsberichts sowie des Berichts des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1985.
2. Beschlußfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns *für das Geschäftsjahr* 1985.
3. Entlastung der Mitglieder des Vorstands für das Geschäftsjahr 1985.
4. Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1985.
5. Wahlen zum Aufsichtsrat.
6. Ermächtigung zur Erhöhung des Grundkapitals (genehmigtes Kapital) und Satzungsänderung.
7. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1986.

Teilnahme

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am 19. Juni 1986 bei einer unserer Hinterlegungsstellen bis zur Beendigung der Hauptversammlung ordnungsgemäß hinterlegen.

Die Veröffentlichung des vollen Wortlauts unserer Tagesordnung und der Einzelheiten über die Teilnahmebedingungen mit *Bekanntgabe der Hinterlegungsstellen* erfolgt im Bundesanzeiger Nr. 87 und in der Börsen-Zeitung Nr. 90 vom 14. Mai 1986.

Frankfurt am Main, 29. April 1986 **Der Vorstand**

Aktien teilweise erholt

Kaufaufträge aus dem Ausland sorgten für Umschwung

DW. – Nach Eröffnung zu Kursen, die teilweise unter denen des Vortages lagen, setzten auf ermäßigter Basis vorsichtige Käufe ein. Dabei zeigte sich, daß zu den niedrigen Kursen das Angebot minimal war. An der anschließenden Kurserhöhung, die sich auf breiter Front vollzog, waren maßgeblich Kaufaufträge von Ausländern beteiligt. Es gab aber auch Kaufaufträge inländischer institutioneller Anleger, die der Meinung sind, daß eine etwaige Niederlage der Regierung Albrecht in Niedersachsen in den Kursen bereits eskomptiert ist.

Im Gegensatz zum Vortag haben wirtschaftliche Fakten bei den Anlageerwägungen wieder eine Rolle gespielt. So sorgten die positiven Verwaltungserklärungen bei Henkel für einen kleinen Kursgewinn. Großchemiewerte lagen ebenfalls teilweise etwas höher als am Vortag. Massive Anlagekäufe waren bei Mannesmann zu beobachten. Sie brachten den Kurs ebenfalls leicht nach oben. Uneinheitlich blieb die Situation noch am Markt für Bankaktien. Doch auch hier setzten im Verlaufe Rückkäufe ein, doch längst nicht alle Werte konnten die anfangs eingetretenen Rückschläge wieder ausgleichen. Deutliche Nachfrage bestand nach Papieren der Dresdner Bank. Dies wird mit der bevorstehenden Hauptversammlung begründet. Trotz der belastenden Kernkraftdebatte stabilisierte sich auch der Siemens-Kurs. Von den Versorgungswerten konnten sich RWE etwas erholen, da feststehen dürfte, daß es rechtlich keine Handhabe gibt, die Unternehmen zur Abschaltung ihrer Kernkraftwerke zu veranlassen.

Frankfurt: Binding gaben um 16 DM und Pfaff um 8 DM nach. Bremer Vulkan wurden um 15 DM zurückgenommen. Aesculap lagen um 20 DM fester. Dyckerhoff St. zogen um 10 DM an.

Düsseldorf: Bilfinger büßten 10 DM und DAB 5 DM ein. Dyckerhoff VA stiegen um 6 DM. Heinrich verbilligten sich um 10 DM. Keramag verloren 2 DM. Leffers ermäßigten sich um 15 DM.

Hamburg: Beiersdorf gaben um 8 DM und HEW um 6,50 DM nach. Bremer Vulkan verloren 3 DM und Holsten Brauerei 9 DM. Phoenix Gummi erhöhten um 2 DM und Triton um 1 DM.

Berlin: Schering konnten 11 DM, Springer 6 DM und Berliner Elektro 3 DM zulegen. Rheinmetall St. schwächten sich um 19 DM und Engelhardt um 15 DM ab. Berliner Kindl lagen um 7,50 DM und Orenstein um 7 DM niedriger.

München: Aigner erhöhten um 5 DM, Flachglas um 4 DM und Hochtief um 6 DM. Nachgegeben haben Agrob St. um 10 DM und Audi um 13 DM. Binding verminderten um 15 DM und Cassella um 40 DM.

Stuttgart: Kolbenschmidt konnten sich leicht um 5,50 DM bessern. Boss legten 10 DM zu. Zeag Zement waren um 7 DM ermäßigt. Fuchs waren um 8,50 DM gedrückt.

Nachbörse: im Verlauf erholt

WELT-Aktienindex: 276,96 (275,97)
WELT-Umsatzindex: 5257 (5206)
Advance-decline-Zahl: 182 (49)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf | Frankfurt | Hamburg | München | Aktien-Umsätze

[illegible]

Inland

		13.5.	12.5.
H	Aach M Batt. 10	2450	2470
H	Aach. M. Vers. 7	1650	1750B
D	Aach. Rück. 9	3190	3200
D	Aeeag *4	460T	460T
M	Ack-Gögg. 6	142bG	142
H	Adca 5	184	177
D	Adler 9	325G	320G
F	AEG 0	331,1	326
D	AEG KABEL 9	485bG	485bG
S	Aesculap 9	440TB	450TB
F	AGAB 5	138	138
D	Agrippina *0	3900	3799

[illegible]

Freiverkehr

[illegible]

Ungeregelt. Freiverkehr

[illegible]

Unnotierte Werte

[illegible]

Ausland in DM

[illegible]

Ausland

Amsterdam

[illegible]

Brüssel

[illegible]

Hongkong

[illegible]

Kopenhagen

[illegible]

London

[illegible]

Luxemburg

[illegible]

Madrid

[illegible]

Mailand

[illegible]

New York

[illegible]

Oslo

[illegible]

Paris

[illegible]

Johannesburg

[illegible]

Stockholm

[illegible]

Singapur

[illegible]

Sydney

[illegible]

Tokio

	13.5.	12.5.
Fuji Bank	1470	1490
Fuji Photo	2270	2260
Hitachi	880	881
Honda	1150	1160
Ikegai Iron	420	440
Kansai El. P.	2440	2450
Kao Soap	1450	1460
Kirin Brewery	1270	1270
Komatsu	477	480
Kubota Iron	348	346
Matsushita El. Ind.	1480	1480
Matsushita El. Wks.	1370	1380
Minolta Camera	827	836
Mitsubishi El.	350	354
Mitsubishi H. I.	376	385
Nikko Sec.	990	1030

Toronto

	13.5.	12.5.
Massey Ferguson	3,6	3,5
Moore Corp.	34,375	34,5
Noranda Mines	18,375	18,5
Norcen Energy Res.	12,25	11,625
Northgate Expl.	–	4,65
Northern Telecom.	41,375	41,375
Nova An Alberta "A"	4,85	4,8
Nu West Group	0,32	0,34
Oakwood Petrol	–	3,9
Placer Development	22,75	22,5
Provigo Inc.	19,75	19,75
Ranger Oil	6,5	5,375
Revenue Properties	–	–
Rio Algom	23,125	23
Royal Bk. of Can.	32,875	32,75
Seagram	79,75	79,5

Wien

[illegible]

Zürich

	13.5.	12.5.
Sandoz Part.	1900	1950
Art. A. Saurer	230	238
Schw. Bankges.	5640	5790
Schw. Bankverein	576	582
Schw. Kredit. A. Inh.	3760	3810
Schw. Rückv. Inh.	18400	19150
Schw. Volksb. Inh.	2620	2660
Sika -B-	3900	4000
Gebr. Sulzer Part.	630	630
Swissair	1750	1740
dgl. NA	1500	1520
Winterthur Inh.	7500	7700
Winterthur Part.	6440	6500
Zür. Vers. Inh.	8450	8725
Index: Schw. Kred.	–	544,10

Inlandszertifikate

[illegible]

Auslandszertifikate

[illegible]

Optionshandel

[illegible]

WELT-Aktien-Indizes

Chemiewerte: 163,02 (161,54); Elektrowerte: 296,35 (297,15); Autowerte: 761,56 (756,82); Maschinenbau: 164,19 (162,87), Versorgungsaktien: 168,99 (169,11); Banken: 408,35 (408,11); Warenhäuser: 140,16 (139,21); Bauwirtschaft: 484,46 (489,70); Konsumgüterindustrie: 160,35 (161,34); Versicherung: 1526,29 (1520,48); Stahlpapiere: 161,68 (160,53).

Kursgewinner (Frankfurt):

Brauerei Moninger	200,00	+20,00	+11,1%
Hartmann NA	440,00	+40,00	+10,0%
Westafr. Vict.	71,00	+6,00	+9,2%
Hann. Oberp. St.	449,00	+29,00	+6,9%
Maingas	232,00	+12,00	+5,4%
Rheinmetall	400,00	+20,00	+5,2%
Wella Vz.	795,00	+40,00	+5,2%
Dyckerh. Ze. St.	225,00	+10,00	+4,6%
Aesculap	672,00	+20,00	+4,4%
BHF-Bank	520,00	+20,00	+4,0%

Kursverlierer (Frankfurt):

Bremer Vulkan	124,00	-15,00	-10,7%
Farb. Liqu.	10,00	-1,00	-9,0%
Heinrich Ind.	720,00	-60,00	-7,6%
Gas Kaisersl.	320,00	-25,00	-7,2%
Girmes	177,00	-13,00	-6,8%
Buckau	135,00	-10,00	-6,8%
VGT	250,00	-18,00	-6,7%
Gerling NA kl.	640,00	-45,00	-6,5%
Herlitz Vz.	153,00	-9,00	-5,5%
Erika	350,00	-20,00	-5,4%

Junge Aktien

Berlin: Hermes 750G, Kötitzer 1850T, VAB 2900T. **Düsseldorf:** BASF 269, Bayer 280, BHF 492, Contigas 375, Dresdner Bk. 415, IWK 255T, KSB St. 190T, KSB Vz. 175, Linde 690T, Nixdorf 571, Salamander 330, VEW 158. **Frankfurt:** Ach 65,5, Allweiler St. 270G, Allweiler Vz. 219, BASF 269,5, Bayer 280, BHF 495T, Commerzbk. 307, Contigas 376, Contigummi 215, Dresdner Bk. 421,5, Hoechst 279, IWK 270, KSB St. 215bG, KSB Vz. 183T, Linde 680, Magdeburger Feuer NA 760B, Magdeburger Feuer 1800G, Nixdorf 581, Pfaff 200T, Röntgens 390bG, Salamander 333, Schering 515, VEW 158, Wella 765, Ymos Vz. 190. **Hamburg:** Doag 446, Schering 510. **München:** BASF 270bG, Bayer 279bG, Br. Wolk. 290B, Contigas 360T, Dresdner Bk. 418, Kaufhof 410G, Knürr 335bG, Linde 680bG, Nixdorf 562bG, Stumpf 140TB, VAB 2850B, VEW 153, Wanderer 755bB.

Bezugsrechte: Frankfurt: Bay. Hypo 23,20, Hoechst 0,25, Swissair –, **Stuttgart:** Württ. Feuer 215.

Devisenmärkte

In Anbetracht der Tatsache, daß US-Finanzminister Baker vor dem Kongreß zu der aktuellen Wechselkurs- und Handelssituation wohl Stellung nehmen wird, dauerte die reservierte Haltung an den Devisenmärkten am 13. Mai an. Der Dollar schloß in New York bei 2,166 und erreichte seinen Topkurs mit 2,18. Die Notiz wurde mit 2,174 ermittelt. In den USA lagen die Einzelhandelsumsätze im April um 0,5 Prozent höher. Das Ergebnis war nicht schlecht, blieb aber unter den Erwartungen. Der Yen fiel gegen DM um 0,5 Prozent auf 134,30 zurück. Es gab Glattstellungen, als man den Eindruck gewann, daß die Japaner sich wieder stärker gegen eine weitere Aufwertung ihrer Währung [illegible]n würden. Die übrigen Währungen verbuchten meist [illegible] Gewinne gegen DM. US-Dollar in: Amsterdam 2,4525; B[illegible] 44,44; Paris 6,932; Mailand 1493,40; Wien 15,274; Zürich 1,[illegible]; Ir. Pfund/DM 3,045, Pfund/Dollar 1,5469; Pfund/DM 3,363.

Devisen und Sorten

13.5.1986	Disk.-satz	Frankf. Geld	Devis. Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Verkauf
New York[1]	6,50	2,17	2,178	2,1582	2,15	2,23
London[2]	12,0	3,356	3,370	3,313	3,29	3,44
Dublin[2]	12,8	3,038	3,052	3,004	2,97	3,12
Montreal[1]	8,97	1,574	1,582	1,5542	1,53	1,63
Amsterd.	4,50	88,705	88,925	88,475	87,75	89,50
Zürich	4,00	120,67	120,87	120,81	119,50	122,25
Brüssel	8,75	4,889	4,909	4,854	4,77	4,97
Paris	9,50	31,325	31,485	31,17	30,50	32,25
Kopenh.	7,00	26,99	27,11	26,835	26,25	28,00
Oslo	8,00	29,22	29,34	28,57	28,50	31,25
Stockh.	8,00	30,85	31,01	30,38	30,00	31,75
Mailand[3]**	13,0	1,452	1,462	1,4285	1,40	1,50
Wien	4,00	14,209	14,249	14,205	14,13	14,35
Madrid	8,00	1,568	1,578	1,54	1,52	1,64
Lissabon**	17,5	1,485	1,505	1,43	1,25	1,90
Tokio	3,50	1,3415	1,3445	–	1,31	1,37
Helsinki	8,00	43,75	43,95	43,12	42,75	44,75
La Valetta*	–	–	–	–	5,55	6,10
Nikosia*	–	–	–	–	4,20	4,90
Athen* **	20,5	1,563	1,617	–	1,20	1,90
Ankara*	3,50	–	–	–	0,26	0,50
Sydney*	–	1,5855	1,6045	–	1,52	1,67
Johannbg.*	11,0	1,008	1,042	–	0,75	1,00
Hongkong *	–	27,75	28,01	–	26,50	30,50

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Renten weiter unter Druck

Bei den öffentlichen Anleihen hielten die kursdrückenden Abgaben, teilweise aus dem Ausland stammend, noch an. Langläufer gaben um weitere 1,50 Prozentpunkte nach. Erst auf dieser Basis nahmen kurspflegende Stellen Material auf. Bei den Bundesobligationen beginnt sich dagegen der Markt von selbst zu tragen. Unter Druck blieb noch der Pfandbriefmarkt. Papiere mit 10jährigen Laufzeiten wurden im Großgeschäft zu Renditen um 6,85 bis 6,88 Prozent genannt, fünfjährige Laufzeiten zu 5,90 bis 5,95 Prozent.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

F	7 dgl. 77	2/87	101,8	101,85G
F	6 dgl. 77	9/87	101,3	101,3
F	6 dgl. 78 II	7/88	102,35	102,4
F	6½ dgl. 77	5/89	103,4	103,4
F	8 dgl. 79 I	7/89	107,8	107,8
F	6 dgl. 78 I	2/90	101,8	102,3
F	8 dgl. 80 II	7/90	108,35G	108,85
F	9 dgl. 81	3/91	113	113,5G
F	10½ dgl. 81	9/91	120,5	121,3G
F	10½ dgl. 81	11/1	120G	120,8G
F	8 dgl. 80 I	2/92	109,9	110,4
F	10 dgl. 82	2/92	119,45G	119,95
F	9½ dgl. 82	7/92	118G	118,4
F	8 dgl. 82	11/92	110,1G	110,5
F	7½ dgl. 83	1/95	107,7	107,9
F	8¼ dgl. 83	10/95	111,5	112,5

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Warenpreise – Termine

Gut behauptet schlossen am Montag die Goldnotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer gingen Silber und Kupfer aus dem Markt. Um das Limit niedriger notierte Kaffee. Aufschläge in allen Sichten verbuchte Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	12.5.	9.5.
Mai	342,50	351,00
Juli	279,80	288,50
Sept.	280,80	291,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)
Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	281,31	285,16
Am. Durum	279,60	281,01

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Mai	109,50	109,50
Juli	112,00	112,80
Okt.	112,00	114,20

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Mai	82,50	84,00
Juli	80,80	82,50
Okt.	80,20	82,50

HAFER Chicago (c/bush)

Mai	111,50	118,50

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

	12.5.	9.5.
	25,50	25,50

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk

	18,50	18,25

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Mai	17,55	17,90
Juli	17,82	18,20
Aug.	17,95	18,37
Sept.	17,95	18,40
Okt.	17,95	18,41
Dez.	18,35	18,75
Jan.	18,48	18,85

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb)
Mississippi-Tal fob Werk

	16,50	16,50

SCHMALZ Chicago (c/lb)

Devisenterminmarkt

Am 13. 5. befestigten sich die US-Dollar-Depots um 0,063 Prozent. Im Terminmarkt kam es zu vergrößerten Abschlägen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,51-0,41	1,34-1,24	2,73-2,53
Pfund/Dollar	0,44-0,42	1,20-1,17	2,19-2,14
Pfund/DM	2,40-1,00	5,40-4,00	9,60-8,20
FF/DM	16-p	29-13	52-36

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 13.5.: Tagesgeld 4,25-4,35 Prozent; Monatsgeld 4,50-4,65 Prozent; Dreimonatsgeld 4,45-4,60 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,60 Prozent, 6 Mon. 4,60 Prozent.
Privatdiskontsätze am 13.5.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 13.5.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 13.5.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6⅞-7⅛	4½-4⅝	4⅛-4⅜
3 Monate	6¾-7	4⅜-4⅝	4⅛-4⅜
6 Monate	6⅞-7⅛	4⅜-4⅝	4-4¼
12 Monate	6⅞-7¼	4½-4¾	4-4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 13.5. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,00; Verkauf 18,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 15,50; Verkauf 18,50 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 13.5. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	980,00	1299,60
5 US-Dollar (Indian)**	640,00	791,80
5 US-Dollar (Liberty)	370,00	502,90
1 £ Sovereign alt	182,00	230,28
1 £ Sovereign Elizabeth II.	170,00	216,60
20 belgische Franken	138,50	184,11
10 Rubel Tscherwonez	185,50	238,83
2 südafrikanische Rand	164,75	209,48
Krüger Rand, neu	737,78	880,94
Maple Leaf	755,75	901,46
Platin Noble Man	955,00	1105,86
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	219,00	278,16
20 schweiz. Franken „Vreneli"	159,50	210,33
20 franz. Franken „Napoléon"	163,75	215,18
100 österr. Kronen (Neuprägung)	704,50	858,99
20 österr. Kronen (Neuprägung)	140,25	182,69
10 österr. Kronen (Neuprägung)	72,00	99,18
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	326,75	406,70
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	75,75	109,60

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/5 (Typ A) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,74) – 5,00 (4,14) – 5,50 (4,46) – 6,50 (4,82) – 7,50 (5,21). Ausgabe 1986/6 (Typ B) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,75) – 5,00 (4,16) – 5,50 (4,50) – 6,50 (4,89) – 7,50 (5,32) – 8,00 (5,70). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,50, 2 Jahre 4,25. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50, Kurs 99,60, Rendite 5,59.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 13.5.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	57,48	6,25
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	110,456	6,25
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	58,74	6,00
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	42,74	6,20
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,25	6,38
Commerzbank	100,00	4.8.00	40,65	6,55
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	133,50	9,20
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	109,75	5,50
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	80,13	5,50
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	55,96	6,50
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	111,27	6,50
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	52,10	6,56
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	57,78	6,25
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	41,23	6,51
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,29	6,35
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	29,02	6,68
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	28,91	6,58
SGZ-Bank 060	100,00	12.6.95	57,80	6,22
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,35	6,40
WestLB 601	100,00	2.5.00	unerh.	unerh
WestLB 605	100,00	1.6.01	37,65	6,71
WestLB 602	100,00	3.10.05	unerh.	unerh
WestLB 500	126,86	16.2.89	111,55	4,79
WestLB 501	137,01	16.2.90	113,05	5,26
WestLB 503	115,76	3.10.88	104,05	4,59
WestLB 504	141,85	1.10.91	106,50	5,52
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	10,20
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	64,125	8,06
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	58,00	9,94
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	61,50	8,82
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	61,50	8,73
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.95	59,80	8,11
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	50,75	9,14
Penney (A+)	100,00	17.2.94	50,875	9,09
Sears (AA)	100,00	27.5.94	51,625	8,56
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	50,75	8,76
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	50,25	8,12

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca. % (Vortag)		Emissionspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,55	(4,55)	100,5	101,3	102,3	103,2	104,2	105,1
2	4,95	(4,81)	100,1	101,8	103,6	105,5	107,4	109,2
3	5,25	(5,15)	99,30	101,8	104,5	107,2	109,9	112,6
4	5,55	(5,45)	97,75	101,2	104,7	108,2	111,7	115,2
5	5,90	(5,65)	95,80	100,4	104,2	108,5	112,7	116,9
6	6,05	(5,85)	94,35	99,75	104,2	109,1	114,0	118,9
7	6,32	(6,17)	92,20	98,25	103,2	108,7	114,2	119,7
8	6,52	(6,40)	90,20	96,25	102,3	108,4	114,4	120,5
9	6,78	(6,60)	87,70	94,25	101,5	107,4	114,0	120,5
10	6,82	(6,63)	86,45	95,50	101,3	107,6	114,7	121,7
15	7,03	(6,85)	80,75	89,80	99,75	107,9	117,0	126,0

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %).
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,660 (113,289)
Performance-Rentenindex: 241,457 (242,296)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	12. Mai	6,909-6,875
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	6,70
	60–270 Tage	6,00
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,70
	60 Tage	6,60
	90 Tage	6,55
Certificates of Deposit	1 Monat	6,50
	2 Monate	6,45
	3 Monate	6,45
	6 Monate	6,40
	12 Monate	6,50
US-Schatzwechsel	13 Wochen	6,07
	26 Wochen	6,10
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,70
	30 Jahre	7,44
US-Diskontsatz		6,50
US-Primerate		8,50
Geldmenge M1	2. Mai	648,6 Mrd. $ (+ 3,0 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)

Juni	136,50	137,15
Sept.	137,80	138,25

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52852

ECU

Euro-Yen

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

ITALIENISCHE WEINE / Vergiftete Trauben, vergiftetes Image

Die Regierung zieht strenge Konsequenzen aus dem „Anschlag auf den Wein"

Von GÜNTHER DEPAS

Der jüngste Methylalkohol-Skandal und die lange Liste der Toten, die der Konsum von mit Methylalkohol versetztem Wein verursacht hat, wird der italienischen Weinwirtschaft noch lange nachhängen. Das in den vergangenen Jahren aufgebaute *Qualitätsimage des italienischen* Weins und das Vertrauen, das immer zahlreichere Konsumenten und Weinfreunde den italienischen Kreszenzen weltweit entgegengebracht haben, geht daraus erschüttert hervor. Trotzdem darf hier ebensowenig wie in anderen Dingen das Kind mit dem *Bade ausgeschüttet werden. Eine* Handvoll Krimineller, die sich die durch einer EG-Anpassung zugunsten der Lack- und Farbenindustrie erforderlich gewordene Abschaffung der Methylalkohol-Steuer zunutze machten, ist kein Grund, um jetzt alle italienischen Weinproduzenten als *Fälscher und Panscher* über *einen* Kamm zu scheren.

Wenn aus dem jüngsten Methylalkohol-Skandal etwas Gutes destilliert werden kann, so ist es die Tatsache, daß jetzt die psychologischen Voraussetzungen geschaffen wurden, um in der italienischen Weinwirtschaft das Bewußtsein für solidere Verhältnisse in Produktion und Konsum einkehren zu lassen. Nach Schätzungen italienischer Weinexperten wird im laufenden Jahr im Inland der Weinabsatz um mindestens 11,8 Millionen Hektoliter oder 26 Prozent zurückgehen. Dabei wird erwartet, daß sich der Rückschlag bei den Qualitätsweinen und bei den Weinen, hinter denen anerkannte Großkellereien stehen, in engeren Grenzen halten wird. Dagegen dürfte sich der Absatz von offenen Tafelweinen um überdurchschnittlich 30 Prozent vermindern. Noch wesentlich stärker, um 32 Prozent oder 5,2 Millionen Hektoliter wird den Schätzungen zufolge die *Ausfuhr zurückgeben.*

Davon ausgehend, daß auf dem italienischen Inlandsmarkt der Weinumsatz im vergangenen Jahr ungefähr 4500 Milliarden Lire betrug, während der Ausfuhrwert bei etwas über 1500 Milliarden Lire lag, errechnen Weinexperten für 1986 einen Ausfall in Höhe von 1500 bis 2000 Milliarden Lire.

In einigen Fällen dürfte dieser Einbruch mit Sicherheit echte Existenzprobleme erzeugen. Das gilt vor allem für die kleineren und mittleren Kellereien, die ihr Exportgeschäft über Großhandelsunternehmen betreiben. Sie vor allem haben keine Möglichkeit, Ersatz für einen etwaigen Absprung ihrer Abnehmer zu schaffen. In Italien gibt es gegenwärtig etwa eine Viertelmillion Kellereien und 1,2 Millionen Winzer.

Weiter gute Chancen, auch im Ausland im *Geschäft zu bleiben*, haben dagegen jene Kellerei- und Genossenschaftsunternehmen, die über einen anerkannt guten Namen und eine gefestigte eigene Marke verfügen. Diese Großbetriebe werden jetzt Expertenerwartungen zufolge ihre Marktpositionen weiter ausbauen können.

Um Weinfälschungen in Zukunft zu erschweren, wenn nicht unmöglich zu machen, hat die italienische Regierung inzwischen eine Gesetzesverordnung erlassen, mit der unter anderem die Vermögensbeschlagnahme und das Berufsverbot für alle jene eingeführt wird, die in der Nahrungs- und Genußmittelerzeugung gesundheitsschädliche Stoffe verwenden. Gleichzeitig wurde das Fälscherdezernat des Agrarministeriums personell aufgestockt, und die Voraussetzung geschaffen, um die Kooperation zwischen den einzelnen Kontrollorganen auf Staatsebene (Agrar- und Gesundheitsministerium) und auf Regional- und Kommunalebene zu verbessern.

Darüber hinaus haben jetzt die Verbände der Weinwirtschaft die Forderung nach der Einführung des Weinkatasters erhoben. Damit wollen vor allem die Produzenten von Qualitätsweinen sicherstellen, daß in den vom Kataster erfaßten und kontrollierten Lagen nur die Menge an Wein erzeugt wird, die der Anbaufläche entspricht. Im Jahre 1985 produzierte Italien rund 63 Millionen Hektoliter Wein, wovon 61 Prozent auf Tafelweine entfielen, während sich der Rest aus Qualitäts- und Verschnittweinen zusammensetzte. Exportiert wurden 16,8 Millionen Hektoliter, sieben Prozent mehr als im Vorjahr. Davon gingen 64 Prozent in die Partnerländer der Gemeinschaft und beinahe 22 Prozent in die USA. Größter EG-Kunde war auch 1985 die Bundesrepublik Deutschland mit einem Anteil von 31,4 Prozent, gefolgt von Frankreich mit 20,5 Prozent. Während der Export nach Frankreich fast vollständig aus Verschnittweinen aus den südlichen italienischen Weinbauregionen besteht, setzt sich die Ausfuhr nach Deutschland neben Verschnittweinen vor allem aus Tafelweinen und aus *Qualitäts- oder DOC-Weinen* zusammen (1,2 Millionen hl). Von dem 1985 um 19 Prozent auf 1545 Milliarden Lire gestiegenen Ausfuhrwert entfielen 355 Milliarden Lire auf die Bundesrepublik und 282 Milliarden Lire auf Frankreich, während die USA mit 256 Milliarden Lire an der *Spitze standen.*

Darin spiegelt sich die Bedeutung wider, die die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren vor allem für die Ausfuhr italienischer Qualitätsweine angenommen haben und die jetzt verlorenzugehen droht, wenn es nicht gelingt, das angeschlagene Vertrauen zurückzugewinnen.

INSTITUT ZUR FÖRDERUNG DES AUSSENHANDELS / Sofort reagiert

„Der Jahrgang 1985 verspricht ein Jahrhundertwein zu werden"

Dem Italienischen Institut für Außenhandel ist es zu verdanken, daß der italienische Wein in der Bundesrepublik Deutschland ein ausgezeichnetes Image hat. Italienische Weine stellen mit 43 Prozent den größten Anteil am gesamten Weinimport. Mit dem Deutschland-Direktor des ICE, Alfonso Barbera, sprach H.-H. Holzamer.

WELT: Das Image des italienischen Weines ist gestört. Wie wird *das ICE reagieren?*

Barbera: Das ICE hat bereits und sofort reagiert. In Abstimmung mit den italienischen Behörden und italienischen und deutschen Verbänden wurde innerhalb kürzester Zeit eine großangelegte Informations- und Aufklärungskampagne entwickelt.

WELT: Verunsichert wurden insbesondere Konsumenten billiger italienischer Weine. Wird das ICE jetzt nur noch DOC-Weine empfehlen oder auch etwas für den „vino da tavola" tun?

Barbera: Es stimmt. Die Verunsicherung bezog sich ausschließlich auf Billigweine der untersten Preisklasse. Bei Qualitäts- und DOC-Weinen in der 0,7-Liter-Flasche hat sich sogar eine erhöhte Nachfrage abgezeichnet.

Dies bestätigt eigentlich klar unsere Meinung, daß Qualitätsweine aus Italien das Vertrauen der Weintrinker besitzen. Das ICE wird, wie auch schon vorher, die Tafelweine in seine Werbe- und Förderungskampagne miteinbeziehen, weil es sich auch bei diesen um hervorragende Produkte handelt.

WELT: Zur Zeit wird der italienische Wein zweimal geprüft. Einmal in Italien und einmal in der Bundesrepublik Deutschland. Halten Sie das für erforderlich?

Barbera: Zwei Kontrollen am italienischen Wein haben dazu geführt, daß italienischer Wein der sicherste der Welt ist. Wir verstehen, daß die deutschen Behörden auf Nummer sichergehen wollen, halten aber die zweite Kontrollanalyse nicht mehr für erforderlich.

WELT: Der Wein ist ein bedeutendes Exportprodukt. Wie sind die Ansichten für das laufende Jahr, und was kann man über den '85er Wein sagen?

Barbera: In der italienischen Wirtschaft spielen Weinerzeugung und -export eine bedeutende Rolle. Wir haben eine durchschnittliche Produktion von 75 Millionen hl und davon werden 18 Millionen exportiert. Die Bundesrepublik Deutschland hat über 4,5 Millionen hl im Wert von 500 Millionen Mark importiert.

Wir meinen, daß sich die Absatzchancen für Qualitätsweine wesentlich verbessern werden. Insbesondere auch deshalb, weil die Weine des Jahrgangs '85, die ja in diesem Jahr auf den Markt kommen, in der Beurteilung als „hervorragend" zu bezeichnen sind.

WELT: Welchen Anteil an der Güte des '85er Weines hat der Einsatz moderner Technologien?

Barbera: Italiens in der Weinproduktion gehört heute zu den modernsten und besten der Welt. Moderne Technologie ist so zu verstehen, daß die Eigenschaft des Weines als Naturprodukt immer besser geschützt wird und damit erhalten bleibt. Kommen nun beide Komponenten, nämlich ein herausragender Jahrgang '85 sowie die Anwendung modernster Technologie *zusammen, so kann man* davon ausgehen, daß sogar der berühmte Jahrgang '71 übertroffen wird. Experten sprechen schon heute von einem Jahrhundertwein.

Institut für Handels-, Lebensmittel-, pharmaz. Chemie und Technologie

Prof. Dr. Georg Kurz

Restaurant Rino Casati Ebertplatz 5000 Köln 1

Dipl.-Chem. Anna Kurz

Untersuchungsbericht

Soave Classico ... DOC

Beurteilung:

3 Ausfertigungen

Es gebe tatsächlich Gäste, wenn auch wenige, die bestellten nach Untersuchungsbericht und nicht nach Weinkarte, meint Rino Casati, Inhaber der Restaurants „Fontana di Trevi" am Ebertplatz in Köln. Und für sie wird jede Flasche geprüft. Das war schon immer Brauch bei Casati.

Es liegt wenig Trost im import-geschützten Vino

Ein Trost bleibt: Freunde italienischen Weines können heute gewiß sein, den „sichersten" Wein der Welt zu trinken. Er wird zweimal kontrolliert. Der Schock, den die Methyl-Alkohol-Vergiftungen auslösten, ging tiefer noch als beim vergleichsweise harmlosen Glykol der Österreicher. Tod durch Wein hat eine andere Qualität als Übelkeit. Und doch mischte sich *in die Aufgeregtheiten* hierzulande vieles, was mit echter Sorge um den Wein und seine Genießer wenig zu tun hatte. Eine lange Liste der beanstandeten Weine wurde publiziert, allgemein wurde vor „italienischem Wein" gewarnt. Und doch gab es nur zwei Abfüller, die zu Beanstandungen Anlaß gaben, einmal der mit der Betriebsnummer „R.I. 304/bz" mit 12 der 13 Weine und Giovanni Bianco mit dem Wein Barbera d'Asti Pippione. Ein Warnung vor der Abfüllung 304/bz und dem Pippione wäre von dem Verbraucher viel leichter zu befolgen gewesen als die lange Aufzählung der Billigweine mit ihren Phantasienamen.

Dies hätte allerdings erkennen lassen, daß die Spur des giftigen Alkohols gefunden ist und jedenfalls bei uns kanalisiert und gestoppt werden konnte. Es hätte auch verdeutlicht, daß der Skandal als Kern einen singulären kriminellen Akt hatte, der weder wein- noch italien-typisch ist. Pralinen oder Medikamente wurden auch schon in anderen Ländern vergiftet, nur daß hier nicht Mordlust sondern Gewinnsucht das Motiv war. Politisch wäre da indes bei einer solchen Akzentuierung nicht viel rauszuholen gewesen, weder für den deutschen Winzer noch für einen Minister, der sich bei allgegenwärtigem Prügelbezug auch *einmal* profilieren möchte.

Derzeit sind die Wein-Schleusen faktisch dicht. Importeure, die sich auf italienischen Wein spezialisierten, stehen vor dem Ruin, obwohl gerade sie dem italienischen Qualitätswein zum Siegeszug in Deutschland verhalfen und nie im Traume einen „Burgschoppen" oder eine „Gletschersonne" in ihr Sortiment aufgenommen hätten. Ob die Doppel-Kontrollen, die ihnen zu schaffen machen, mit den Gesetzen des europäischen Binnenmarktes zu vereinbaren oder verbotener Protektionismus sind, ist ein Streitpunkt, den die beiden Fachminister Pandolfi und Kiechle nicht zu lösen vermochten. Das Cassis-de-Dijon-Urteil des Europäischen Gerichtshofs weist jedenfalls in die *Richtung, daß die deutschen Behörden* die Kontrollergebnisse ihrer italienischen Kollegen nicht so ohne weiteres in den Papierkorb werfen dürfen.

H.-H. HOLZAMER

IGNAZ KIECHLE / Panschereien sind ihm zuwider

Er kann darüber nur mit beiden Augen weinen

Die Empörung klingt bei Ignaz Kiechle nicht aufgesetzt. Weinpanschereien, gleich wo sie stattfinden, sind dem deutschen Landwirtschaftminister zuwider. Ob er nicht doch einen Skandal im Ausland als deutscher Minister anders beurteile? Kiechles Antwort ist eindeutig: „Vom Vorgang her kann ich darüber nur mit beiden Augen weinen."

Wie schon ein Jahr zuvor in Österreich, so hätten jetzt auch in Italien skrupellose Elemente einen ganzen, an sich fleißigen Berufsstand nicht nur um sein Ansehen, sondern in eine geradezu katastrophale Situation gebracht. Man könne diese Leute nicht genügend bestrafen. „Wenn es nach mir ginge, dürften die nie wieder mit Wein in Berührung kommen, abgesehen von der Strafe, die sie für ihr Verhalten ohnehin verdient haben", sagte der Landwirtschaftsminister in einem Gespräch mit der WELT.

Ihm geht es jetzt darum, den entstandenen Schaden zu beheben und die Folgen einzugrenzen. „Ich fürchte, daß dies eine längere Zeit dauern wird", sagte er, da es immerhin Tote gegeben habe. Es gehe nicht nur um eine potentielle Gefährdung, sondern hier sei eben buchstäblich ein Verbrechen verübt worden. Natürlich müsse auch er den Verbrauchern raten, während einer Übergangsphase größere Vorsicht walten zu lassen.

Ob die in Italien eingeführten Kontrollen nicht reichen? Immerhin habe doch der italienische Landwirtschaftsminister erklärt, daß man nun allen Tätern auf die Spur gekommen sei und sie auch hinter Schloß und Riegel gebracht hätte. Es werde doch jeder Wein, der von Italien exportiert wird, kontrolliert, um den Schaden zu begrenzen. Reiche dies nicht? Ignaz Kiechle macht klar, daß in einer Phase, *in der es noch eine gewisse* Unsicherheit gibt, die in Italien erfaßten Weine noch einmal lückenlos kontrolliert werden müßten. Zwar würden in der Regel amtliche oder amtlich kontrollierte Zertifikate gegenseitig anerkannt, daran sollte sich auch nichts ändern. „Aber in diesem Fall können wir nur auf Nummer sicher gehen."

Andererseits habe das Gesundheitsministerium, das zuständig ist und auch die Grenzkontrollen veranlaßt hat, darauf hingewirkt, daß auch die Weine, die vor dieser Vorsichtsmaßnahme nach Deutschland kamen, genauso untersucht würden. Aufgefordert sei jeder Händler, jeder Gastronom, jede Verteilungs- und Verkaufsstelle, anhand der Listen zu prüfen, ob sie über entsprechende Weine verfügen.





Ignaz Kiechle, Filippo Pandolfi, ein Skandal, zwei Meinungen

„Ich werde jede dieser Kontrollmaßnahmen unterstützen, ohne gleich in Hysterie zu verfallen, ohne etwa zu sagen, man dürfe überhaupt keinen italienischen Wein mehr trinken", betonte der deutsche Landwirtschaftsminister.

Den Vorwurf aus Italien, bei den deutschen Maßnahmen handele es *sich eigentlich um ein in der Europäi*schen Gemeinschaft nicht erlaubtes Handelshemmnis, läßt Kiechle nicht gelten: „Nein, unter keinen Umständen", sagt er. „Wir wollen auch eine solche Situation, wie sie jetzt in Italien eingetreten ist, nicht in diesem Sinne ausnutzen. Ich fände das nicht fair", betont er. „Aber die Italiener müssen akzeptieren, daß wir mit unseren Kontrollen eine Gegensicherung, jedenfalls für einen Zeitraum, in dem es noch Gefahren geben kann, aufbauen und beibehalten."

Befürchte er nicht, daß solche Skandale, wie jetzt in Italien und im letzten Jahr in Österreich und auch in der Bundesrepublik seien Fälle vorgekommen, in denen die Verbraucher getäuscht wurden, den Weinabsatz insgesamt drückten. „Ich befürchte das sehr", sagt Kiechle. Betroffen seien vor allem die großen Hersteller und auch die größeren Verkaufsketten.

Dagegen sei der Direktabsatz von den Winzern an die Verbraucher weniger tangiert, in manchen Fällen sogar verstärkt worden. Hier spiele die persönliche Vertrauensbasis eine große Rolle. Aber dies könne niemals das große Handelsgeschäft ersetzen. Die Tendenz zur Zurückhaltung werde durch den italienischen Weinskandal noch verstärkt.

„Ich bedauere das sehr. Wein ist ja normalerweise ein Gottesgeschenk." Man sollte weniger darauf aus sein, alles mögliche „zu veschönern und zu verbessern, sondern sich wieder mehr an den alten Grundsatz ‚in vino veritas' halten". Es werde auch Mischweine geben. Aber diese müßten künftig stärker kontrolliert werden als die naturbelassenen.

HANS-JÜRGEN MAHNKE

FILIPPO MARIA PANDOLFI / Besser durch Kataster

Er verlangt stärkere Kooperation in der EG

Darüber, was aus italienischer Sicht getan werden kann, um auf EG-Ebene den Weinfälschern einen Riegel vorzuschieben, sprach Günther Depas mit dem italienischen Landwirtschaftsminister Filippo Maria Pandolfi.

Pandolfi: *Zunächst muß ich einmal* unterstreichen, daß die Weinfälschung mit Methylalkohol eine Episode ohne ihresgleichen in der italienischen und internationalen Kriminalgeschichte darstellt. Das heißt, daß wir bis heute wohl mit Weinfälschungen zu tun hatten, die aber alle den Handel betrafen und für die Gesundheit ungefährlich waren. Tatsache ist, daß auch in dieser Hinsicht ein krimineller Qualitätssprung erfolgte und die Kontroll- und Verfolgungsbehörden daraus die Konsequenzen ziehen müssen, indem sie auf nationaler und EG-Ebene angemessene und wirksame Gegenmaßnahmen ergreifen. An unsere Gemeinschaftspartner richten wir vor allem die Forderung, ihre einschlägigen nationalen Gesetzgebungen zu harmonisieren und die Kontrollen sowohl auf Produktions- als auch auf Verbrauchsebene zu verschärfen, um auf diese Weise die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen und gleichzeitig die Qualität der Produkte zu garantieren. Ich verlange keine EG-Polizei, wohl aber eine EG-Kooperation die so weitgehend und so effizient wie möglich sein muß.

WELT: Was unternimmt die italie*nische Regierung um das Phäno*men der Fälschungen zu begrenzen und die Kontrollen zu verschärfen?

Pandolfi: Das Phänomen ist eingegrenzt, datiert, quantifiziert. In nur zwei Wochen, vom 18. März bis zum 2. April wurde die Bande ausgehoben und verhaftet, die Methylalkohol an die Weinfälscher geliefert hat. Auch die Weinfälscher selbst wurden identifiziert, ihre Firmeninhaber sitzen im Gefängnis. Es wurde die genaue Menge von Methylalkohol festgestellt, der für die Fälschungen benutzt wurde: 2621 Doppelzentner. Es wurde auch festgestellt, in welcher Zeit sich diese kriminelle Aktivität abgespielt hat: Vom 12. Dezember 1985 bis zum 10. März 1986. Die Schnelligkeit und die Effizienz, mit denen den Fälschern das Handwerk gelegt wurde, sind voll der Zusammenarbeit zwischen den Ermittlungsbehörden und den Kontrollstellen des Landwirtschafts- und des Gesundheitsministeriums zu verdanken. Die Gesetze zur Abwehr von Fälschungen sind bei uns vorhanden. Es geht nur darum, sie zu verbessern.

WELT: Wie sind Weinfälschungen möglich bei den Weinüberschüssen, unter denen Italien seit Jahren leidet?

Pandolfi: Das Problem der hohen Hektarerträge haben wir auch auf EG-Ebene angegangen, da es nicht nur Italien betrifft. Wir selbst bemühen uns, die Produzenten davon ab*zubringen, ihre Hektarerträge immer* mehr zu erhöhen. Dabei haben wir auch durchaus Erfolg. Das geht auch daraus hervor, daß die italienische Weinproduktion zwischen den Jahren 1983/84 und 1984/85 nicht nur aus saisonalen Gründen von 82 auf 71 Millionen Hektoliter zurückgegangen ist, und 1985/86 wahrscheinlich weiter auf 65 Millionen Hektoliter sinken wird. Gleichzeitig haben wir die Absicht eine Aktion zu starten, um der Qualität in Produktion und Konsum den Vorrang zu geben und damit eine echte „Weinkultur" zu fördern.

WELT: Wie weit ist das Weinkataster, und was bedeutet dieses für den Rebanbau?

Pandolfi: Das Weinkataster stellt eines der wichtigsten Kontroll- und Bewertungsinstrumente dar, die in dem neuen Weinwirtschaftsplan vorgesehen sind, der noch vor Ende des Jahres verabschiedet werden wird. Das Weinkataster wird es gestatten die Entwicklung der Rebflächen nach Art und Anbauprovinz zu kontrollieren, die Merkmale des Rebanbaus zu bewerten, das Alter der Reben festzustellen, die Neuanpflanzungen zu registrieren, die Bestimmung der Rebpflanzen zu beaufsichtigen. Wir bestehen darauf, daß der EG-Ministerrat den dazu von der Kommission ausgearbeiteten Textentwurf so schnell wie möglich prüft. Wir verlangen von der Gemeinschaft keine bedeutenden Beiträge, sondern werden dafür finanziell weitgehend mit eigenen Mitteln aufkommen.

WELT: Wäre es nicht auch notwendig, Weinproben obligatorisch zu machen?

Pandolfi: Das geht leider nicht. Kein Land macht es; und es wäre auch keine Lösung. Man kann nicht einen Kellereitechniker hinter jeden Weinproduzenten stellen, ebenso wenig wie einen Polizisten hinter jeden Staatsbürger. Was wir dagegen tun müssen, ist, die ehrlichen Weinproduzenten, das heißt die überwiegende Mehrheit, für *die Vorbeugung* und die Überwachung zu gewinnen. Schließlich ist das für die Produzenten eine Frage der Selbstverteidigung. Denn für die Sünden der Unehrlichen müssen auch die Ehrlichen geradestehen.

WELT: Wie kann man die Kooperation zwischen den einzelnen Kontrollorganen auf regionaler und staatlicher Ebene verbessern.

Pandolfi: Es reicht nicht das Tätigwerden von Ministerien und Regionalverwaltungen. Notwendig ist auch die Arbeit der gerichtlichen Ermittlungsbehörden, die in diesem Fall sehr wirksam eingegriffen haben. Wenn die Aktivität krimineller Banden über Provinz- und Regionalgrenzen hinausgeht, so wird die Zusammenarbeit und die Koordinierung der Verfolgungsbehörden immer wichtiger und kann nur von der Zentrale aus erfolgen, das heißt von den Ministerien. In dieser Hinsicht hat die Bildung der Regionen Übergangsprobleme geschaffen und das Kontrollsystem insgesamt geschwächt. Auch um das zu korrigieren, haben wir den erwähnten Erlaß verabschiedet.

ITALIENISCHE KÜCHE

Die Preise sind stabil geblieben

Die *italienische Küche* ist eng verbunden mit Kultur und Wein und war bislang immer einer der besten Botschafter Italiens.

Anfang der 60er Jahre kamen die ersten italienischen Gastarbeiter zu uns, um mehr Geld zu verdienen, als ihnen in einigen südlichen Provinzen möglich war. *Dabei* haben sie ihre Eß- und Trinkkultur zunächst einmal aufgeben müssen, um sich von einer – für ihr Empfinden – derben Kost zu ernähren, die ganz anders als gewohnt war.

Es dauerte nicht lange, bis sie die ersten Restaurants und Pizzerias eröffneten. Die *im Gastland* angebotenen Lebensmittel und Zutaten waren ihnen jedoch nicht typisch genug, *und so fingen sie an, zunächst in* kleinsten Mengen und im Kofferraum die ihnen bekannten Marken und die schmackhafteren original italienischen Lebensmittel selbst zu importieren.

In ihren Restaurants servierten sie dann auch den deutschen Italien-Urlaubern bekannte Qualitätsweine wie Soave Bolla, Bardolino und Valpolicella vom Gardasee, und den Chianti in Bastflaschen, um damit die geliebte romantische Urlaubsstimmung von „bella Italia" zu vermitteln.

Aus diesen Anfängen vor *mehr* als 20 Jahren erwuchs ein heute nicht mehr wegzudenkender Gastronomiezweig, der hierzulande Freunde und hohe Anerkennung gefunden hat.

Ein wesentlicher Begleiter war immer der italienische Wein. Nur beide zusammen, das Essen und der Wein, brachten das Erfolgserlebnis, hat doch Italien wie kein anderes Land so unendlich viel an unterschiedlicher Weinkultur und Geschmacksrichtungen zu bieten.

Ende der 60er Jahre schuf man ein neues Weingesetz, um die besseren Qualitäten zu fördern und für den Verbraucher sichtbar zu machen. Der D. O. C.-Wein (Denominazione di Origine Controllata) war geboren, ein Pendant zur Appellation contrôlée der Franzosen.

Der Import und die Vermarktung von Qualitätsweinen sind seitdem im deutschen Markt nicht mehr wegzudenken und brachten größte Zuwachsraten im Absatz.

Der Wein-Fachhandel war weiterer wesentlicher Träger für den Absatz von italienischen Qualitätsweinen, auch von oft noch unbekannten Bezeichnungen wie Vino Nobile de Montepulciano, Brunello di Montalcino, Pinot Grigio, Frascati und andere.

Die Italiener deckten darüber hinaus auch ein Preissegment ab, das durch die Franzosen nicht besetzt werden *konnte*. Hervorragende, säurearme, trockene und fruchtige Weiß- und Rotweine waren zwischen 6 und 8 Mark zu haben. Und ihre Preise konnten sich dank steigender Mark bis heute mehr oder weniger halten.

Wenig Säure und gute Bekömmlichkeit haben den Verbraucher begeistert; leicht, frisch und fruchtig ist die neue Richtung, für die es keine Alternative im Qualität/Preis-Vergleich im europäischen Ausland gibt.

JÜRGEN PIEHL

LEBENSMITTEL

Wie Verbraucher vor Schaden bewahrt wurden

Man kann mit ziemlicher Sicherheit davon ausgehen, daß im organisierten Lebensmittelhandel keine Sorte Wein aus Italien steht, welche nicht zwei- und dreifach nachuntersucht wurde.

Beim Bundesgesundheitsministerium in Bonn werden alle Beanstandungen registriert. Bis zur Stunde sind überhaupt nur Weine aus zwei Kellereien in Italien gefunden worden, nämlich weißer Perlwein (Frizzantino) und weißer Tafelwein, beide in 2,0-Liter-Flaschen unter verschiedenen Etiketten. Diese Großflaschen tragen alle die Abfüllnummer 304/BZ *und die Bezeichnung* Vinexport oder Ma. Gi. To., Egna.

Dann wurde ein Rotwein Barbera d'Asti in 1,5-Liter-Flaschen gefunden. Dieser Wein kommt von einer Firma Giovanni Bianco, Castiglione Lanze.

Auf der Liste des Gesundheitsministeriums erscheinen insgesamt zwölf Weine, *aber dabei handelt* es sich in zehn Fällen um Doppelnennungen der 2,0-Liter-Flaschen von Abfüllnummer 304/BZ.

Der Abfüller Vinexport beziehungsweise Ma. Gi. To., Egna, hatte seine Lieferungen nach Deutschland bereits am 1. April 1986 direkt bei seinen Abnehmern in Deutschland zurückgerufen und veranlaßt, daß diese Weine nicht mehr verkauft werden dürfen.

Weine von anderen Kellereien, die in Italien auf der *Liste* der „schwarzen Schafe" stehen, wurden bisher in Deutschland nicht gefunden.

Sogar bei den sogenannten Billigweinen in 2,0-Liter-Flaschen, vor denen grundsätzlich gewarnt wurde, ergaben sich keine Beanstandungen, immer mit den oben erwähnten Ausnahmen.

ROLF RAISS

WINZER UND HÄNDLER / Wir haben nichts zu verbergen. Doch was man tut, muß für den Wein getan werden

„Wein verdient Respekt, Seriosität"

WELT: Sie sind Weinproduzent. Sind Sie über das Geschehene besorgt?

Boffa: Selbstverständlich. Aber ich bin in erster Linie als Person, als Mensch und Bürger besorgt, weil Menschen sterben zu sehen immer sehr tragisch ist. Und als Weinproduzent bin ich besorgt, weil man Wein *herstellen wollte mit einer Substanz*, die absolut nichts mit Wein zu tun hat.

WELT: Ist der Begriff „Wein" denn nicht geschützt?

Boffa: Sicher; aber es ist doch bekannt, daß in der ganzen Welt und nicht nur in Italien Kriminelle existieren, *die die Justiz betrügen wollen*. Aber in diesem Fall handelt es sich nicht nur um einen Verstoß gegen das Gesetz, *sondern um Kriminalität*.

WELT: Der italienische Wein hat *eine tausendjährige Geschichte* und einen Qualitätsnamen. Muß man jetzt von vorne anfangen?

Boffa: Die Geschichte des italienischen Weines ist älter als 2000 Jahre, denn schon die Römer sprachen über die Weine, die die verschiedenen Regionen produzierten. Der italienische Wein ist nicht nur ein Getränk, er hat auch mit Kultur, Musik, Kunst und Küche zu tun. Der Wein ist ein wichtiger Kulturfaktor der Italiener. Er war immer mit Macht verbunden, und als solcher verdient er Respekt, Seriosität.

WELT: Sind die Gesetze streng genug?

Boffa: *Da Italien als Land des Rechtes* bekannt ist – denn wir haben genug Gesetze, die letztendlich gut sind, wenn diese Gesetze richtig angewandt werden –, kann der Verbraucher sicher sein. Die zuständigen Behörden machen sehr viele Kontrollen. Ich selbst und viele meiner Kollegen werden ständig kontrolliert, und ich bin froh darüber, weil ich weiß, daß ich nichts zu verbergen habe. Ich bin der Meinung, daß unsere Regierung alles in ihrer Macht Stehende getan hat, um die Produktion zu kontrollieren, daß also unsere *Legislation* ausreichend ist. Aber es ist notwendig, daß auch wir Produzenten den Behörden die Regelwidrigkeiten, die wir bemerken, melden – ohne Ängste.



Pio Boffa

WELT: Man spricht von mehr als 400 000 Firmen.

Boffa: Ich weiß nicht, wie viele es sind; auf jeden Fall viele, weil in Italien die Weinkultur sich vom Norden bis zum Süden ausdehnt.

WELT: Aber auch Ihre DOC-Weine, die nach Deutschland exportiert werden, sind starken Kontrol*len unterworfen*.

Boffa: Sicher. Und ich freue mich darüber, daß meine Weine von den Deutschen kontrolliert werden, sowie sie von den Amerikanern, den Australiern, den Japanern kontrolliert werden. Denn dieser Skandal – denn nur so kann man es nennen –, der das Ansehen der italienischen Weine getrübt hat, darf nicht verallgemeinert werden, denn nicht die ganze italienische Produktion ist inkriminiert worden.

WELT: Sind Ihre Geschäfte betroffen?

Boffa: In Deutschland sind wir nicht sehr stark vertreten. Wir produzieren Weine aus *Piemont*, aus dem Gebiet Alba. Meine Firma ist bekannt in Deutschland. Ich werde in die Bundesrepublik Deutschland reisen, um die Kontakte weiter zu vertiefen. Meine Weine – *wie die vieler Kollegen* – sind nicht betroffen.

WELT: Welchen Rat geben Sie dem deutschen Verbraucher?

Boffa: Wenn der deutsche Verbraucher sich bisher auf eine bestimmte italienische Qualitätstradition mit dem richtigen Preis, dem richtigen Image, einem hohen Bekanntheitsgrad und mit einer Geschichte, die von den Fachzeitschriften, den Gastronomen und den Fachhändlern angeboten wurde, verlassen konnte, sehe ich nicht den Grund, warum er es *heute nicht auch tun kann*.

WELT: Also Schluß mit dem Weineinkauf im Supermarkt?

Boffa: Nein, warum? Es gehört zu meiner eigenen Politik und zu der meiner Firma, keine Supermärkte zu beliefern. Ich habe nichts gegen Supermärkte, bin aber der Meinung, daß man sich heute zwischen einer selektierten Verteilung (Qualitätsgastronomen, Fachgeschäfte, private Verbraucher) *und einer großen* Verteilung (Supermärkte) entscheiden soll. Wenn aber auch die Supermärk*te hohe Qualitätsweine* im Angebot haben wollten, dann würden wir sie auch beliefern.

Unsere Weine kommen aus besonderen Weinbergen, haben eine besondere Pflege, eine besondere Auswahl, eine lange Lagerung, haben Pflege und Liebe.

Qualität für wenig Geld

WELT: Wieviel italienische Weine sind im Zusammenhang mit der Methanolaffäre aus den Regalen der Supermärkte verschwunden?

Schütte: Ganz genau läßt sich diese Zahl nicht beziffern, denn das beste*hende Weinsortiment wird ja durch* einmalige Einkäufe, die aktionsgebunden sind, jeweils von Jahr zu Jahr ergänzt. Es ist also möglich, daß wir einen Bestand von circa 20 bis 30



Hans-Werner Schütte

Weinen in einzelnen Märkten hatten, in anderen nur zwölf.

WELT: Wieviel Artikel wiesen Methanol auf?

Schütte: Keiner.

WELT: Wieviel kostet denn Ihr billigster „Italiener"?

Schütte: Der billigste italienische Wein kostet um die 2,99 Mark für eine *0,7-Liter-Flasche*.

WELT: Die Italiener haben gesagt, deutsche Super- und Großmärkte wären gekommen und hätten gesagt, nun mach mir mal die 1,5- oder Zwei-Liter-Flasche unter fünf Mark, und die Italiener hätten gar nicht anders gekonnt als zu panschen . . .

Schütte: Solche Versuche hat man ja auch im Zusammenhang mit dem österreichischen Weinskandal unterstellt. Aber es *widerspricht* einfach dem Marktverhalten. Der Kunde weiß sehr wohl, was er kauft, auch bei italienischen Weinen.

WELT: Das bedeutet, wer italienischen Wein trinken will, der muß nicht unbedingt viel Geld ausgeben, um sicher zu sein, daß er kein gepanschtes Zeug kriegt?

Schütte: Den Beweis könnten wir jederzeit *antreten, wir haben* hervorragende Erzeugerabfüllungen für einen unseres Erachtens sehr günstigen Preis geboten, ohne den Schmäh von Feinkostgeschäften aufzubauen, aber mit dem Nachweis des Erzeugers durch Zertifikate. Mit den Weinqualifikationsbestimmungen, die die Italiener aufgebaut haben, haben wir den Kunden auch Reinheitsargumente vermittelt – und das schon, bevor der Skandal auftrat.

WELT: Wenn also nicht unbedingt eine Frage des Preises, wo lag denn das Problem?

Schütte: Ich sehe das in dem eigentlich den italienischen Gepflogenheiten widersprechenden Verhalten der italienischen Abfüller, die aus Geldgründen einfach mehr Markt machen wollten und mehr panschten, als sie reinen Wein zur Verfügung hatten, um bestimmten Niedrigforderungen nachkommen zu können.

WELT: Wo liegt denn zur Zeit jetzt *Ihr Problem? In dem Nachschub* aus Italien oder im Absatz im eigenen Regal, da die Leute zurückhaltend geworden sind?

Schütte: Der Nachschub aus Italien ist überhaupt gar kein Problem. Die Lieferanten stehen abrufbereit und können sofort und jederzeit einwandfrei und hervorragend nachliefern. Zur Zeit wird kaum italienischer Wein gekauft.

„Noch eine Woche, dann ist es aus"

WELT: Signor Massi, Sie, Importeur italienischer Spitzengewächse, haben eine Lieferung Wein im Lager stehen, die Sie nicht verkaufen dürfen. Sie warten noch auf die Atteste der deutschen Stellen. Eine Flasche ist in Köln, eine ist in Münster. Wer hat veranlaßt, daß diese dorthin geschickt werden? Der Spediteur?

Massi: Ja.

WELT: Wie lange liegt die Ware jetzt fest?

Massi: Schon 20 Tage.

WELT: Aber italienische Zertifikate für die Lieferung sind da?

Massi: Ja, die sind alle da.

WELT: Haben Sie früher Ihre Weine kontrolliert?

Massi: Wir haben sie stichprobenartig kontrollieren lassen und 1000 Mark monatlich dafür ausgegeben. Das war keine Vorschrift. Ich habe es selbst veranlaßt.

WELT: Aber gleichwohl sagen Sie, daß Sie dafür Verständnis haben, daß heute der Wein amtlich kontrolliert wird, trotz der *italienischen Zeugnisse*.

Massi: Sicher, von meiner Seite aus verlange ich das sogar. So bin ich sicher, daß nichts mehr passiert. Wer weiß, welche Überraschungen noch hätten kommen können.

WELT: Haben Sie denn schon Verkaufsprobleme?

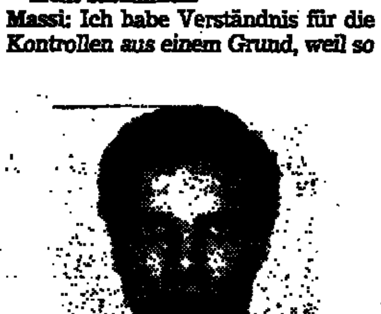
Massi: Mein Lager ist zwar voll, aber ich kann die Ware nicht verkaufen. Die verkäuflichen Weine reichen noch eine Woche, dann ist es aus.

WELT: An wen verkaufen Sie?

Massi: An Restaurants. Zur Zeit verkaufe ich den Wein nicht an Privatkunden, aber das ist was, was ich in der *nächsten Zeit* vornehmen werde, einen Privatversand.

WELT: Italienische Winzer sagen, im Grunde genommen betrifft uns dieser ganze Skandal nicht, wir haben Traditionen, wir haben das nicht nötig, Methanol hinzuzufügen. Das sind die Billigpanscher. Und Sie, einer, der wirklich nur die Spitzenweine im Sortiment hat, sagen aber, ich habe Verständnis für die Kontrollen. *Irgendwie paßt das* nicht zusammen.

Massi: Ich habe Verständnis für die Kontrollen *aus einem Grund, weil so*



Adolfo Massi

der deutsche Weintrinker wieder Vertrauen haben kann.

WELT: Die Winzer sagen, daß der gehobene oder Spitzenwein nie im Zwielicht gewesen ist.

Massi: Das spielt keine Rolle. Herr Kiechle sagte im Fernsehen, daß er vor allen italienischen Weinen warne. Das war ein bißchen undiplomatisch. Das akzeptiere ich aber auch noch. In Italien hat man falsch gehandelt.

WELT: Sie sagen, es gibt eine Gesamtverantwortung für den Skandal?

Massi: Gesamtverantwortung ja, aber nicht nur von seiten der Winzer. Auch von *seiten der Käufer, denn wenn ein* Weintrinker in einen Supermarkt geht und sieht eine Flasche von einer Mark oder 1,33 Mark pro Liter Mineralwasser, dann kann er sich schon vorstellen, wie ein Wein von 2,90 Mark beschaffen ist. Der Käufer weiß genau, was er kauft.

WELT: Die Italiener haben ja tolle Gesetze, aber mit der Gesetzesanwendung, da hapert's.

Massi: *Da hapert's nicht. Die Italiener* haben die strengsten Weingesetze der Welt, denn wir sind der größte Weinproduzent der Welt. *Es* waren ja alles nur Händler und keine Winzer, die den Wein vergifteten.

WELT: Sie sind Händler, mißtrauen Ihnen Ihre Kunden?

Massi: Nach 20 Jahren haben wir immer noch treue Kunden. Wir sind empfohlen worden, weil wir immer gut gearbeitet haben und auch in Zukunft gut arbeiten werden. Wir haben Lieferfirmen, die dem Namen nach und auch qualitätsmäßig an der Spitze in Italien stehen. Zum Beispiel der Barolo, der kostet bei uns 40 Mark. Bei *manch' anderen Firmen* kostet er nur acht Mark. Ich weiß nicht, wie diese Preisunterschiede zustande kommen. Wenn man bedenkt, welcher Arbeitsprozeß bis hin zum Verkauf vorangegangen ist.

WELT: Viele Leute weichen jetzt auf andere Weinsorten aus anderen Ländern aus. Halten Sie das für sinnvoll? Ist das eine Alternative zum italienischen Wein?

Massi: Nein, auf keinen Fall. Es sind Weine mit anderen Charakteristika, weil sie in anderen Ländern angebaut werden. Der Boden, das Klima und viele andere Faktoren sind anders. Jeder Wein hat seine Geschichte, seine Kultur.

WELT: Haben Sie eine Erklärung, daß die Deutschen beim Weinkauf *so auf den Pfennig schauen*?

Massi: Nur beim italienischen Wein – weil er als preiswerte Alternative zum französischen propagiert wurde.

Kontrollen reichen aus

Rolf Raiss ist Geschäftsführer der Firma Schenk GmbH in Baden-Baden. Die Firma Schenk ist sowohl Importeur, hat aber auch eigene Betriebe im Ausland, die dort aus Kellereien Weine für uns produzieren und hierher liefern, was nicht bedeuten *muß, daß Schenk nur mit eigenen* Kellereien arbeitet.

WELT: Von der italienischen Botschaft war zu hören, der Import



Rolf Raiss

italienischer Weine in die Bundesrepublik wäre blockiert und auf Null gebracht. Ist das richtig?

Raiss: Das ist nicht ganz richtig. Et*was läuft schon noch. Dies hat zwei* Ursachen. Einmal ist die erste Ursache logischerweise der Methanol*skandal, das heißt, daß italienischer* Wein im Moment auch vom Verbraucher in Deutschland so wenig nachgefragt wird, daß im Grunde genommen auch aus Italien gar nichts nach Deutschland verladen werden muß.

Aber der wichtigere und absolute Grund ist der, daß jeder italienische Wein *bei der Grenzkontrolle* in Deutschland untersucht werden muß, und zwar in einer Vollanalyse. Eine Vollanalyse dauert heute zwischen 10 und 15, manchmal auch 20 Tagen.

WELT: Die Italiener überprüfen doch auch auf Methanol. Würde *nicht eine Überprüfung am* Ursprungsort genügen?

Raiss: Wenn die Italiener eine lücken*lose Kontrolle auf Methanol* machen und die Zeugnisse beigebracht werden, müßte man meines Erachtens hier von einer Methanoluntersuchung absehen können.

WELT: Ein italienischer Winzer sagte der WELT, eigentlich seien die Winzer und nicht der italienische Wein betroffen. Es handele sich da um ein Getränk, was sich Wein nennt, was aber kein Wein ist.

Raiss: Einen wichtigen Punkt möchte ich diesem Winzer entgegenhalten. Man soll bitte den italienischen Wein, wie den Wein überhaupt, nicht auseinanderdividieren in billige Weine und teure Weine.

WELT: *Wie hat sich der Methanolskandal* bei Ihnen ausgewirkt?

Raiss: In der ganzen Branche katastrophal. Es ist so, daß einige Leute den italienischen Wein überhaupt ganz zur Seite geräumt haben und ihn seit ein paar Wochen gar nicht mehr anbieten. Sie warten jetzt ab.

In Deutschland hat man jetzt den 12. Wein entdeckt. Aber in Wirklichkeit sind es nur drei Weine. Es gibt auf der Liste des Bundesgesundheitsministeriums nur zwei Abfüllungen. Der eine ist ein Abfüller von Barbera di Asti, dieser Giovanni Bianchi. Diesen Wein hat man gleich in den ersten Tagen in Ettlingen entdeckt. Weiter hat *man nichts gefunden wie weißen* Tafelwein und Perlwein von einer Firma Vinexport. Diese Abfüllungen in Zwei-Liter-Flaschen tragen die Nummer 304 BC. Und nur diese Zwei-Liter-Flaschen hat man außer dem Barbera bis jetzt gefunden.

WEINKONTROLLE

Das System wird laufend verfeinert

Mit einem Gesetzerlaß, der vom Parlament noch ratifiziert werden muß, hat die italienische Regierung im Falle der Verwendung gesundheitsschädlicher Stoffe bei der Wein- und *Nahrungsmittelproduktion* harte Strafen eingeführt. Gleichzeitig wurden die Voraussetzungen geschaffen, um die Kontrollen zu verschärfen und damit die Fälschung von Nahrungsmittelprodukten zu erschweren bzw. überhaupt unmöglich zu machen.

Mit dem Paragraphen 1 des Erlasses wird das italienische Strafrecht dahingehend novelliert, daß der Richter verpflichtet ist, alle Sachen und Güter zu beschlagnahmen, die zur Herstellung des gefälschten Produkts verwendet wurden, bzw. alle Sachen und Güter, die das Einkommen daraus darstellen. Voraussetzung ist dafür, daß die Fälschung den Tod oder die schwere gesundheitliche Schädigung einer Person herbeigeführt hat. Gleichzeitig wird in das Strafrecht die Norm eingeführt, daß im Falle eines Gerichtsurteils, das diese Straftatbestände festgestellt hat, der Richter von Amts wegen verpflichtet ist, für die verurteilten Personen ein Berufsverbot von mindestens fünf Jahren Dauer auszusprechen.

Mit dem Paragraphen 2 *werden die* örtlichen Gesundheitsbehörden in der Person des zuständigen Bürgermeisters *dazu* verpflichtet, im Falle der durch Laboruntersuchungen erwiesenen Gefahr für die öffentliche Gesundheit die in Frage stehenden Nahrungs- und Genußmittel aus dem Verkehr zu ziehen und ihre Produktionsanlagen zeitweilig oder unbefristet zu schließen. Diese Maßnahme muß innerhalb von 24 Stunden nach Vorliegen der Laborergebnisse ergriffen werden.

Beide *Strafen* stellen nur eine erste, allerdings massive Abschreckung gegenüber neuen Fälschungsversuchen dar. Ein organisches Paket *aufeinander* abgestimmter Eingriffe sieht der Paragraph 3 des Gesetzerlasses vor, der den Ministerien für Landwirtschaft und Gesundheit die Auflage erteilt, die Tätigkeit der von diesen Ressorts abhängigen Fälschungs- und Kontrolldezernate zusammen mit denen der Polizei künftig miteinander zu koordinieren. Zum ständigen Koordinierungs- und Kontrollorgan im Kampf gegen Nahrungsmittelfälschungen ausgebaut werden soll die bisher nur für mögliche Fälschun*gen des Olivenöls zuständige Agentur* AGE Control S. p. A., die im Zusammenhang mit den EG-Hilfen zu Gunsten des *Olivenanbaus* tätig ist. Das oberste Kontrollorgan, zu dem diese Agentur ausgebaut werden soll, erhält das notwendige Datenmaterial von einem neuen Informationszentrum, das im Gesundheitsministerium eingerichtet werden und das die Laboruntersuchungen der örtlichen Kontrollbehörden auswerten wird.

Grundlage für dieses systematische Vorgehen gegen mögliche Nahrungsmittelfälschungen ist die in dem gleichen Gesetzerlaß dem Landwirtschafts- und dem Gesundheitsmi*nisterium erteilte Auflage, innerhalb* von 90 Tagen nach Inkrafttreten des Gesetzes ein Interventionsprogramm *zur Verhinderung möglicher Nah*rungsmittelfälschungen vorzulegen. Dieses Programm muß künftig jährlich auf den neuesten Stand gebracht werden.

Für künftige Notsituationen wie den jüngsten Methylalkohol-Fall ist vorgesehen, daß auf örtlicher Ebene der Präfekt die Koordinierung der Interventionen und auf staatlicher Ebene ein von dem Regierungschef selbst eingesetztes Organ die Koordinierungsfunktionen übernimmt.

G. D.

. . . klassische Botschafter Italiens
Gruppo Italiano Vini S. p. A.



Diese ital. Qualitätsweine finden Sie in Weinfachgeschäften, Weinfachabteilungen und in der Gastronomie

Verkaufsnachweis im gesamten Bundesgebiet auf Anfrage

Große Weine sind auch ein Stück Lebensqualität!

IMPORT: MAX PIEHL



WEIN- UND SPIRITUOSENIMPORT
HARDENSTRASSE 51 · 2000 HAMBURG 28 · POSTFACH 280307
TELEFON (040) 781313–15 · TELEX 2163676 mphh

IMMOBILIEN/KAPITALIEN

STELLENANGEBOT

STELLENGESUCHE

Blinde und Blindwütige

gzz – Eklat in der Bonner Bannmeile: Der Ostberliner Schriftsteller Heiner Müller, der zusammen mit dem Komponisten Heiner Goebbels den diesjährigen Hörspielpreis der Kriegsblinden errang, weigerte sich, die Auszeichnung im Sitzungsaal des Bundesrates entgegenzunehmen; dort findet die kleine Verleihungsfeier für den besagten Preis seit vielen Jahren traditionsgemäß statt. Bundestagspräsident Philipp Jenninger, so Müller, habe es seinerzeit vermieden, den „DDR"-Volkskammer-Präsidenten Sindermann im Bundeshaus zu empfangen. Im Gegenzug werde nun er, Müller, das Bundeshaus nicht betreten, punktum.

Die Sache ist für beide Seiten peinlich, einerseits für Müller, andererseits für die Kriegsblinden-Jury. Um zunächst über Müller zu sprechen: Seine geradezu blindwütige Demonstration wirkt schlichtweg geschmacklos, sie beleidigt die Jury, die ja überhaupt nichts mit dem Bonner Bundestag oder mit Jenninger zu tun hat, sondern *völlig* unabhängig ist und die ihren Preis schon seit langem bevorzugt an linke Autoren vergibt.

Außerdem: Wie kommt der angeblich ebenfalls so unabhängige Müller dazu, derart dröhnend für die Volkskammer, die – wie er genau weiß – nur die Karikatur eines Parlaments ist, in die *Bresche* zu springen? Das schmeckt nach Parteiauftrag. Mit der Müllerschen Unabhängigkeit scheint es doch nicht so weit her zu sein.

Aber auch über die Jury muß man sprechen. Statt Müller zurechtzuweisen, hatte sie nichts Eiligeres zu tun, als die Feier sofort aus dem Bundeshaus in die Beethovenhalle zu verlegen. Aus purer Beflissenheit gegenüber dem Osten ließ sie also eine Tradition, die mittlerweile doch schon zu ihrer Identität gehört, einfach fallen. Sie demonstrierte *damit ihrerseits* fatale Würdelosigkeit.

Wundern darf man sich freilich nicht, weder über den einen noch über die anderen. Würde war noch nie ein Merkmal westlicher Preisverleiher, und Unterwürfigkeit gegenüber der Partei schon immer das Merkmal vieler östlicher Preisempfänger.

Mailand: Uwe Scholz gräbt Debussys „Khamma" aus

Das indische Tanzmal

Wenn es „Khamma" nicht gäbe, *hätten wir heute vielleicht eine* zweite Oper von Claude Debussy, jenen Fragment gebliebenen „Untergang des Hauses Usher", den man in den letzten Jahren verschiedentlich und vergeblich zu einer spielbaren Fassung zu ergänzen versucht hat. Der Komponist, in finanziellen Schwierigkeiten, sah sich gezwungen, den Auftrag eines kanadischen „Girls" anzunehmen, ohne dafür die mindeste Liebe zu finden. „Die seltsamen Geschichten des Monsieur Poe", so bekannte er einmal, „habe ich im Stich gelassen wegen der Spiralbeine irgendeiner der notorischen Tänzerinnen unserer Zeit."

Das musikalische Opfer lohnte der Mühe nicht. Anstatt sich also weiter mit dem „Untergang des Hauses Usher" zu beschäftigen, komponierte Debussy 1911 „dieses wunderliche Ballett, das nach Aufruhr schmeckt und einem Schauer über den Rücken jagt" –, und zwar so widerwillig, daß er seinen Kollegen Charles Koechlin bat, das Stück nach einer der „populären Geschichten aus dem alten Ägypten" von *Gaston* Maspéro zu orchestrieren. Koechlin war denn auch der einzige der Autoren, der die szenische *Uraufführung* des Werkes 1947 noch erlebte. Die Auftraggeberin Maud Allan, als Startänzerin mit ihrer „Vision of Salomé" zu einer Berühmtheit geworden, konnte sich nie für „Khamma" begeistern.

Dabei kann sich *das Ballett* durchaus hören lassen. Obwohl von Strawinskis „Feuervogel" und „Petruschka" *stark beeinflußt, zeigt sich auch* bei dieser Arbeit der linken Hand noch ein musikalischer Meister, der trotz aller Vorbehalte seine Originalität nicht verleugnet und bereits in „Khamma" auf die Orientalismen seines *späteren „Martyrium des heiligen* Sebastian" verweist.

Die Mailänder Scala tat darum gut *daran, gerade dieses vergessene Werk* in den Mittelpunkt einer „Omaggio a Debussy" zu stellen, die bis Ende Juni nicht nur einen Großteil seines konzertanten Schaffens reproduziert, sondern auch Oper und Ballett einschließt. Mit Spannung erwartet man beispielsweise einen „Heiligen Sebastian", wie ihn sich Brüssels Ballettchef Maurice Béjart vorstellt.

Bei „Khamma" heißt der Ehrenretter Uwe Scholz. Der junge Zürcher Ballettchef verfügt schon über genügend Mut und Erfahrung, selbst einem so sperrigen Stück eine neue Sicht abzugewinnen. In der Tat hat das Ballett nichts mehr von er exotischen Effekthascherei, die ursprünglich vielleicht beabsichtigt war.

Das imaginative Bühnenbild von Rosalie betont zwar den musealen Charakter des Ganzen, in dem es den *Kopf unter dem Arm der gewaltigen* Gottheit gleichsam ausstellt, aber es besitzt zugleich auch eine Aktualität, die das Alte im Neuen widerspiegelt und dennoch seine Rätselhaftigkeit nie verliert. Auch wenn die Choreographie diese Doppeldeutigkeit nie ganz erreichen kann, hat sie doch etwas von einem Geheimnis, das selbst die Lehrlinge von Sais nicht zu lüften wissen. Vom Bund mit einem Gott (Marco Pierin) bleibt der Priesterin (Luciana Savignano) am Ende nur der Tod: ein Augenblick der Trauer und zugleich der Tröstung, der zum Höhepunkt eines Ballettes führt, dem man *künftig* etwas *häufiger auf der* Bühne begegnen möchte als bisher.

HARTMUT REGITZ

Weitere Vorstellungen: 14. und 15. Mai; Auskünfte: 06392/80 70 41

Straßburg spielt Opern von Rameau und Charpentier

Amors Überredungen

Kaum ein antiker Dichter dürfte das Lebensgefühl des 18. Jahrhunderts so ingeniös vorweggenommen haben wie der Grieche Anakreon. Die deutschen Anakreontiker etwa stehen dafür. So wundert es sehr, daß sich die Oper jener Zeit nicht häufiger auf ihn berufen hat. Nur Jean-Philippe Rameau erkannte, wie sehr Anakreons Werke Spiegelbilder der französischen Gesellschaft waren, und befaßte sich gleich zweimal, 1754 und 1757, in seinen Opéraballets mit ihm.

Die zweite Variante seines „Anacréon", die Rameau als Füllsel für die Wiederaufnahme seines Festspiels „Surprises de l'amour" schrieb, wurde nun von der Straßburger Opéra du *Rhin aufgeführt. Wissend, daß* wir heute kaum mehr die Geduld für solch einen vielteiligen Abend aufbringen würden, wurde der Einakter einzig durch Marc-Antoine Charpentiers niedliche Pastorale „Actéon" ergänzt.

Das Theater auf dem Theater dient auch hier als der erprobte Kunstgriff, Ferngewordenes zu *erklären*. Doch nicht nach simpler Vergegenwärtigung stand dem Regisseur Pierre Barrat *der* Sinn, nicht nach einer kunstvollen Verknüpfung zweier Werke à la Hofmannsthals „Ariadne *auf Naxos*", sondern nach *einem* Abbild barocken Lebensgefühls, für das Claude Lemaire das hochpathetische *Ambiente eines Stadtpalastes* entwarf.

Wie in der Hofgesellschaft um Ludwig XIV. verwischen *sich die* Grenzen zwischen Spiel und Realität. So ist Anacréon ein alter Aristokrat, der seine neueste Mätresse in die Gesellschaft einführen will. Als sie nach gewissen Eskapaden durch die Überredungskünste Amors zu ihm zurückkehrt, gewinnt Anacréon seinen Glauben an den Gott des Weines, an das *Spiel* der *Liebe* neu zurück. Den Höhepunkt seines Festes bildet im noblen Privattheater sodann die Aufführung von Actéons Schicksal.

Dieser bedauernswerte Jäger überraschte unglücklicherweise Diana während ihres Bades und wurde aus Strafe in einen Hirsch verwandelt, worauf er von seinen eigenen Hunden zerfleischt wurde. Der Appetit auf ein anschließendes Mahl dürfte Anacréons Besuchern daraufhin vergangen sein, und die Aufführung endet mit dem Trauerchor auf den toten Actéon, sozusagen ein kleiner Fingerzeig, der freilich bereits durch die einem niederländischen Stilleben abgeschaute *Tafeldekoration*, dem stehenden Memento mori, angekündigt war.

Neben den Polen barocken Denkens zeigte die Aufführung eine erstaunliche Vielfalt der Gestaltung im scheinbar so starren Korsett der Ballettoper. Für den musikalischen Stil sorgte William Christie mit den von *ihm 1979 gegründeten „Arts Florissants"*, die sich einmal mehr als beredte Fürsprecher des in den letzten *Jahren in Mode gekommenen* Charpentier aufschwangen und Rameaus steten Stimmungswechsel mühelos *einfingen*.

Die französische Prosodie wurde zum einen durch die Anlehnung an die Polyphonie des 16. Jahrhunderts, zum anderen durch die rokokohafte, dabei sehr menschlich-private Ausdrucksbreite beleuchtet. Dieser Nachhilfeunterricht in französischer Operngeschichte stieß bei dem erstaunlich jugendlich durchsetzten Publikum jedenfalls auf hellwache Begeisterung.

Von den Sängern wird hier eher eine Deklamation nach dem Vorbild *Voltaires oder Corneilles erwartet* als eine barocke aus Italien importierte Zierkunst. Immerhin konnte Claron *Macfadden als Amour mit einem* aparten, zierlichen, im Ansatz etwas harschen Sopran Aufmerksamkeit erwarten, und wer *anfängliche* Irritationen überwand, mochte auch Dominique Visses (Actéon) gegängelten Alt goutieren.

ROLF FATH

Ereignisse, exemplarischer als die Wirklichkeit: Zum 75. Geburtstag des Schriftstellers Max Frisch

Er ist der Blitz, der den Wahn zerreißt

Der *große alte Mann* der deutschen Literatur, der Schweizer Max Frisch, er wird morgen 75 Jahre alt. Lange *Zeit* hörte man nicht mehr viel von ihm. Er hat sich zurückgezogen aus der Schweiz in eine Schweiz, die schon fast keine mehr ist, ins Tessin, südländisch hell, weg aus dem trotzig verwinkelten, behäbigen Muff Schweizer *Glockenturmpolitik*, aber auch weg von den architektonischen Banalitäten einer distinguierten Bankenallgegenwart. Zwar hat er noch eine Bleibe in Zürich, die von New York aber, wohin er zeitweilig *verschwand, hat er aufgegeben.*

Max Frisch blickt auf ein Werk von schier unübersteigbaren Ausmaßen zurück. Die Zahl der in den dreißiger Jahren einsetzenden Veröffentlichungen, Theaterstücke, Hörspiele, Romane, Erzählungen, Tagebücher und Essays, ist kaum noch zu überblicken. Es ist – aber das allein zählt – ein Werk von unbezweifelbarem Rang, ja, von Weltgeltung.

Als *Max* Frisch 1911 in Zürich als Sohn eines Architekten geboren wurde, schien der Lebensweg vorgezeichnet. Er studierte Architektur. Aber, noch in den Kriegsjahren, lockte die *Bühne. 1942* gewann er den Wettbewerb um ein Freibad in Zürich, er betrieb also sein Architekturbüro ordentlich, aber es trieb ihn mehr ins Theater. Kurt Hirschfeld, damals Dramaturg am Schauspielhaus Zürich, ließ ihn gewähren. „Man ließ mich zu den Proben von Brecht, Sartre, Lorca, Giraudoux, Claudel unter der einzigen Bedingung, im Dunkeln nicht zu rauchen und nicht zu husten."



Selbst das eigene Dichterleben ist für ihn ein Rollenspiel: Max Frisch, der morgen seinen 75. Geburtstag feiert FOTO: HANS-JÜRGEN WOHLFAHRT

Das erste Bühnenstück, das in diesem Dunstkreis entstand, 1944, hieß „Santa Cruz". Das zweite, „Nun singen sie wieder" (Uraufführung 1945), hatte Erfolg. Aber erst mit „Stiller" (1954), dem Roman über die Problematik der Identität, war der ganze Max Frisch da.

Die Fakten erzeugen Fiktion, um mit ihr die Fakten lesbar zu machen. Frisch erfindet nicht nur Geschichten, *die autonom wahr sind, das heißt*, im Bezirk ihrer Fiktionalität faktisch nicht zu widerlegen sind, sondern *Frischs Geschichten haben durch* Fiktion getarnte Faktizität. Mit anderen Worten: Die Geschichten kommen von den Fakten, werden zu Fakten und bleiben dann Fakten.

Darum ist Frisch noch längst kein Dokumentarist, jedenfalls nicht im engen archivarischen oder gattungsspezifischen Sinn. Im archivarischen vielleicht schon, denn nebst dem Literaten hat nur der Archivar die Übersicht, was das Leben an Wirklichkeit hinterläßt. Und ist der Archivar zugleich ein Literat, dann kann er „Ereignisse erfinden, die exemplarischer sind als die Wirklichkeit".

Es ist das Vorrecht der Dichter, Erfundenes als wahr auszugeben. Aber es zeugt von der Redlichkeit des Literaten Frisch, wenn er nicht vor*gibt*, sondern zugibt: „*Ich stelle mir vor*". Ich stelle mir vor, so ist es – die Fakten, aufgehoben in der Fiktion. Dieser Satz *aus dem Roman* „*Mein* Name sei Gantenbein", erschienen 1964, schafft Vertrauen, nicht etwa deshalb, weil Frisch von vornherein zugesteht, alles sei nur Illusion, sondern weil Frischs Haltung die ist: Ich gebe zu Protokoll, es sind meine Einfälle.

Frischs Einfälle sind seine Gleichnisse. Sie gleichen dem Leben, aber sie weisen auch darüber hinaus. Sein Hauptthema ist das der Identität. „Jedes Ich, das sich ausspricht, ist eine Rolle", heißt es im „Gantenbein".

Und Rollen spielen viele von Frischs Figuren. Da ist zum Beispiel der andorranische Junge, der kein Jude ist, der aber, weil es ihm andere nachsagen, zu einem wird. Oder der Staatsanwalt, der aus Überdruß seine Rolle wechselt, indem er als Graf *Oederland mit der Axt in der Hand* zum Verbrecher wird. Oder der Biedermann, der seine Rolle, gegenüber *den Brandstiftern zurückweichend* bis zur Selbstaufgabe, verteidigt. Oder der geheimnisvolle Anatol Stiller, der sich mit seinem „Ich bin nicht Stiller!" gegen die ihm aufgezwungene Rolle zu wehren versucht.

Ja sogar Max Frisch selbst, der sein Rollen-Ich nicht einmal in den Tagebüchern abschütteln kann, die nur scheinbar private, autobiographische *Aufzeichnungen enthalten. Obwohl* er sich preisgibt, zum Beispiel in der sehr intimen „Montauk"-Erzählung *aus dem Jahr 1975, bewahrt er sich* selbst, indem er sich hütet, ein Bildnis von sich zu geben. Denn dann wäre er *fertig*, und es gäbe nur noch Wiederholungen. Aber die Repetition („daß wir uns nur noch wiederholen") *ist das Tödliche, heißt es in Frischs* 1979 uraufgeführtem Stück „Triptychon".

Genau dieser Gefahr scheint der Autor in seinem letzten größeren Buch, der Erzählung „Blaubart" *(1982)*, erlegen zu sein. Ein Mediziner, siebenmal verheiratet und sechsmal geschieden, wird des Mordes an einer *Dirne angeklagt. Natürlich geht es* hier um einen Kriminalfall, aufs erste besehen. Aber dahinter steht der Fall der Person des Arztes zur Disposition. Liebe, Ehe, Rolle, Identität – alles Leitmotive des Frischschen Werkes, die hier, wiederholend, aufgearbeitet sind. Oder auch, neu miteinander verschränkt, auf den zusammenfassenden, abschließenden Punkt gebracht sind.

Und wenn Wiederholung intellektuell institutionalisiert wird, dann wird daraus Ideologie. Seinen Argwohn gegenüber Ideologien hat Frisch in Werk und Tat vielfach bekundet. So wurde er *1976* für seine „Beharrlichkeit beim Bekämpfen von Machtmißbrauch und ideologi*scher Demagogie" mit dem Friedens*preis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet. Dies nur eine von vie*len Ehrungen, und neben dem* Georg-Büchner-Preis von 1958 sicherlich eine der wichtigsten.

Ähnlich dem diesjährigen Büchner-Preisträger, Friedrich Dürrenmatt, dem Kollegen aus der Schweizer Heimat, der leidenschaftlich und mit seiner ganzen Person ideologische Rüstkammern verabscheut, sind auch für Max Frisch Ideologien starre Abstrakta, denen der Schriftsteller mit einem „immer wieder zu leistenden Bann" entgegenzutreten hat. Womit? Mit dem Wort. Mit jeder Geschichte, die sich erzählen läßt. Und die auf nichts anderes aus ist als auf die Wahrheit. Denn: „Die Wahrheit ist ein Riß durch den Wahn". Max Frisch ist einer, der sich nie abgefunden hat.

WOLFGANG MINATY

Im Suhrkamp Verlag, Frankfurt, sind erschienen: *Gesammelte Werke in zeitlicher Folge*, Bd. 1–7, 4880 S., 520 Mark (Leinen); als text- und bandidentische Jubiläumsausgabe im Taschenbuch: 100 Mark (ab 1. 1. 87: 128 Mark).

Lübeck: Gesellschaft für Wissenschaftsgeschichte

Vorbild der Paulskirche

Vor 35 Jahren gab es die Worte „Wissenschaftstheorie" und „Wissenschaftsgeschichte" noch nicht einmal im Fachlexikon. In den letzten zwanzig Jahren aber haben beide Disziplinen einen rasanten Aufschwung erfahren und nehmen heute einen zentralen Platz im Kanon der Fächer ein.

Wissenschaftstheorie ohne Kenntnis der tatsächlichen Entwicklung von *Wissenschaft wird leicht* wirklichkeitsfremd, während die Wissenschaftsgeschichte einer Meßlatte für die Würdigung des Fortschritts bedarf, und das ist die Wissenschaftstheorie. Der Begegnung beider Disziplinen dienen die Tagungen der Deutschen Gesellschaft für Wissenschaftsgeschichte.

In diesem Jahr hatte man sich in Lübeck versammelt, um speziell über das Thema „Sozialgeschichte der Wissenschaften" zu diskutieren. Der Tagungsleiter Dieter von Engelhardt, Medizinhistoriker an der Medizinischen Universität Lübeck, in deren Räumen das Treffen stattfand, legte überzeugend fünf Schwerpunkte für die Beziehung zwischen Wissenschaft und *Gesellschaft dar. Leider hielten* sich die meisten der folgenden Referenten nicht an diese Wegweisung, ja, *viele Referenten hielten sich weder* an die Redezeit noch an das vorgegebene Thema, sondern breiteten ihr Spezialwissen auf ihren Fachgebieten in ermüdenden Einzelheiten aus.

Von dieser Kritik ausdrücklich ausgenommen sei der brillante Vortrag der Münchner Historikerin Laetitia Boehm über „Akademische Freiheit – Wissenschaftsfreiheit". Bei vorzüglicher Quellenkenntnis zeigte sie in lebendiger Darstellungsweise, daß die berühmte akademische Freiheit an deutschen Universitäten, die auch heute noch nicht ganz entschwunden sei, sich auf die in der Reichsverfassung von 1871, in der Weimarer Verfassung und im Grundgesetz der Bundesrepublik garantierte „Freiheit der Wissenschaft" gründe. Vorbild dieser Festlegungen sei das erstmals in der Verfassung der Frankfurter Nationalversammlung in der Paulskirche formulierte „Grundrecht auf Wissenschaftsfreiheit" gewesen. Etwas Entsprechendes habe sich vorher in keiner anderen Verfassung der Welt gefunden.

Alle Grundrechte seien sonst Rechte von Personen. Nur hier wurde 1848 *einer Institution, nämlich* der Wissenschaft, die freie Entfaltung in Forschung und Lehre ausdrücklich garantiert. Die Frankfurter Nationalversammlung bestand eben zu 75 Prozent aus Akademikern, darunter 47 Professoren, die die jahrzehntelange Gängelung und Bespitzelung aufgrund der Karlsbader Beschlüsse erlebt hätten. Die Reaktion darauf sei dann diese verfassungsrechtliche Fixierung der Freiheit der Wissenschaft gewesen.

Christoph Meinel (Hamburg) wies am Beispiel der Universitäten Greifswald, Halle, Jena und Göttingen darauf hin, daß die Chemie als Fach im 18. Jahrhundert zunächst in die medizinischen Fakultäten Eingang gefunden habe und von dort dann später in die philosophische Fakultät kam. In der Diskussion wurde dann klar, daß es vor allem die Bergakademien Clausthal, Freiberg und Berlin waren, an denen in dieser Zeit die Chemie gepflegt wurde, nicht zuletzt als „Scheidekunst" zur Verhüttung von Metallen.

Matthias Tripp (Berlin) ging zwar nicht auf die Forschungspolitik der Französischen Revolution ein – so lautete sein Thema –, machte aber darauf aufmerksam, daß man in dieser Revolution unbedingt zwei grundverschiedene Phasen unterscheiden müsse: die Zeit vor bzw. nach der Hinrichtung von Robespierre. In der ersten *Phase* verloren *die* Universitäten alle Privilegien und weitgehend auch ihre Einkünfte. Die Königliche *Akademie der Wissenschaften wurde* aufgelöst. Viele hervorragende Forscher wie z. B. Lavoisier wurden hingerichtet. Die Jakobiner interessierten sich nur für die Bildung der breiten Massen des Volkes durch die Einrichtung von Schulen.

In der zweiten Phase dagegen wurden die berühmten Zentralschulen wie die „École normale supérieure" und die „École polytechnique" mit strengem Schulbetrieb für Spitzenbegabungen gegründet und berühmte Gelehrte dorthin zwangsverpflichtet. Die Franzosen hatten durch Emigration und Hinrichtungen viele hundert Gelehrte verloren. In den Kriegen Napoleons fielen dazu noch etwa 600 Ärzte. Deshalb wurden auch drei zentrale medizinische Schulen gegründet, die jedoch bei Absolvierung lediglich ein Diplom als „Offizier der Medizin" verliehen.

Erwähnt sei schließlich noch der Vortrag von Johanna Geyer-Kordesch (Münster), die auf die Schwierigkeiten der ersten Ärztinnen in Deutschland hinwies, eine Vorgeschichte heutigen Emanzipationsstrebens in der Wissenschaft. Es wäre dringend zu wünschen, daß die nächste, die Jubiläumstagung der Gesellschaft in München unter Leitung der neuen Vizepräsidentin Laetitia Boehm straffer organisiert sein wird als diese hier in Lübeck.

ALBERT MENNE

Duisburg zeigt „Das Bild der Frau in der Plastik"

Dürr, der Fülle bar . . .

Es klingt so einfach, das Thema: „Das Bild der Frau in der Plastik des 20. Jahrhunderts" – und doch: Es ist das erste Mal, daß zu diesem Thema eine Ausstellung stattfindet. Im Wilhelm-Lehmbruck-Museum zu Duisburg war man selbst überrascht, als man das feststellte. Etwa die Hälfte der gezeigten Werke stammt aus eigenem Bestand, die andere Hälfte ist ausgeliehen – hier gibt es einen Einblick in die *zukünftigen* Ankaufswünsche des Museums . . .

Angenehm fällt auf, daß in dieser *Ausstellung keine feministische* Militanz zutage tritt. Der eigentliche künstlerische Bereich steht im Vordergrund, und Kunst ist, so der Direktor Christoph Brockhaus, selbst humanistisch und emanzipatorisch. Angenehm ebenfalls, daß man die Werke sie selbst sein ließ – ohne modische Ausstellungsarchitektur.

Die Ausstellung gliedert sich in drei Phasen: Ende des 19. Jahrhunderts (Rodin, Maillol) bis 1933, es folgt die Nazizeit und schließlich die Zeit nach 1950 bis in unsere unmittelbare Gegenwart. Werke gibt es aber nur aus den Phasen eins und drei zu sehen – die Nazikunst findet nur im Katalog statt, von Bronze-Brünnhilden bleibt der Besucher verschont.

Das Bild der Frau war bis *1933* sehr traditionell – es gab fast nur Aktdarstellungen und „Mutter und Kind". Rodins Bedeutung aber wird sehr deutlich auch dadurch, daß er als erster das Schönheitsideal durchbrochen hat. In der „Schönen Helmschmiedin" kommt die Schönheit nur noch im Titel vor – die Figur ist eine menschliche Darstellung des Häßlichen – die Helmschmiedin ist alt, ihre Schönheit nurmehr Erinnerung. In der Quelle von Rodins Werk, dem Gedicht von François Villon, heißt es: „Tot ist er, dreißig Jahr sind's her/ Und ich bleib alt und ohne Haar!/ Denk' ich der Zeit, wird's Herz mir schwer./ . . . Und wie mein' Schönheit ging von hinnen/ Arm, winzig, dürr, der Fülle bar,/ Werd ich fast toll in meinen Sinnen."

Auch die abstrahierenden Künstler, die frühen Modernen, haben an der herkömmlichen Ikonografie nichts geändert. Ein völlig neues Bild der Frau zeigt sich in der Plastik erst *nach dem Kriege. Nicht nur die* Stile und Materialien erreichen eine zuvor unbekannte Vielfalt, auch die Interpretation des Frauenbildes wird *komplexer*. Die gesellschaftlichen Situationen werden stärker als vorher berücksichtigt. Etwa wenn Duane Hanson seine überwirklichkeitsnahe „Hausfrau" unter der Trockenhaube als alltägliche Schreckschraube vorführt oder in Tom Wesselmans „Großer amerikanischer Nackter" ständig das Telefon klingelt, gerade, wenn die Frau unter der Dusche ist. Freilich hat die Malerei des 20. Jahrhunderts das auch geleistet.

Es sind auch Künstlerinnen in der Schau vertreten – so etwa Ursula mit einem pelzwuselnden Wandelalter der Weiblichkeit und Saskia de Boer mit einer Plastik-Monroe, Käthe Kollwitz mit ihrer wuchtig kauernden Mutter mit Zwillingen. Karl Manfred Rennertz, Erwin Wortelkamp und auch Antonius Höckelmann beweisen, daß im späten 20. Jahrhundert noch das Bild der Frau als unzerstörbare, mythische Naturkraft wieder vorherrscht (bis 15. Juni, Katalog 25 Mark).

GERHARD CHARLES RUMP



Neues Frauenbild in der Plastik: „Linda Ortiz" von John Ahearn (1981, bemalter Gips) aus der Duisburger Ausstellung FOTO: RUMP

JOURNAL

Nachfolger für Eisenberg am Gewandhaus

hrk. **Leipzig**

Ohne die Flucht seines Vorgängers Matthias Eisenberg in die Bundesrepublik zu erwähnen, haben die „DDR"-Medien über die Benennung eines Nachfolgers für den berühmten Gewandhaus-Organisten berichtet: Es ist der erst 24jährige Organist und Kantor Michael Schönheit aus Saalfeld. Innerhalb der „DDR" wurde er durch die Leitung der „Thüringer Sängerknaben" bekannt – nach den Thomanern und dem Dresdner Kreuz-Chor der bekannteste Knabenchor in Mitteldeutschland. Schönheit will dieses Ensemble auch weiterhin betreuen. Der Eisenberg-Nachfolger gehört der Ost-CDU an. Wie jetzt bekannt wurde, blieb der bisherige Gewandhaus-Organist bei einer Gastspielreise durch die Bundesrepublik im Westen.

In Gent ist für Maler ein Zimmer frei

J. B. **Gent**

Eine internationale Ausstellung zeitgenössischer Künstler wird vom 21. Juni bis 21. September in verschiedenen Genter Bürgerhäusern stattfinden. Unter dem Motto „In Gent is er altijd een kamer vrij voor Albrecht Dürer" hat Jan Hoet, Konservator des „Museums van Hedendaagse Kunst", die Ausstellung ausgerichtet. Er bezieht sich damit auf die Gastfreundschaft, die Albrecht Dürer auf einer längeren Reise in Gent genossen hat. Der Maler hatte sie in Briefen *ausführlich* und *dankbar* beschrieben. Für 50 europäische Künstler werden sich jetzt 50 Genter Häuser öffnen – den Malern sowohl wie dem Publikum.

Kunst der Fuge vor dem Isenheimer Altar

DW. **Colmar**

Das Festival von Colmar mit dem Stuttgarter Kammerorchester unter Karl Münchinger findet in diesem Jahr zum achten Male statt, und zwar vom 25. bis 29. Juni. Solisten der fünf Konzerte sind u. a. Tetsuya Hayashi, Bratsche, Armin Rosin, Posaune, sowie Ulf Rodenhäuser, Klarinette. Das Konzert in der *Kapelle des Museums Unterlinden*, also vor dem Isenheimer Altar, ist Bachs Kunst der Fuge gewidmet.

Musik-Mai in Bordeaux: Bonnard-Ausstellung

AFP, **Bordeaux**

Die traditionelle Kunstausstellung beim Musikalischen Mai in Bordeaux ist dieses Jahr Pierre Bonnard (1867-1947) gewidmet. 87 Gemälde, Gouachen und Aquarelle sowie 47 Gravuren und Lithographien – Leihgaben aus mehreren europäischen und amerikanischen *Museen – geben bis 25. August* einen Überblick über Bonnards bevorzugte Themen.

Stefan Zweigs Manuskript-Sammlung

AFP, **London**

Die British Library in London hat die legendäre Autographen-Sammlung Stefan Zweigs erhalten. Die Sammlung des österreichischen Schriftstellers wurde der British Library von den Erben geschenkt. Sie umfaßt rund 180 Autographen, darunter solche von Mozart, Wagner, Schubert, Beethoven, Haydn, Bach, Bartok, Chopin, Debussy, Händel, Ravel, Strawinski und Verdi sowie *Manuskripte von Keats*, Dostojewski und Flaubert und handschriftliche Notizen Hitlers für eine Rede. Experten der britischen Staatsbibliothek bezeichnen sie als eine der wertvollsten Sammlungen, die es in der Welt gebe.

HAP-Grieshaber-Stiftung errichtet

dpa, **Reutlingen**

Eine „Stiftung HAP Grieshaber" soll künftig das Andenken des Reutlinger Holzschneiders und Darstellers der Schwäbischen Alb wachhalten. An seinem fünften Todestag haben Freunde und Schüler zusammen mit der Stadt Reutlingen eine Gedächtnis-Stiftung errichtet. In ihrem Mittelpunkt steht die Vergabe des Jerg-Ratgeb-Preises zur Auszeichnung bildender Künstler. Die Stifter riefen zugleich zur Gründung eines „Freundeskreises HAP Grieshaber" auf. Das Stiftungskapital beträgt 300 000 Mark und wird aus dem Erlös der 26. Ausgabe der Grieshaberschen Grafik-Publikation "Engel der Geschichte" aufgebracht.

Was in slowakischen Ateliers gedreht wird

rst. **Preßburg**

In den Filmateliers „Koliba" der slowakischen Landeshauptstadt Preßburg wird ein gemeinsamer slowakisch-ungarischer Spielfilm „Aktion Edelstein" gedreht. Der Inhalt: Intrigen „westdeutscher Revanchisten und Terroristen aus rechtsradikalen Kreisen" gegen den Sozialismus in der Tschechoslowakei. Zur gleichen Zeit wird in den Ateliers ein slowakisch-westdeutscher Kooperationsfilm nach einem Märchen von Andersen gedreht . . .

Rocker-Prozeß: Bis zu sieben Jahre Haft

UWE BAHNSEN, Hamburg

In dem Mammut-Prozeß gegen 13 Mitglieder der Hamburger Rockergruppe „Hell's Angels" hat die Große Strafkammer 7 des Hamburger Landgerichts jetzt die Urteile verkündet: Zehn Angeklagte erhielten Haftstrafen zwischen sieben Jahren und sechs Monaten. Gegen drei weitere Angeklagte verhängte die Kammer Geldstrafen.

Die höchste Freiheitsstrafe erhielt mit sieben Jahren Haft der 35jährige Karl-Peter Grabe als Anstifter von Schutzgelderpressungen im Hamburger Schanzenviertel. Unter anderem wegen räuberischer Erpressung, Körperverletzung und Zuhälterei wurden Heinz-Rainer Kopperschmidt zu fünfeinhalb Jahren, Mario Amtmann zu sechs Jahren und Peter Nikolajczyk zu fünf Jahren und drei Monaten Haft verurteilt. Diese Beschuldigten gelten als der „harte Kern" der Rockergruppe.

Das Verfahren hatte am 16. Januar 1985 begonnen. Nach 131 Verhandlungstagen sah das Gericht es als erwiesen an, daß die straff organisierten „Hell's Angels" gewalttätig und brutal zahlreiche Straftaten von der Schutzgelderpressung und Zuhälterei bis zu Verstößen gegen das Waffengesetz begangen haben.

Den Hauptvorwurf, die Gruppe habe eine kriminelle Vereinigung gebildet, hatte die Staatsanwaltschaft jedoch bereits während des Verfahrens zurückgezogen. Die „Hell's Angels" waren im August 1983 bei einem großen Polizeieinsatz in der Hansestadt ausgehoben und daraufhin vom Bundesinnenministerium verboten worden.

Erfolg für Chemiekonzern Union Carbide

AFP, New York

Das Verfahren über den Schadenersatz für die Opfer der Giftgas-Katastrophe von Bhopal wird vor ein indisches Gericht kommen. Diese Entscheidung, die am Montag der New Yorker Bezirksrichter John Keenan traf, ist ein entscheidender Erfolg für den US-Chemiekonzern „Union Carbide". Bei dem Austritt von hochgiftigem Methylisocyanat aus einem Tank des Zweigwerks in Bhopal im mittelindischen Bundesstaat Madhya Pradesh waren am 3. Dezember 1984 mehr als 2000 Menschen getötet und rund 200 000 verletzt worden.

Der amerikanischen Justiz liegen Entschädigungsanträge über mehrere Milliarden Dollar vor. Die von indischen Gerichten möglicherweise zuerkannten Schadenersatzzahlungen dürften deutlich unter den in den USA üblichen Sätzen liegen. Mehrere Anwälte der Opfer wollen Berufung gegen den Entscheid des New Yorker Gerichts einlegen.

Der Richter erklärte in der Begründung seines Urteils, die Verlegung des Prozesses in die USA wäre ein „neuerliches Beispiel für den Imperialismus gewesen, ein neuer Fall dafür, wie ein mächtiger Staat einem Entwicklungsland seine Maßstäbe und Wertvorstellungen aufzwingt". Indien sei eine „Weltmacht" und seine Gerichte seien fähig, gerechte und ausgewogene Urteile zu fällen, hieß es weiter in der 63 Seiten umfassenden Urteilsbegründung.

Keenan hatte seine Entscheidung monatelang aufgeschoben und in dieser Zeit vergeblich versucht, beide Seiten zu einem Vergleich zu veranlassen.

Im Stuttgarter Messeszentrum trafen sich 800 Designer aus 24 Nationen

Eine Schau der Stile und Kontraste

HARALD GÜNTER, Stuttgart

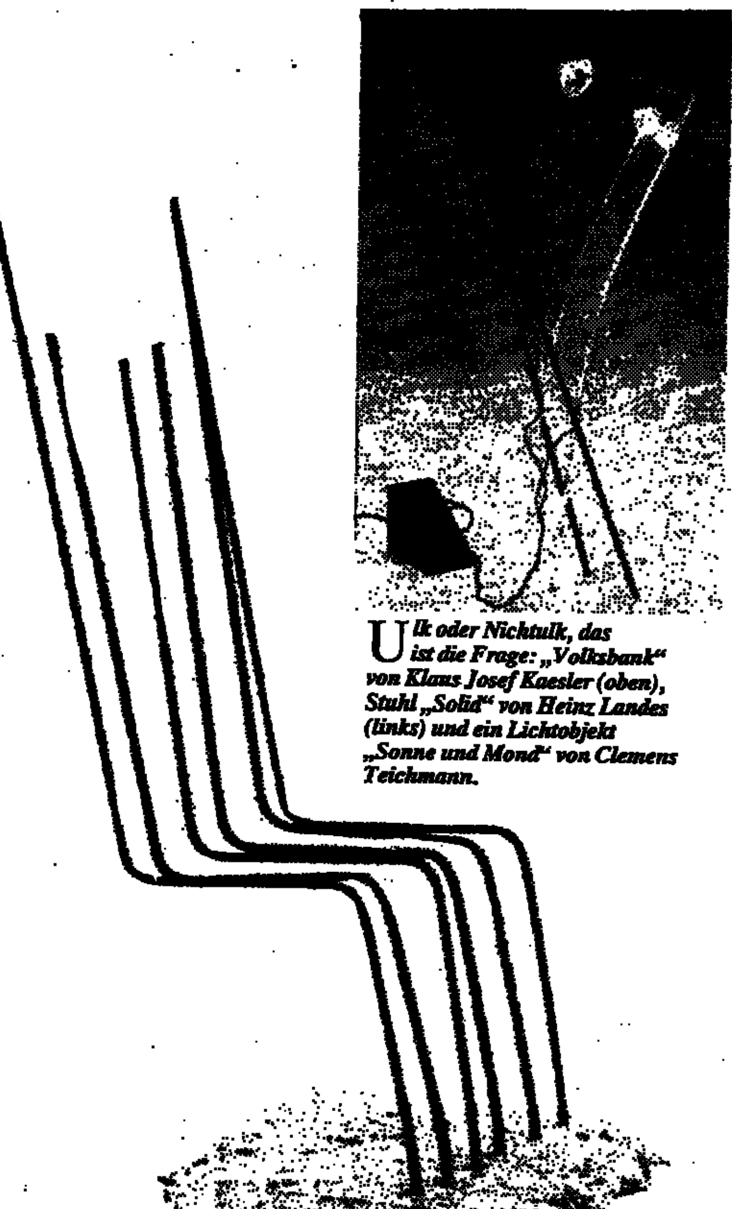
Diffuse Lichtspiele erfüllen den Raum. Im Rohrgeflecht des Hallendaches bricht sich, von unsichtbarer Elektronik gesteuert, an- und abschwellender Gewitterdonner. Dann rauschen wieder die Baumwipfel, zwitschern Vögel, quaken Frösche. Es ist die ständige Begleitmusik der ersten internationalen Design-Ausstellung im Stuttgarter Messezentrum. Ein audiovisuelles Gesamtkunstwerk, das ebenso zwiespältig ankommt wie einzelne Exponate. Beim Ausgang an der Meckerwand ist das Publikumsecho nachzulesen. Einige, die dort ihre Meinung niedergeschrieben haben, empfanden die „Geräuschberieselung" als „wenig kommunikationsfördernden Krach". Ein anderer war schlicht entzückt: „Die akustischen Eindrücke sind supergeil."

Die Landesregierung, besser gesagt Ministerpräsident Lothar Späth, hatte die Idee, Stuttgart für vier Tage zum Nabel der Designerwelt zu machen. Mit Erfolg: Mehr als 800 Fachleute aus 24 Nationen nahmen an dem heute zu Ende gehenden Kongreßreigen teil. Die „Erkundungen", die das Tagungsmotto verhieß, sollten zur Analyse des gesellschaftlichen Wertewandels schlechthin beitragen, „neue Verbindungen suchen zwischen Zivilisation und Kultur, zwischen Kunst und Technik". Zu „Erkundungen" mannigfaltigen gestalterischen Schaffens lud auf rund 10 000 Quadratmeter Fläche auch die gleichnamige Ausstellung ein. Sie sollte, in Darstellungsform und Inhalt, im Bundesgebiet ihresgleichen suchen.

Das Ergebnis ist eine Schau stilistischer Kontraste. Hier das Hauptdekorationsmittel, Tausende von schneeweißen Pappkartons, „schwer entflammbar", ein Musterbeispiel fertigungstechnischer Monotonie. Dort das eiförmige Ausstellungslabyrinth, das man aus diesen Kartons erbaut hatte, um die „Keimzelle des Lebens" zu symbolisieren, das „noch zu Erkundende", seine Wege und Irrwege. Hier, gnadenlos an den Hallenrand gedrückt, profanes Industriedesign in Gestalt von optimierten Motorsägen, Telefonzellen, Handmixern und Schraubenziehern. Dort, mitten im Ei aus Pappe, der Übergang von den realen Utopien eines Leonardo da Vinci zu pseudofuturistischem Ulk.

Mies van der Rohe, der berühmte Architekt und Möbeldesigner, aber auch andere Schöpfer wegweisender Einrichtungsgegenstände fristen in einer kleinen Nebenhalle ihr Schattendasein. Zwar tauchen Stuhl und Sofa auch im experimentellen Zentrum der Ausstellung immer wieder als Standardmotiv auf. Seine Variationen, mal mit Tennisbällen oder Babyschnullern als Sitzauflage, mal aus Stein und mal aus verrostetem Eisen, sind aber selten mehr als originelle Spielereien ohne Gebrauchswert. Eine Auflehnung „gegen die Diktatur der Wirbelsäule", wie der Sinnspruch an der Wand bestätigt, zugunsten der „Freiheit der Sinne". Die „natürliche Schönheit des Löwenzahns", die Baden-Württembergs Sozialministerin Barbara Schäfer in ihrem Erkundungsgrußwort so anpries, bleibt freilich unerreicht.





Ulk oder Nichtulk, das ist die Frage: „Volksbank" von Klaus Josef Kaesler (oben), Stuhl „Solid" von Heinz Landes (links) und ein Lichtobjekt „Sonne und Mond" von Clemens Teichmann.

Interessanter als die schiere Kunst ist da schon die angeschlossene Erfinderbörse. Man bestaunt einen weißen Kunststoffpanzer, der „jedermann das Fliegen ermöglichen" soll, wenn er an einen Drachen geschnallt wird.

Ein Kombibad ist zu sehen, das Dusche, Waschbecken, Badewanne und Bidet in sich vereint, eine „ineinanderhakbare Bettdecke" für Singles oder Pärchen, ein „Werbefunkdecoder", der im Radio die Werbung ausblendet, wenn „sie als störend empfunden" wird, eine „Trinkkugel" für den kleinen Durst im Bett, verschiedene Hausmüllsortieranlagen, eine multimediale „Radio-Tape-Stereo-Jacke" aus Israel und ein bunter Mantel aus alten Einwegverpackungen, die Lösung aller Entsorgungsprobleme. „Bequemlichkeit", schreibt die Schneiderin über das knorrige Stück Plastik, „wird durch großzügige Verarbeitung gewährleistet."

Nicht alle Besucher vermögen den Höhenflügen der Künstler und Tüftler zu folgen. „Das Beste", schrieb einer am Ende des Rundgangs an die Meinungswand, „sind die Mädchen aus Pforzheim." Die waren aus Fleisch und Blut und führten zweimal am Tag Modekreationen ihrer Fachhochschule für Gestaltung vor.

Linkshänder sind besonders alkoholgefährdet

SAD, Boston

Linkshänder sind alkoholgefährdeter und können durch Entziehungskuren weniger häufiger geheilt werden. Diese Erkenntnis machte ein amerikanischer Arzt, der eine Entziehungsklinik bei Boston leitet, in der in den letzten 12 Monaten 81 Rechtshänder und 24 Linkshänder betreute. Wie Dr. Wayne London jetzt in einem Fachblatt berichtete, konnte er von den 81 Rechtshändern 45 als geheilt entlassen. Von den 24 Linkshändern machten nur sieben, also ein knappes Drittel, ähnliche Fortschritte. Nach Angaben des Arztes gaben 60 Prozent der Linkshänder an, daß auch ihre Väter Alkoholiker waren. Bei den Rechtshändern waren es nur 30 Prozent.

Personalausweise in China

AFP, Peking

Die Chinesen werden erstmals mit Personalausweisen versehen. Wie die Nachrichtenagentur Neues China meldet, beginnt das Experiment mit den sieben Millionen Einwohnern Pekings, die bis Ende Juni alle ihre Ausweise haben werden. Noch in diesem Jahr wird es auf alle anderen Großstädte und anschließend auf den Rest des Landes ausgeweitet.

Segler umgekommen

AP, Kalmar

Vor der Ostküste der schwedischen Insel Öland sind am Montag die Leichen von zwei jungen deutschen Seglern geborgen worden, die seit Samstag vermißt worden waren. Zuvor war in der Nähe bereits das gekenterte Boot der zwei Deutschen gefunden worden. Wie der deutsche Konsul Per Loefstedt mitteilte, handelt es sich bei den zwei Toten um den 20jährigen Friedrich Christian Peters und den gleichaltrigen Jens Christian Wendt aus Bad Meinberg in Nordrhein-Westfalen.

Den Hund erhängt

AFP, Arras

Für ein Hotelzimmer erhängte der 28jährige Franzose Jacky Bremart seinen Hund mit der Leine an einem Baum. Nach Angaben der Polizei hatte der aus Thionville (Lothringen) stammende Mann in Arras eine Verabredung mit einem Bekannten versäumt und mußte die Nacht in einem Hotelzimmer verbringen. Wegen seines ihn begleitenden Hundes wurde ihm jedoch jedes Hotelbett verweigert. Daraufhin erhängte er das Tier.

Schweres Busunglück

AP, Johannesburg

Bei einem schweren Busunglück im südafrikanischen sogenannten Homeland Transkei sind nach Mitteilung der Behörden am Montag 29 Fahrgäste ums Leben gekommen und 65 verletzt worden. Das Unglück ereignete sich in der Nähe der Ortschaft Mount Frere. Der Bus war laut Polizei mit 97 Menschen besetzt.

LEUTE HEUTE

Ins Amt zurück

Er übernimmt das Steuer in einer stürmischen Zeit. **James Fletcher** (66) ist wieder Direktor der amerikanischen Raumfahrtbehörde Nasa, die er bereits in den siebziger Jahren geleitet hat. Anfang des Jahres hatte Nasa-Direktor **James Begg** seinen Rücktritt eingereicht. Seinen Posten hatte dann provisorisch **William Graham** übernommen. Bis jetzt Fletcher von US-Präsident **Ronald Reagan** ersucht worden ist, die Nasa aus der Krise zu führen, in die sie seit der Challenger-Katastrophe und den folgenden Raketenfehlstarts geraten ist.

Allein im Keller

Auf den Geschmack kam er schon mit 16 Jahren, als er im heimatlichen Ribeauville einen alten Tokay kosten durfte. Inzwischen ist der Elsässer **Philippe Nusswitz** (23) bester Kellermeister der Welt. Den Titel hat er sich jetzt gegen zehn Kandidaten aus neun Ländern im Kloster von Royaumont bei Paris geholt. Er hat hart dafür gearbeitet, viel gelesen und vor allem getrunken – „allein im Keller".

WETTER: Nur mäßig warm

Lage: Die Kaltfront eines von Schottland zum Nordmeer ziehenden Tiefs überquert unter Wellenbildung Deutschland. Dabei wird die von Süden eingeströmte Warmluft von frischer Meeresluft verdrängt.

Vorhersage für Mittwoch: Im Verlaufe des Tages nachlassende Niederschläge und allmählicher Übergang zu aufgelockerter Bewölkung. Höchsttemperaturen 17 bis 19, Tiefstwerte nachts 15 bis 11 Grad. Schwacher bis mäßiger, in Gewitternähe teilweise böig auffrischender Wind aus Südwest bis West.

Weitere Aussichten: Leicht unbeständig und nur mäßig warm.

Sonnenaufgang am Donnerstag: 5.32 Uhr*, Untergang: 21.06 Uhr; **Mondaufgang:** 10.08 Uhr, Untergang: 2.31 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 14. Mai, 8 Uhr

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:		
Berlin	24	he
Bielefeld	13	Gw
Braunlage	19	bw
Bremen	10	bd
Dortmund	11	bd
Dresden	24	he
Düsseldorf	12	bd
Erfurt	24	he
Essen	11	bd
Feldberg/S.	11	Rs
Flensburg	13	bd
Frankfurt/M.	19	Rs
Freiburg	19	R
Garmisch	27	he
Greifswald	24	bd
Hamburg	13	bd
Hannover	17	bd
Kahler Asten	10	Rs
Kassel	20	Gw
Kempten	23	he
Kiel	14	R
Koblenz	15	bw
Köln-Bonn	14	bd
Konstanz	25	he
Leipzig	24	he
List/Sylt	10	bd
Lübeck	12	bd
Mannheim	19	Rs
München	26	he
Münster	11	R
Norderney	12	bw
Nürnberg	26	he
Oberstdorf	23	he
Passau	24	he
Saarbrücken	15	bd
Stuttgart	24	bw
Trier	17	bw
Zugspitze	4	he
Ausland:		
Algier	24	he
Amsterdam	14	he
Athen	19	he
Barcelona	20	he
Belgrad	20	he
Bordeaux	15	bd
Bozen	25	he
Brüssel	14	he
Budapest	23	he
Bukarest	23	he
Casablanca	23	he
Dublin	9	he
Dubrovnik	22	he
Edinburgh	12	bw
Faro	24	wl
Florenz	24	wl
Genf	21	bd
Helsinki	12	bd
Hongkong	–	–
Innsbruck	24	he
Istanbul	16	bw
Kairo	24	he
Klagenfurt	23	he
Konstanza	21	he
Kopenhagen	13	R
Korfu	23	he
Las Palmas	21	he
Leningrad	12	bw
Lissabon	17	bw
Locarno	23	bw
London	15	he
Los Angeles	14	bd
Luxemburg	15	bw
Madrid	21	he
Mailand	25	wl
Malaga	21	bw
Mallorca	26	he
Moskau	19	bd
Neapel	23	he
New York	–	–
Nizza	19	he
Oslo	10	bw
Ostende	12	he
Palermo	21	he
Paris	17	bw
Peking	–	–
Prag	23	he
Rhodos	21	he
Rom	23	he
Salzburg	27	he
Singapur	–	–
Split	23	he
Stockholm	12	bd
Straßburg	19	R
Tel Aviv	24	bw
Tokio	–	–
Tunis	26	he
Valencia	25	he
Varna	19	he
Venedig	22	he
Warschau	19	bw
Wien	23	he
Zürich	23	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel, Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Blutbad unter Haitis Voodoo-Priestern

W. THOMAS, Port-au-Prince

Es ist stiller geworden in der Nacht. Nur noch streunende Hunde heulen. Kurz bevor der Morgen graut, krähen Hähne. Man vermißt eine andere, sonst übliche Geräuschkulisse: Trommelwirbel, Singsang, ekstatische Schreie. Haitis Voodoo-Kult verstummte – aus Angst. Seit dem Sturz der Duvalier-Diktatur Anfang Februar hat sich ein bisher beispielloses Blutbad ereignet: Hunderte „Houngans" (Priester) und „Mambos" (Priesterinnen) sollen von einer fanatisierten Menge gelyncht worden sein. Max Beauvoir, der Voodoo-Papst des Landes, schätzt die Zahl der bisherigen Todesopfer auf 600.

„Ein falsches Gerücht"

Der studierte Biochemiker fühlt sich selbst gefährdet. In der ersten Maiwoche rottete sich ein wütender Mob vor seinem Haus im Armenviertel Carrefour zusammen und warf Steine und Flaschen über die Mauer. Die Regierung des Generals Henri Namphy schickte Soldaten, um Schlimmeres zu verhindern. „Eine schwierige Situation", beklagt Beauvoir, „mit der wir vorerst leben müssen."

Die aus Afrika stammende Religion der 402 Geister wird verfolgt, weil sie mit der blutigen Duvalier-Ära in Verbindung gebracht wurde. „Ein falsches Gerücht", sagt Beauvoir. Er räumt jedoch ein, daß François („Papa Doc") Duvalier, der Vater des nun gestürzten Präsidenten Jean-Claude („Baby Doc") Duvalier, Voodoo für politische Zwecke mißbraucht habe.

Viele Präsidenten praktizierten den Kult, auch „Papa Doc". Beauvoir schätzt, daß 70 Prozent der Bevölkerung an Voodoo glauben, obgleich fast alle Haitianer, sechs Millionen Menschen, katholisch getauft sind. Es gibt etwa 600 katholische Geistliche, aber 40 000 „Houngans" und „Mambos". Beauvoir bestreitet nicht, daß Voodoo-Priester Mitglieder der berüchtigten Milizorganisation „Tontons Macoutes" waren, gegen die ebenfalls die Lynchjustiz angewandt wurde, wenn sie nicht rechtzeitig untertauchen konnten. Das seien jedoch nicht viele gewesen.

Max Beauvoir, Oberhaupt von 8000 organisierten „Houngans", beschuldigt die katholische Kirche einer „Verleumdungskampagne". Selbst Bischöfe hätten den Voodoo-Kult offen verurteilt. Max Paul, der Direktor des „ethnologischen Büros" Haitis, erhebt auch Vorwürfe gegen protestantische Sekten. Paul: „Die Katholiken und Protestanten waren am Sturz des alten Regimes beteiligt. Nun wollen sie Voodoo entmachten." Der Anthropologe, der einen Doktortitel der Bonner Universität besitzt, läßt alle Massakermeldungen untersuchen. Er konnte bereits fünfzig Todesopfer bestätigen und reagierte schockiert: „Eine Schande, daß so viele Haitianer wegen ihrer religiösen Überzeugung sterben mußten."

Der Voodoo-Kult ist allerdings oft verfolgt worden, besonders unter der Herrschaft hellhäutiger Präsidenten. Während der Regierungszeit des Mulatten Elie Lescot (1941 bis 1946) wurden die „Houngans" festgenommen. Im haitianischen Strafgesetzbuch gilt Voodoo als „Aberglaube", die Kult-Anhänger können vor Gericht gestellt werden. „Nach wie vor schwebt ein Damoklesschwert über uns", bekannte Beauvoir Anfang 1984 in einem WELT-Interview.

Die Seele des Volkes

Er hatte in den letzten Jahren viel getan, um die Religion von dem Ruch der Rückständigkeit zu befreien. Die „Houngans" seiner Organisation bemühten sich um ein verstärktes soziales Engagement. Sie absolvierten medizinische Fortbildungskurse (Haiti hat nur 600 Ärzte) und unterrichteten Analphabeten (90 Prozent der Haitianer können weder lesen noch schreiben). Beauvoir kritisierte jene Entwicklungshilfe, „die sich nicht auf die elementarsten Bedürfnisse unseres Volkes" konzentriere. „Die Leute brauchen Wasser und keine Schnellstraßen."

Max Beauvoir macht sich Mut. Er glaubt, daß Voodoo auch diese bisher schwerste Bedrohung überleben wird. „Wir können unsere afrikanische Abstammung nicht verleugnen", betont er. „Voodoo ist die Seele des Volkes."

ZU GUTER LETZT

Mit einer Radikalkur reagierte die Polizei in Albuquerque im US-Staat Neu-Mexiko auf einen Hinweis, daß auf dem Fensterbrett eines Gerichtsgebäudes eine Marihuana-Pflanze stehe. Die Polizisten schnitten alle Blätter der fast zwei Meter hohen Pflanze ab. Später stellte sich heraus, daß es sich um eine künstliche Bambusstaude handelte. Zusätzlichen Ärger bekam die Polizei, weil sie das Gebäude ohne gerichtlichen Durchsuchungsbefehl betreten hatte.